

Fachdienst Finanzen, Steuern  
und Beteiligungen  
der Stadt Lüdenscheid

# Beteiligungsbericht der Stadt Lüdenscheid



# Vorwort zum Beteiligungsbericht

Der Beteiligungsbericht der Stadt Lüdenscheid gibt Ratsmitgliedern, Einwohnerinnen und Einwohnern die Möglichkeit, sich über die Gesellschaften zu informieren, an denen die Stadt Lüdenscheid beteiligt ist.

Die Stadt Lüdenscheid ist an Gesellschaften der Branchen Energie, Versorgung, Wohnungsbau, Verkehr, Wirtschaftsförderung sowie Altenpflege beteiligt. Außerdem betreibt die Stadt eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung, die vor allem der Entsorgung im Abfallbereich dient. Die Anstalt des öffentlichen Rechts ist für die Abwasserbeseitigung zuständig.

Der Beteiligungsbericht wird nach § 117 GO und § 52 GemHVO erstellt und enthält Angaben über:

- die Ziele der Beteiligung,
- die Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
- die Beteiligungsverhältnisse,
- die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage,
- die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen,
- die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde,
- die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen,
- der Personalbestand jeder Beteiligung.

Ebenfalls ist dem Beteiligungsbericht eine Übersicht über die gemeindlichen Beteiligungen unter Angabe der Höhe der Anteile an jeder Beteiligung in Prozent beigefügt. Entsprechend der geltenden gesetzlichen Vorschriften liegen alle Beteiligungen im öffentlichen Interesse. Sie dienen der Daseinsvorsorge und demnach der Erledigung von städtischen Aufgaben.

# Abkürzungsverzeichnis

ABK	Abwasserbeseitigungskonzept
AfA	Abschreibung für Abnutzungen
AG	Aktiengesellschaft
AI	Anlagenintensität
AktG	Aktiengesetz
ALF	AnrufLinienFahrt
AöR	Anstalt des öffentlichen Rechts
AV	Anlagevermögen
BA	Bauabschnitt
BG	Beigeordnete/r
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes
BM	Bürgermeister/in
BnetzA	Bundesnetzagentur
bzw.	beziehungsweise
DSD AG	Duales System Deutschland AG
EEG	Gesetz für Ausbau erneuerbarer Energien
EGC	Entwicklungs- und GründerCentrum Lüdenscheid GmbH
EigVO	Eigenbetriebsverordnung
einschl.	einschließlich
EK	Eigenkapital
ENERVIE	ENERVIE Südwestfalen Energie und Wasser AG
EU	Europäische Union
e.V.	eingetragener Verein
ev	evangelisch
FK	Fremdkapital
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GewO	Gewerbeordnung
GK	Gesamtkapital
GkG	Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit
gem.	gemäß
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung

gGmbH	gemeinnützige GmbH
GmbHHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GO	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GV	Gesamtvermögen
GWS	Gesellschaft zur Wirtschafts- und Strukturförderung im Märkischen Kreis mbH
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätze-gesetz
HSK	Hochsauerlandkreis
KAG	Kommunales Abgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KG	Kommanditgesellschaft
KIMW	Kunststoffinstitut für die mittelständische Wirtschaft NRW GmbH (Kunststoff-Institut)
KonTraG	Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich
KrWG	Kreislaufwirtschaftsgesetz
kWh	Kilowattstunde
LSM	Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH
LüWo	Lüdenscheider Wohnstätten Aktiengesellschaft
LWG	Landeswassergesetz NW
Mark-E mbH	Mark-E Aktiengesellschaft mit beschränkter Haftung
MEG	Märkische Eisenbahngesellschaft mbH
MK	Märkischer Kreis
MKG	Märkische Kommunale Wirtschafts-GmbH
MVG	Märkische Verkehrsgesellschaft mbH
m <sup>2</sup>	Quadratmeter
NKFEG NRW	NKF-Einführungsgesetz NRW
NKF	Neues Kommunales Finanzmanagement
NKFG	NKF-Gesetz
NRW	Nordrhein-Westfalen
NW	Niederschlagswasser
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
OVG	Oberverwaltungsgericht
qkm	Quadratkilometer
RF	Ratsfrau
RH	Ratsherr

RWE	RWE Westfalen-Weser-Ems AG
SB	Sachkundige/r Bürger/in
SEL	Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid
Seniorenwohnheim	Seniorenwohnheim Weststraße Gemeinnützige GmbH
SIHK	Südwestfälische Industrie- und Handelskammer
SoPo	Sonderposten
StK	Stadtkämmerer
STL	Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid
STL GmbH	STL Bauträger- und Beteiligungs- GmbH
SW	Schmutzwasser
SWL	Stadtwerke Lüdenscheid GmbH
u.a.	unter anderem
UI	Umlaufintensität
UV	Umlaufvermögen
VG	Vermögensgegenstände
WIDI	WIDI Wirtschaftsdienste Hellersen mit beschränkter Haftung
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WKL e.V.	Wirtschaftsförderung Kreisstadt Lüdenscheid eingetragener Verein
z.B.	zum Beispiel
ZGW	Zentrale Gebäudewirtschaft der Stadt Lüdenscheid
ZW	Zuwendungen

# Inhaltsverzeichnis

<b>I</b>	<b>Einleitung</b>	<b>12</b>
<b>1</b>	<b>Gesetzliche Grundlagen</b>	<b>13</b>
1.1	Grundgesetz und Landesverfassung . . . . .	13
1.2	NKF Einführungsgesetz NRW . . . . .	13
1.3	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen . . . . .	13
1.3.1	§ 107 GO NRW . . . . .	13
1.3.2	§ 107 a GO NRW . . . . .	15
1.3.3	§ 108 GO NRW . . . . .	16
1.3.4	§ 108 a GO NRW . . . . .	18
1.3.5	§ 109 GO NRW . . . . .	20
1.3.6	§ 112 GO NRW . . . . .	20
1.3.7	§ 113 GO NRW . . . . .	20
1.3.8	§ 114 a GO NRW . . . . .	21
1.3.9	§ 117 GO NRW . . . . .	23
1.4	Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit . . . . .	24
1.4.1	§ 27 GkG . . . . .	24
1.4.2	§ 28 GkG . . . . .	25
1.5	Gemeindehaushaltsverordnung . . . . .	26
1.5.1	§ 52 GemHVO . . . . .	26
1.6	Haushaltsgrundsätzegesetz . . . . .	27
1.6.1	§ 53 HGrG . . . . .	27
1.6.2	§ 54 HGrG . . . . .	28
1.7	Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich . . . . .	28
1.8	Kapitalgesellschaften- und Co-Richtlinie-Gesetz . . . . .	29
1.9	Transparenz- und Publizitätsgesetz - TransPuG . . . . .	30
1.10	Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung - VorstAG . . . . .	31
<b>2</b>	<b>Beteiligungsmanagement</b>	<b>32</b>
<b>3</b>	<b>Präsentation der Unternehmen</b>	<b>33</b>
<b>II</b>	<b>Übersicht über die Beteiligungsunternehmen</b>	<b>34</b>

<b>III</b>	<b>Beteiligungsunternehmen mit einer Beteiligungsquote über 50%</b>	<b>37</b>
<b>1</b>	<b>Seniorenwohnheim Weststraße gemeinnützige GmbH</b>	<b>38</b>
1.1	Allgemeine Unternehmensdaten . . . . .	38
1.1.1	Statistische Angaben . . . . .	38
1.1.2	Gegenstand und Zweck des Unternehmens . . . . .	38
1.1.3	Beteiligung der Gesellschaft . . . . .	38
1.1.4	Wichtige Verträge . . . . .	38
1.1.5	Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen . . . . .	39
1.2	Wirtschaftliche Situation . . . . .	40
1.2.1	Allgemeine Entwicklung des Unternehmens . . . . .	40
1.2.2	Entwicklung des Unternehmens im Dreijahresvergleich . . . . .	43
1.2.2.1	Bilanz . . . . .	43
1.2.2.2	Bilanz Veränderungen . . . . .	45
1.2.2.3	Gewinn- und Verlustrechnung . . . . .	47
1.2.2.4	Gewinn- und Verlustrechnung Veränderungen . . . . .	48
1.2.2.5	Anzahl der Beschäftigten . . . . .	49
1.2.2.6	Finanzbeziehungen zur Stadt Lüdenscheid . . . . .	49
1.2.2.7	Betriebswirtschaftliche Kennzahlen . . . . .	49
1.2.3	Wirtschaftsplan . . . . .	50
1.2.4	Wirtschaftsplan 2013 im Vergleich zum Ergebnis 2013 . . . . .	51
<b>2</b>	<b>STL Bauträger- und Beteiligungs- GmbH</b>	<b>52</b>
2.1	Allgemeine Unternehmensdaten . . . . .	52
2.1.1	Statistische Angaben . . . . .	52
2.1.2	Gegenstand und Zweck des Unternehmens . . . . .	52
2.1.3	Wichtige Verträge . . . . .	52
2.1.4	Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen . . . . .	53
2.2	Wirtschaftliche Situation . . . . .	54
2.2.1	Allgemeine Entwicklung des Unternehmens . . . . .	54
2.2.2	Entwicklung des Unternehmens im Dreijahresvergleich . . . . .	57
2.2.2.1	Bilanz . . . . .	57
2.2.2.2	Bilanz Veränderungen . . . . .	58
2.2.2.3	Gewinn- und Verlustrechnung . . . . .	59
2.2.2.4	Gewinn- und Verlustrechnung Veränderungen . . . . .	59
2.2.2.5	Anzahl der Beschäftigten . . . . .	59
2.2.2.6	Finanzbeziehungen zur Stadt Lüdenscheid . . . . .	59
2.2.2.7	Finanzbeziehungen zu Beteiligungen der Stadt Lüdenscheid . . . . .	60
2.2.2.8	Betriebswirtschaftliche Kennzahlen . . . . .	60
2.2.3	Wirtschaftsplan . . . . .	61
2.2.4	Wirtschaftsplan 2013 im Vergleich zum Ergebnis 2013 . . . . .	61
<b>3</b>	<b>Lüdenscheider Wohnstätten AG</b>	<b>62</b>
3.1	Allgemeine Unternehmensdaten . . . . .	62

3.1.1	Statistische Angaben . . . . .	62
3.1.2	Gegenstand und Zweck des Unternehmens . . . . .	62
3.1.3	Beteiligungen der Gesellschaft . . . . .	63
3.1.4	Wichtige Verträge . . . . .	63
3.1.5	Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen . . . . .	63
3.2	Wirtschaftliche Situation . . . . .	64
3.2.1	Allgemeine Entwicklung des Unternehmens . . . . .	64
3.2.2	Entwicklung des Unternehmens im Dreijahresvergleich . . . . .	70
3.2.2.1	Bilanz . . . . .	70
3.2.2.2	Bilanz Veränderungen . . . . .	72
3.2.2.3	Gewinn- und Verlustrechnung . . . . .	74
3.2.2.4	Gewinn- und Verlustrechnung Veränderungen . . . . .	75
3.2.2.5	Anzahl der Beschäftigten . . . . .	76
3.2.2.6	Finanzbeziehungen zur Stadt Lüdenscheid . . . . .	76
3.2.2.7	Finanzbeziehungen zu Beteiligungen der Stadt Lüdenscheid . . . . .	76
3.2.2.8	Betriebswirtschaftliche Kennzahlen . . . . .	77
3.2.3	Wirtschaftsplan . . . . .	77
3.2.4	Wirtschaftsplan 2013 im Vergleich zum Ergebnis 2013 . . . . .	78
<b>4</b>	<b>Entwicklungs- und GründerCentrum Lüdenscheid GmbH</b>	<b>79</b>
4.1	Allgemeine Unternehmensdaten . . . . .	79
4.1.1	Statistische Angaben . . . . .	79
4.1.2	Gegenstand und Zweck des Unternehmens . . . . .	79
4.1.3	Beteiligungen der Gesellschaft . . . . .	80
4.1.4	Wichtige Verträge . . . . .	80
4.1.5	Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen . . . . .	80
4.2	Wirtschaftliche Situation . . . . .	81
4.2.1	Darstellung des Geschäftsverlaufs . . . . .	81
4.2.2	Entwicklung des Unternehmens im Dreijahresvergleich . . . . .	84
4.2.2.1	Bilanz . . . . .	84
4.2.2.2	Bilanz Veränderungen . . . . .	86
4.2.2.3	Gewinn- und Verlustrechnung . . . . .	88
4.2.2.4	Gewinn- und Verlustrechnung Veränderungen . . . . .	89
4.2.2.5	Anzahl der Beschäftigten . . . . .	89
4.2.2.6	Finanzbeziehungen zur Stadt Lüdenscheid . . . . .	89
4.2.2.7	Betriebswirtschaftliche Kennzahlen . . . . .	90
4.2.3	Wirtschaftsplan . . . . .	90
4.2.4	Wirtschaftsplan 2013 im Vergleich zum Ergebnis 2013 . . . . .	91
<b>IV</b>	<b>Beteiligungsunternehmen mit einer Beteiligungsquote unter 50%</b>	<b>92</b>
<b>1</b>	<b>Märkischer Gewerbepark Rosmart GmbH</b>	<b>93</b>
1.1	Allgemeine Unternehmensdaten . . . . .	93

1.1.1	Statistische Angaben . . . . .	93
1.1.2	Gegenstand und Zweck des Unternehmens . . . . .	93
1.1.3	Wichtige Verträge . . . . .	94
1.1.4	Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen . . . . .	94
1.2	Wirtschaftliche Situation . . . . .	95
1.2.1	Allgemeine Entwicklung des Unternehmens . . . . .	95
1.2.2	Entwicklung des Unternehmens im Dreijahresvergleich . . . . .	98
1.2.2.1	Bilanz . . . . .	98
1.2.2.2	Bilanz Veränderungen . . . . .	99
1.2.2.3	Gewinn- und Verlustrechnung . . . . .	100
1.2.2.4	Gewinn- und Verlustrechnung Veränderungen . . . . .	100
1.2.3	Anzahl der Beschäftigten . . . . .	100
1.2.4	Finanzbeziehungen zur Stadt Lüdenscheid . . . . .	101
<b>2</b>	<b>Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH</b>	<b>102</b>
2.1	Allgemeine Unternehmensdaten . . . . .	102
2.1.1	Statistische Angaben . . . . .	102
2.1.2	Gegenstand und Zweck des Unternehmens . . . . .	102
2.1.3	Wichtige Verträge . . . . .	102
2.1.4	Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen . . . . .	103
2.2	Wirtschaftliche Situation . . . . .	103
2.2.1	Allgemeine Entwicklung des Unternehmens . . . . .	103
2.2.2	Entwicklung des Unternehmens im Dreijahresvergleich . . . . .	106
2.2.2.1	Bilanz . . . . .	106
2.2.2.2	Bilanz Veränderungen . . . . .	107
2.2.2.3	Gewinn- und Verlustrechnung . . . . .	108
2.2.2.4	Gewinn- und Verlustrechnung Veränderungen . . . . .	108
2.2.3	Anzahl der Beschäftigten . . . . .	109
2.2.4	Finanzbeziehungen zur Stadt Lüdenscheid . . . . .	109
<b>3</b>	<b>Kunststoff-Institut für die mittelständische Wirtschaft NRW GmbH</b>	<b>110</b>
3.1	Allgemeine Unternehmensdaten . . . . .	110
3.1.1	Statistische Angaben . . . . .	110
3.1.2	Gegenstand und Zweck des Unternehmens . . . . .	110
3.1.3	Beteiligungen der Gesellschaft . . . . .	111
3.1.4	Wichtige Verträge . . . . .	111
3.1.5	Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen . . . . .	111
3.2	Wirtschaftliche Situation . . . . .	112
3.2.1	Allgemeine Entwicklung des Unternehmens . . . . .	112
3.2.2	Entwicklung des Unternehmens im Dreijahresvergleich . . . . .	116
3.2.2.1	Bilanz . . . . .	116
3.2.2.2	Bilanz Veränderungen . . . . .	118
3.2.2.3	Gewinn- und Verlustrechnung . . . . .	119
3.2.2.4	Gewinn- und Verlustrechnung Veränderungen . . . . .	120

3.2.3	Anzahl der Beschäftigten . . . . .	120
3.2.4	Finanzbeziehungen zur Stadt Lüdenscheid . . . . .	120
<b>4</b>	<b>ENERVIE Südwestfalen Energie und Wasser AG</b>	<b>121</b>
4.1	Allgemeine Unternehmensdaten . . . . .	121
4.1.1	Statistische Angaben . . . . .	121
4.1.2	Gegenstand und Zweck des Unternehmens . . . . .	121
4.1.3	Beteiligungen der Gesellschaft . . . . .	122
4.1.4	Wichtige Verträge . . . . .	122
4.1.5	Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen . . . . .	123
4.2	Wirtschaftliche Situation . . . . .	124
4.2.1	Allgemeine Entwicklung des Unternehmens . . . . .	124
4.2.2	Entwicklung des Unternehmens im Dreijahresvergleich . . . . .	132
4.2.2.1	Bilanz . . . . .	132
4.2.2.2	Bilanz Veränderungen . . . . .	134
4.2.2.3	Gewinn- und Verlustrechnung . . . . .	136
4.2.2.4	Gewinn- und Verlustrechnung Veränderungen . . . . .	137
4.2.3	Anzahl der Beschäftigten . . . . .	137
4.2.4	Finanzbeziehungen zur Stadt Lüdenscheid . . . . .	138
<b>5</b>	<b>MVG Märkische Verkehrsgesellschaft</b>	<b>139</b>
5.1	Allgemeine Unternehmensdaten . . . . .	139
5.1.1	Statistische Angaben . . . . .	139
5.1.2	Gegenstand und Zweck des Unternehmens . . . . .	140
5.1.3	Beteiligungen der Gesellschaft . . . . .	140
5.1.4	Wichtige Verträge . . . . .	140
5.1.5	Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen . . . . .	140
5.2	Wirtschaftliche Situation . . . . .	141
5.2.1	Allgemeine Entwicklung des Unternehmens . . . . .	141
5.2.2	Entwicklung des Unternehmens im Dreijahresvergleich . . . . .	146
5.2.2.1	Bilanz . . . . .	146
5.2.2.2	Bilanz Veränderungen . . . . .	148
5.2.2.3	Gewinn- und Verlustrechnung . . . . .	150
5.2.2.4	Gewinn- und Verlustrechnung Veränderungen . . . . .	151
5.2.3	Anzahl der Beschäftigten . . . . .	151
5.2.4	Finanzbeziehungen zur Stadt Lüdenscheid . . . . .	152
<b>V</b>	<b>Eigenbetriebsähnliche Einrichtung</b>	<b>153</b>
<b>1</b>	<b>Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid</b>	<b>154</b>
1.1	Allgemeine Unternehmensdaten . . . . .	154
1.1.1	Statistische Angaben . . . . .	154
1.1.2	Erläuterung zur Rechtsform, Gegenstand und Zweck der Einrichtung . . . . .	154

1.1.3	Wichtige Verträge . . . . .	154
1.1.4	Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Organen der Einrichtung . . .	155
1.2	Wirtschaftliche Situation . . . . .	156
1.2.1	Allgemeine Entwicklung des Unternehmens . . . . .	156
1.2.2	Entwicklung des Unternehmens im Dreijahresvergleich . . . . .	166
1.2.2.1	Bilanz . . . . .	166
1.2.2.2	Bilanz Veränderungen . . . . .	167
1.2.2.3	Gewinn- und Verlustrechnung . . . . .	168
1.2.2.4	Gewinn- und Verlustrechnung Veränderungen . . . . .	169
1.2.2.5	Anzahl der Beschäftigten . . . . .	169
1.2.2.6	Finanzbeziehungen zur Stadt Lüdenscheid . . . . .	170
1.2.2.7	Finanzbeziehungen zu Beteiligungen der Stadt Lüdenscheid .	170
1.2.2.8	Betriebswirtschaftliche Kennzahlen . . . . .	171
1.2.3	Wirtschaftsplan . . . . .	171
1.2.4	Wirtschaftsplan 2013 im Vergleich zum Ergebnis 2013 . . . . .	172
<b>VI Rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts</b>		<b>173</b>
<b>1 Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid -AöR-</b>		<b>174</b>
1.1	Allgemeine Unternehmensdaten . . . . .	174
1.1.1	Statistische Angaben . . . . .	174
1.1.2	Erläuterungen zur Rechtsform, Gegenstand und Zweck . . . . .	174
1.1.3	Wichtige Verträge . . . . .	175
1.1.4	Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Organen der Einrichtung . . .	175
1.2	Wirtschaftliche Situation . . . . .	176
1.2.1	Allgemeine Entwicklung der Einrichtung . . . . .	176
1.2.1.1	Bilanz . . . . .	185
1.2.1.2	Bilanz Veränderungen . . . . .	186
1.2.1.3	Gewinn- und Verlustrechnung . . . . .	188
1.2.1.4	Gewinn- und Verlustrechnung Veränderungen . . . . .	189
1.2.1.5	Anzahl der Beschäftigten . . . . .	189
1.2.1.6	Finanzbeziehungen zur Stadt Lüdenscheid . . . . .	190
1.2.1.7	Finanzbeziehungen zu Beteiligungen der Stadt Lüdenscheid .	190
1.2.1.8	Betriebswirtschaftliche Kennzahlen . . . . .	190
1.2.2	Wirtschaftsplan . . . . .	191
1.2.3	Wirtschaftsplan 2013 im Vergleich zum Ergebnis 2013 . . . . .	192
<b>VII Anhang</b>		<b>193</b>

**Teil I**

**Einleitung**

# 1 Gesetzliche Grundlagen

## 1.1 Grundgesetz und Landesverfassung

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden ist in Artikel 28 Abs. 2 Grundgesetz verankert. Danach haben die Gemeinden das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.

Nach Artikel 78 Abs. 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen sind die Gemeinden in ihrem Gebiet die alleinigen Träger der öffentlichen Verwaltung, soweit die Gesetze nichts anderes vorschreiben.

## 1.2 NKF Einführungsgesetz NRW

§ 3 NKFEG NRW regelt die Aufstellung des Beteiligungsberichts.

(1) Gemeinden und Gemeindeverbände haben spätestens zum Stichtag 31. Dezember 2010 einen Beteiligungsbericht nach § 117 der Gemeindeordnung und § 52 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW aufzustellen. In der Zeit vom In-Kraft-Treten dieses Gesetzes bis zum Stichtag nach Satz 1 kann der Beteiligungsbericht nach den Vorschriften des Satzes 1 jeweils zum Schluss eines Haushaltsjahres aufgestellt werden.

(2) Gemeinden und Gemeindeverbände haben vom In-Kraft-Treten dieses Gesetzes bis zum Stichtag nach Absatz 1 Satz 1 einen Beteiligungsbericht nach § 112 Abs. 3 der Gemeindeordnung in der bis zum 31. Dezember 2004 geltenden Fassung zu erstellen, wenn sie keinen Beteiligungsbericht nach Absatz 1 erstellen.

## 1.3 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen

Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen u.a. im 11. Teil Vorgaben zur wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung der Kommunen.

Zu den Vorschriften auszugsweise im Einzelnen:

### 1.3.1 § 107 GO NRW

§ 107 GO NRW regelt die Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung.

(1) Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn

1. ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Energieversorgung, der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telefondienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt werden kann.

Das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes umfasst nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen. Als wirtschaftliche Betätigung ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung im Sinne dieses Abschnitts gilt nicht der Betrieb von

1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. öffentlichen Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten Erziehung, Bildung oder Kultur (Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Ausstellungen, Opern, Theater, Kinos, Bühnen, Orchester, Stadthallen, Begegnungsstätten), Sport oder Erholung (Sportanlagen, zoologische und botanische Gärten, Wald-, Park und Gartenanlagen, Herbergen, Erholungsheime, Bäder, Einrichtungen zur Veranstaltung von Volksfesten), Gesundheits- oder Sozialwesen (Krankenhäuser, Bestattungseinrichtungen, Sanatorien, Kurparks, Senioren- und Behindertenheime, Frauenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen),
3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,
4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens,
5. Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

(3) Die wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Die Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Die nichtwirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Diese Voraussetzungen gelten bei in den Krankenhausplan des Landes aufgenommenen Krankenhäusern als erfüllt. Die Aufnahme einer nichtwirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(5) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Marktanalysen zu geben.

(6) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.

(7) Für das öffentliche Sparkassenwesen gelten die dafür erlassenen besonderen Vorschriften.

### 1.3.2 § 107 a GO NRW

#### § 107 a Zulässigkeit energiewirtschaftlicher Betätigung

(1) Die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung dient einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

(2) Mit den Bereichen Strom-, Gas- und Wärmeversorgung unmittelbar verbundene Dienstleistungen sind zulässig, wenn sie den Hauptzweck fördern. Die Gemeinde stellt sicher, dass bei der Erbringung dieser Dienstleistungen die Belange kleinerer Unternehmen, insbesondere des Handwerks, berücksichtigt werden.

(3) Die Aufnahme einer überörtlichen energiewirtschaftlichen Betätigung ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen. Die Aufnahme einer energiewirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat über die Chancen und

Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, sofern die Entscheidung die Erbringung verbundener Dienstleistungen betrifft.

### 1.3.3 § 108 GO NRW

§ 108 GO regelt, wann eine Gemeinde Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gründen oder sich daran beteiligen darf.

(1) Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. bei Unternehmen (§ 107 Abs. 1) die Voraussetzungen des § 107 Abs. 1 Satz 1 gegeben sind und bei Unternehmen im Bereich der energiewirtschaftlichen Betätigung die Voraussetzung des § 107 a Abs. 1 gegeben ist,
2. bei Einrichtungen (§ 107 Abs. 2) ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,
3. eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,
4. die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,
5. die Gemeinden sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,
6. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,
7. das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstige Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,
8. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, aufgrund des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und ebenso der in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften geprüft werden.
9. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform, vorbehaltlich weitergehender oder entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften, durch Gesellschaftsvertrag oder Satzung gewährleistet ist, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nummer 9 des

Handelsgesetzbuches der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung im Anhang zum Jahresabschluss jeweils für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für:

- a) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind,
- b) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag,
- c) während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und
- d) Leistungen, die einem früheren Mitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind.

Eine Gewährleistung für die individualisierte Ausweisung von Bezügen und Leistungszusagen ist im Falle der Beteiligung an einer bestehenden Gesellschaft auch dann gegeben, wenn in Gesellschaftsvertrag oder Satzung die erstmalige individualisierte Ausweisung spätestens für das zweite Geschäftsjahr nach Erwerb der Beteiligung festgelegt ist.

10. bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen nach § 107 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist. Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf die Gemeinde für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten i. S. von § 87 leisten.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nummern 3, 5 und 8 in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen. Wird von Satz 1 Nummer 8 eine Ausnahme zugelassen, kann auch von Satz 1 Nummer 9 eine Ausnahme zugelassen werden.

(4) Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft nur gründen, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

(5) Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags sichergestellt ist, dass

1. die Gesellschafterversammlung auch beschließt über
  - a) den Abschluss und die Änderung von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
  - b) den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
  - c) den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie
  - d) die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, und
2. der Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrates Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.

### 1.3.4 § 108 a GO NRW

§ 108 a GO NRW enthält die Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten

(1) Soweit im Gesellschaftsvertrag eines Unternehmens (§ 107 Abs. 1, § 107 a Abs. 1) oder einer Einrichtung (§ 107 Abs. 2) in Privatrechtsform, an der die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 vom Hundert der Anteile beteiligt ist, ein fakultativer Aufsichtsrat vorgesehen ist, können dem fakultativen Aufsichtsrat Arbeitnehmervertreter des Unternehmens oder der Einrichtung angehören. In diesem Fall ist ein angemessener Einfluss der Gemeinde im Sinne des § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 gegeben, wenn bei mehr als 2 von der Gemeinde in den Aufsichtsrat zu entsendenden Vertretern nicht mehr als ein Drittel der Gesamtzahl der Aufsichtsratsmandate durch Arbeitnehmervertreter des Unternehmens oder der Einrichtung nach Maßgabe der folgenden Absätze besetzt werden.

(2) Der Rat der Gemeinde bestellt aus einer von der Betriebsversammlung des Unternehmens oder der Einrichtung zu erstellenden Vorschlagsliste die in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter. Die Bestellung bedarf eines Beschlusses der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates. Die Vorschlagsliste muss mindestens die doppelte Zahl der zu entsendenden Arbeitnehmervertreter enthalten. Der Rat hat das Recht, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder sämtliche Vorschläge der Liste zurückzuweisen und eine Ergänzung zu verlangen. In diesem Fall kann eine Betriebsversammlung eine neue Vorschlagsliste erstellen; Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend. Im Falle einer erneuten Zurückweisung der Vorschläge durch den Rat bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

(3) § 113 Abs. 1 Sätze 2 und 3 gelten für die nach Absatz 2 für den fakultativen Aufsichtsrat vom Rat bestellten Arbeitnehmervertreter entsprechend. Verliert ein vom Rat bestellter Arbeitnehmervertreter die Beschäftigteneigenschaft in dem Unternehmen oder der Einrichtung, muss der Rat ihn entsprechend § 113 Abs. 1 Satz 3 aus seinem Amt im fakultativen Aufsichtsrat abberufen.

(4) In der Betriebsversammlung nach Absatz 2 sind alle Beschäftigten des Unternehmens bzw. der Einrichtung wahlberechtigt, die am Tage der Betriebsversammlung das 18. Lebensjahr vollendet haben. Nicht wahlberechtigt sind Geschäftsführer und Vorstände des Unternehmens bzw. der Einrichtung. In die Vorschlagsliste können nur Wahlberechtigte aufgenommen werden. Die Einzelheiten für die Wahl der Arbeitnehmervertreter sind im Gesellschaftsvertrag, der Satzung oder einem sonstigen Organisationsstatut des Unternehmens bzw. der Einrichtung zu regeln. Im Gesellschaftsvertrag, der Satzung oder dem Organisationsstatut des Unternehmens bzw. der Einrichtung ist auch die Amtsdauer der Arbeitnehmervertreter zu regeln. Sie soll die regelmäßige Amtsdauer der nach § 113 Abs. 2 Satz 2 neben dem Bürgermeister oder dem von ihm benannten Bediensteten der Gemeinde in den fakultativen Aufsichtsrat bestellten weiteren Vertreter nicht überschreiten.

(5) Wird ein Arbeitnehmervertreter von seinem Amt gemäß § 113 Abs. 1 Satz 3 abberufen oder scheidet er aus anderen Gründen aus dem Aufsichtsrat aus, bestellt der Rat mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder aus dem noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste nach Absatz 2 einen Nachfolger. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, kann eine Betriebsversammlung den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Kommt auch dann keine Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates für die Bestellung eines Nachfolgers zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

(6) Die Absätze 1 bis 5 gelten mit folgenden Maßgaben entsprechend in den Fällen, in denen an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Privatrechtsform zwei oder mehr Gemeinden beteiligt sind.

Die Bestellung der in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter bedarf übereinstimmender, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder zustande gekommener Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Kommunen, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird. Kommen solche übereinstimmenden Beschlüsse nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, kann eine Betriebsversammlung eine neue Vorschlagsliste erstellen. Kommen auch hierzu entsprechende übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

Für die Bestellung eines Nachfolgers im Sinne des Absatzes 5 gilt Satz 2 entsprechend. Kommen danach übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, kann eine Betriebsversammlung den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Kommen auch dann übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

Für die nach § 113 Abs. 1 Sätze 2 und 3 zu treffenden Entscheidungen bedarf es

übereinstimmender Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Kommunen, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird.

### **1.3.5 § 109 GO NRW**

§ 109 GO NRW enthält die Wirtschaftsgrundsätze:

(1) Die Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird.

(2) Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

### **1.3.6 § 112 GO NRW**

§ 112 GO NRW enthält Vorschriften über Informations- und Prüfungsrechte.

(1) Gehören einer Gemeinde unmittelbar oder mittelbar Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) bezeichneten Umfang, so soll sie

1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des HGrG ausüben,
2. darauf hinwirken, dass ihr die in § 54 HGrG vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

(2) Ist eine Beteiligung der Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des HGrG, so soll die Gemeinde, soweit ihr Interesse dies erfordert, darauf hinwirken, dass ihr im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung die Befugnisse nach § 53 HGrG eingeräumt werden. Bei mittelbaren Minderheitsbeteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 HGrG beteiligt ist.

### **1.3.7 § 113 GO NRW**

§ 113 GO NRW regelt die Vertretung der Gemeinde in Unternehmen oder Einrichtungen.

(1) Die Vertreter der Gemeinde in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar

beteiligt ist, haben die Interessen der Gemeinde zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden. Die vom Rat bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Beschluss des Rates jederzeit niederzulegen. Die Sätze 1 bis 3 gelten nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Bei unmittelbaren Beteiligungen vertritt ein vom Rat bestellter Vertreter die Gemeinde in den in Absatz 1 genannten Gremien. Sofern weitere Vertreter zu benennen sind, muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde dazuzählen. Die Sätze 1 und 2 gelten für mittelbare Beteiligungen entsprechend, sofern nicht ähnlich wirksame Vorkehrungen zur Sicherung hinreichender gemeindlicher Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten getroffen werden.

(3) Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages einer Kapitalgesellschaft darauf hinzuwirken, dass ihr das Recht eingeräumt wird, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Über die Entsendung entscheidet der Rat. Zu den entsandten Aufsichtsratsmitgliedern muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde zählen, wenn diese mit mehr als einem Mitglied im Aufsichtsrat vertreten ist. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen.

(4) Ist der Gemeinde das Recht eingeräumt worden, Mitglieder des Vorstandes oder eines gleichartigen Organs zu bestellen oder vorzuschlagen, entscheidet der Rat.

(5) Die Vertreter der Gemeinde haben den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Die Unterrichtungspflicht besteht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(6) Wird ein Vertreter der Gemeinde aus seiner Tätigkeit in einem Organ haftbar gemacht, so hat ihm die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass er ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadenersatzpflichtig, wenn ihr Vertreter nach Weisung des Rates oder eines Ausschusses gehandelt hat.

### **1.3.8 § 114 a GO NRW**

§ 114 a GO NRW enthält Bestimmungen zur Errichtung von Unternehmen oder Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts.

(1) Die Gemeinde kann Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts errichten oder bestehende Regie- und Eigenbetriebe sowie eigenbetriebsähnliche Einrichtungen im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts umwandeln. § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 gilt entsprechend.

(2) Die Gemeinde regelt die Rechtsverhältnisse der Anstalt durch eine Satzung. Die Satzung muss Bestimmungen über den Namen und die Aufgaben der Anstalt, die Zahl der Mitglieder des Vorstandes und des Verwaltungsrates, die Höhe des Stammkapitals, die Wirtschaftsführung, die Vermögensverwaltung und die Rechnungslegung enthalten.

(3) Die Gemeinde kann der Anstalt einzelne oder alle mit einem bestimmten Zweck zusammenhängenden Aufgaben ganz oder teilweise übertragen. Sie kann zugunsten der Anstalt unter der Voraussetzung des § 9 durch Satzung einen Anschluss- und Benutzungszwang vorschreiben und der Anstalt das Recht einräumen, an ihrer Stelle Satzungen für das übertragene Aufgabengebiet zu erlassen; § 7 gilt entsprechend.

(4) Die Anstalt kann nach Maßgabe der Satzung andere Unternehmen oder Einrichtungen gründen oder sich an solchen beteiligen oder eine bestehende Beteiligung erhöhen, wenn das dem Anstaltszweck dient. Für die Gründung von und die Beteiligung an anderen Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts sowie deren Veräußerung und andere Rechtsgeschäfte im Sinne des § 111 gelten die §§ 108 bis 113 entsprechend. Für die in Satz 2 genannten Gründungen und Beteiligungen muss ein besonders wichtiges Interesse vorliegen.

(5) Die Gemeinde haftet für die Verbindlichkeiten der Anstalt unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist (Gewährträgerschaft). Rechtsgeschäfte im Sinne des § 87 dürfen von der Anstalt nicht getätigt werden.

(6) Die Anstalt wird von einem Vorstand in eigener Verantwortung geleitet, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung der Gemeinde etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich.

(7) Die Geschäftsführung des Vorstands wird von einem Verwaltungsrat überwacht. Der Verwaltungsrat bestellt den Vorstand auf höchstens 5 Jahre; eine erneute Bestellung ist zulässig. Er entscheidet außerdem über

1. den Erlass von Satzungen gemäß Absatz 3 Satz 2,
2. die Beteiligung oder Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen oder Einrichtungen sowie deren Gründung,
3. die Feststellung des Wirtschaftsplans und des Jahresabschlusses,
4. die Festsetzung allgemein geltender Tarife und Entgelte für die Leistungnehmer,
5. die Bestellung des Abschlussprüfers,
6. die Ergebnisverwendung,
7. Rechtsgeschäfte der Anstalt im Sinne des § 111.

Im Fall der Nummer 1 unterliegt der Verwaltungsrat den Weisungen des Rates und berät und beschließt in öffentlicher Sitzung. In den Fällen der Nummern 2 und 7 bedarf es der vorherigen Entscheidung des Rates. Dem Verwaltungsrat obliegt außerdem die Entscheidung in den durch die Satzung der Gemeinde bestimmten Angelegenheiten der Anstalt. In der Satzung kann ferner vorgesehen werden, dass bei Entscheidungen der Organe der Anstalt von grundsätzlicher Bedeutung die Zustimmung des Rates erforderlich ist.

(8) Der Verwaltungsrat besteht aus dem vorsitzenden Mitglied und den übrigen Mitgliedern. Den Vorsitz führt der Bürgermeister. Soweit Beigeordnete mit eigenem

Geschäftsbereich bestellt sind, führt derjenige Beigeordnete den Vorsitz, zu dessen Geschäftsbereich die der Anstalt übertragenen Aufgaben gehören. Sind die übertragenen Aufgaben mehreren Geschäftsbereichen zuzuordnen, so entscheidet der Bürgermeister über den Vorsitz. Die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats werden vom Rat für die Dauer von 5 Jahren gewählt; für die Wahl gilt § 50 Abs. 4 sinngemäß. Die Amtszeit von Mitgliedern des Verwaltungsrats, die dem Rat angehören, endet mit dem Ende der Wahlzeit oder dem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Rat. Die Mitglieder des Verwaltungsrats üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder weiter aus. Mitglieder des Verwaltungsrats können nicht sein:

1. Bedienstete der Anstalt,
2. leitende Bedienstete von juristischen Personen oder sonstigen Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, an denen die Anstalt mit mehr als 50 v.H. beteiligt ist; eine Beteiligung am Stimmrecht genügt,
3. Bedienstete der Aufsichtsbehörde, die unmittelbar mit Aufgaben der Aufsicht über die Anstalt befasst sind.

(9) Die Anstalt hat das Recht, Dienstherr von Beamten zu sein, wenn sie aufgrund einer Aufgabenübertragung nach Absatz 3 hoheitliche Befugnisse ausübt. Wird die Anstalt aufgelöst oder umgebildet, so gilt für die Rechtsstellung der Beamten und der Versorgungsempfänger Kapitel II Abschnitt III des Beamtenrechtsrahmengesetzes.

(10) Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Anstalt werden nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft, sofern nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands sowie die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Leistungen für die Mitglieder des Verwaltungsrates im Anhang des Jahresabschlusses für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge und Leistungen für jedes einzelne Mitglied dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden, soweit es sich um Leistungen des Kommunalunternehmens handelt. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für Leistungen entsprechend § 108 Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 Satz 2.

(11) § 14 Abs. 1, § 31, § 74, § 75 Abs. 1, § 77, § 84 sowie die Bestimmungen des 13. Teils über die staatliche Aufsicht sind auf die Anstalt sinngemäß anzuwenden.

### **1.3.9 § 117 GO NRW**

§ 117 GO NRW enthält Bestimmungen zum Beteiligungsbericht.

(1) Die Gemeinde hat einen Beteiligungsbericht zu erstellen, in dem ihre wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung, unabhängig davon, ob verselbständigte

Aufgabenbereiche dem Konsolidierungskreis des Gesamtabschlusses angehören, zu erläutern ist. Dieser Bericht ist jährlich bezogen auf den Abschlussstichtag des Gesamtabschlusses fortzuschreiben und dem Gesamtabschluss beizufügen.

(2) Der Beteiligungsbericht ist dem Rat und den Einwohnern zur Kenntnis zu bringen. Die Gemeinde hat zu diesem Zweck den Bericht zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen.

## 1.4 Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit

Das Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1979 (GV. NRW. S. 621) wurde zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. Mai 2009 (GV. NRW. S. 298).

### 1.4.1 § 27 GKG

§ 27 enthält Bestimmungen zur Entstehung und Auflösung gemeinsamer Kommunalunternehmen.

(1) Mehrere Gemeinden und Kreise können zur gemeinsamen Aufgabenerfüllung Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts in gemeinsamer Trägerschaft führen (gemeinsames Kommunalunternehmen).

Soweit nachstehend nichts Abweichendes geregelt ist, gelten für das gemeinsame Kommunalunternehmen die Regelungen des § 114 a der Gemeindeordnung sowie die Verordnung über kommunale Unternehmen und Einrichtungen als Anstalten des öffentlichen Rechts (Kommunalunternehmensverordnung - KUV).

(2) Zur Errichtung regeln die beteiligten Gemeinden und Kreise die Rechtsverhältnisse des gemeinsamen Kommunalunternehmens in einer Unternehmenssatzung.

Die Gemeinden und Kreise können auch einem bestehenden Kommunalunternehmen (Anstalt des öffentlichen Rechts gemäß § 114 a der Gemeindeordnung) oder einem bestehenden gemeinsamen Kommunalunternehmen beitreten; der Beitritt erfolgt durch die zwischen den Beteiligten zu vereinbarende Änderung der Unternehmenssatzung.

Die Beteiligten können bestehende Regie- und Eigenbetriebe sowie eigenbetriebsähnliche Einrichtungen auf das gemeinsame Kommunalunternehmen im Weg der Gesamtrechtsnachfolge ausgliedern.

Die auszugliedernden Bereiche sind in der Unternehmenssatzung zu bezeichnen.

(3) Ein Kommunalunternehmen kann mit einem anderen durch Vereinbarung einer entsprechenden Änderung der Unternehmenssatzung des aufnehmenden Unternehmens im Weg der Gesamtrechtsnachfolge zu einem gemeinsamen Kommunalunternehmen verschmolzen werden.

(4) Die in den vorgenannten Absätzen genannten Entscheidungen bedürfen übereinstimmender Beschlüsse der Vertretungen der Träger. Sie sind von der zuständigen Aufsichtsbehörde zu genehmigen. Die Genehmigung gilt als erteilt, wenn die Aufsichtsbehörde den Beteiligten nicht innerhalb von sechs Wochen nach Eingang des Genehmigungsantrags mitteilt, dass sie die Genehmigung versagen oder nur nach Änderung der Unternehmenssatzung erteilen will. Die Aufsichtsbehörde kann im Einzelfall aus besonderem Grund die Frist verlängern. § 115 Abs. 1 Satz 2 der Gemeindeordnung gilt entsprechend.

(5) Die Aufsichtsbehörde hat die Genehmigung und die Unternehmenssatzung oder ihre Änderung in ihrem amtlichen Veröffentlichungsblatt bekannt zu machen. Die beteiligten Gemeinden und Kreise haben in der für ihre Bekanntmachungen vorgeschriebenen Form auf die Veröffentlichung hinzuweisen. Die Errichtung, der Beitritt oder die Verschmelzung werden am Tag nach der Bekanntmachung der Unternehmenssatzung oder ihrer Änderung wirksam, wenn nicht in der Unternehmenssatzung ein späterer Zeitpunkt bestimmt ist.

(6) Änderungen der Unternehmenssatzung und die Auflösung des gemeinsamen Kommunalunternehmens können nur durch übereinstimmende Beschlüsse der Vertretungen der Träger erfolgen. Abweichend von Satz 1 kann die Unternehmenssatzung bestimmen, dass der Austritt eines Trägers lediglich eines Beschlusses der Vertretung des austretenden Trägers bedarf. Für Änderungen der Unternehmenssatzung, die Auflösung des gemeinsamen Kommunalunternehmens sowie den Austritt eines Trägers gelten Absatz 4 Sätze 2 bis 5 entsprechend. Die Abwicklung des gemeinsamen Kommunalunternehmens besorgen die Vorstandsmitglieder als Abwickler.

#### 1.4.2 § 28 GKG

§ 28 enthält weitere Vorschriften für gemeinsame Kommunalunternehmen.

(1) Die Unternehmenssatzung des gemeinsamen Kommunalunternehmens muss auch Angaben enthalten über

1. die Träger des Unternehmens (beteiligte kommunale Gebietskörperschaften),
2. den Sitz des Unternehmens,
3. den Betrag der von jeder beteiligten Gebietskörperschaft auf das Stammkapital zu leistenden Einlage (Stammeinlage),
4. den räumlichen Wirkungsbereich, wenn dem Unternehmen hoheitliche Befugnisse oder das Recht, entsprechend § 114 a Abs. 3 der Gemeindeordnung Satzungen zu erlassen, übertragen werden,
5. die Sitz- und Stimmenverteilung im Verwaltungsrat auf die Träger des gemeinsamen Kommunalunternehmens und die Bestimmung des vorsitzenden Mitglieds des Verwaltungsrats,

6. die Verteilung des Unternehmensvermögens und des Personals im Fall der Auflösung und des Austritts eines Trägers.

§ 17 Abs. 2 Satz 3 gilt für die Satzung des gemeinsamen Kommunalunternehmens entsprechend. Sollen Sacheinlagen geleistet werden, müssen der Gegenstand der Sacheinlage und der Betrag der Stammeinlage, auf die sich die Sacheinlage bezieht, in der Unternehmenssatzung festgesetzt werden. Erlässt das Unternehmen eine Satzung, so hat es diese für das Gebiet jedes Trägers des Unternehmens nach den Vorschriften bekannt zu machen, die für die Bekanntmachung eigener Satzungen des Trägers gelten.

(2) Dem Verwaltungsrat des gemeinsamen Kommunalunternehmens gehören die Hauptverwaltungsbeamten ihrer Träger an; sofern Beigeordnete bestellt sind, zu deren Geschäftsbereichen die dem Unternehmen übertragenen Aufgaben gehören, vertreten diese anstelle der Hauptverwaltungsbeamten ihren Träger im Verwaltungsrat. § 114 a Abs. 8 Satz 3 der Gemeindeordnung gilt entsprechend. Von jedem Träger ist mindestens eine weitere Person in den Verwaltungsrat zu entsenden; für sie gelten § 114 a Abs. 8 Sätze 5 bis 8 der Gemeindeordnung entsprechend.

(3) Soweit die Träger für die Verbindlichkeiten des gemeinsamen Kommunalunternehmens einzutreten haben, haften sie als Gesamtschuldner. Der Ausgleich im Innenverhältnis richtet sich vorbehaltlich einer abweichenden Regelung in der Unternehmenssatzung nach dem Verhältnis der von jedem Träger des Unternehmens auf das Stammkapital zu leistenden Einlage.

(4) Entscheidungen des Verwaltungsrats über die Beteiligung an anderen Unternehmen und die Erhöhung des Stammkapitals bedürfen der Zustimmung der Vertretungen aller Träger. Hinsichtlich des Erlasses von Satzungen unterliegen die Verwaltungsratsmitglieder der Weisung der Vertretung des jeweiligen Trägers.

(5) Das Innenministerium wird ermächtigt,

1. das Verfahren bei der Errichtung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens sowie in den weiteren in § 27 Abs. 2 und 3 genannten Fällen,
2. den Aufbau und die Verwaltung des gemeinsamen Kommunalunternehmens durch Rechtsverordnung zu regeln.

## **1.5 Gemeindehaushaltsverordnung**

### **1.5.1 § 52 GemHVO**

(1) Im Beteiligungsbericht nach § 117 der Gemeindeordnung sind gesondert anzugeben und zu erläutern:

1. die Ziele der Beteiligung,
2. die Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
3. die Beteiligungsverhältnisse,

4. die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage,
5. die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen,
6. die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligung untereinander und mit der Gemeinde,
7. die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen,
8. der Personalbestand jeder Beteiligung.

(2) Im Bericht sind die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der Beteiligungen in einer Zeitreihe abzubilden, die das abgelaufene Geschäftsjahr, das Vorjahr und das Vorvorjahr umfasst. [...]

(3) Dem Bericht ist eine Übersicht über die gemeindlichen Beteiligungen unter Angabe der Höhe der Anteile an jeder Beteiligung in Prozent beizufügen.

## 1.6 Haushaltsgrundsätzegesetz

### 1.6.1 § 53 HGrG

(1) Gehört einer Gebietskörperschaft die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts oder gehört ihr mindestens der vierte Teil der Anteile und steht ihr zusammen mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile zu, so kann sie verlangen, dass das Unternehmen

1. im Rahmen der Abschlussprüfung auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung prüfen lässt;
2. die Abschlussprüfer beauftragt, in ihrem Bericht auch darzustellen
  - a) die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft,
  - b) verlustbringende Geschäfte und die Ursachen der Verluste, wenn diese Geschäfte und die Ursachen für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren,
  - c) die Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrages;
3. ihr den Prüfungsbericht der Abschlussprüfer und, wenn das Unternehmen einen Konzernabschluss aufzustellen hat, auch den Prüfungsbericht der Konzernabschlussprüfer unverzüglich nach Eingang übersendet.

(2) Für die Anwendung des Absatzes 1 rechnen als Anteile der Gebietskörperschaft auch Anteile, die einem Sondervermögen der Gebietskörperschaft gehören. Als Anteile der Gebietskörperschaft gelten ferner Anteile, die Unternehmen gehören, bei denen die Rechte aus Absatz 1 der Gebietskörperschaft zustehen.

### 1.6.2 § 54 HGrG

(1) In den Fällen des § 53 kann in der Satzung (im Gesellschaftsvertrag) mit Dreiviertelmehrheit des vertretenen Kapitals bestimmt werden, dass sich die Rechnungsprüfungsbehörde der Gebietskörperschaft zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung nach § 44 auftreten, unmittelbar unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und die Schriften des Unternehmens einsehen kann.

(2) Ein vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes begründetes Recht der Rechnungsprüfungsbehörde auf unmittelbare Unterrichtung bleibt unberührt.

## 1.7 Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich

Mit dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich vom 27.04.1998 wurde u.a. das Aktiengesetz geändert. Die wichtigsten Regelungen des KonTraG sind:

- Der Vorstand der Aktiengesellschaft wird verpflichtet für ein angemessenes Überwachungssystem (Risikomanagement) zu sorgen, damit den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen frühzeitig erkannt werden, § 91 (2) AktG. Zu den den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Entwicklungen gehören risikobehaftete Geschäfte, Unrichtigkeiten der Rechnungslegung und Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften, die sich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft auswirken. Durch das Überwachungssystem muss gewährleistet sein, dass solche Entwicklungen frühzeitig erkannt werden, um rechtzeitig Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. Zu einem angemessenen Risikomanagement gehören beispielsweise die Festlegung der Risikofelder, Risikoerfassung und Risikoanalyse, die Implementierung eines zielorientierten Controllings sowie die regelmäßige Prüfung, inwieweit der Geschäftsverlauf mit der Planung übereinstimmt und eine interne Revision. In das GmbHG ist keine entsprechende Regelung aufgenommen worden. Es ist aber davon auszugehen, dass für Gesellschaften mit beschränkter Haftung je nach Größe und Komplexität ihrer Struktur nichts anderes gilt und die Regelung im AktG auch Ausstrahlungswirkung auf den Pflichtenrahmen der Geschäftsführer hat.
- Der Abschlussprüfer muss bewerten, ob die getroffenen Maßnahmen für das angemessene Überwachungssystem ausreichen, §§ 317 (4), 321 (4) HGB. Der Abschlussprüfer hat im Rahmen seiner ihm obliegenden Aufgaben auch zu beurteilen, ob das vom Vorstand einzurichtende Überwachungssystem seine Aufgaben erfüllen kann.
- Der Vorstand der Aktiengesellschaft muss den Aufsichtsrat ausführlich über die weitere Unternehmensplanung unterrichten (insbesondere die Finanz-, Investitions- und Personalplanung), § 90 (1) Nr. 1 AktG.
- Die Befugnis der Hauptversammlung wird bekräftigt, ihre Verfahren eigenverantwortlich zu regeln, § 129 (1) AktG. Mit der Neuregelung im AktG wird der Hauptversammlung ausdrücklich die Befugnis zum Erlass einer Geschäftsordnung mit einer Mehrheit, die mindestens drei Viertel des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals umfasst,

eingeräumt. In dieser Geschäftsordnung können u.a. Fragen der Redezeiten, des Fragerechts, des Anwesenheitsrechts des Abschlussprüfers und anderer Dritter, des Tonbandmitschnitts und Fragen der Sicherheitskontrollen, der Bestimmung der Person des Versammlungsleiters und seiner Befugnisse geregelt werden.

- Die Aufsichtsratsmitglieder haben ein verstärktes Prüfungsrecht des Jahresabschlusses, § 170 AktG. Sie haben nicht nur das Recht auf Kenntnisnahme, sondern können auch die Aushändigung der Vorlagen und der Prüfungsberichte verlangen. Die Unterlagen sind auszuhändigen, also nicht nur zur kurzfristigen Einsicht auszulegen.
- Der Abschlussprüfer hat bei den Verhandlungen des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss nicht nur anwesend zu sein, sondern er muss auch über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung berichten, § 171 AktG. Der Aufsichtsrat kann sich gezielt einzelne Stellen der Bilanz oder des Prüfungsberichts erläutern lassen.

Die bisher dargestellten Änderungen beziehen sich nur auf die Aktiengesellschaften (bis auf die Anmerkung zum Risikomanagement). Die nun folgenden Regelungen gelten aber für alle Kapitalgesellschaften, somit für alle Beteiligungsunternehmen.

- Im Lagebericht der Kapitalgesellschaften ist auf die Risiken der künftigen Entwicklung einzugehen, § 289 (1) HGB. Der Lagebericht muss Aussagen darüber enthalten, mit welchen Risiken die künftige Entwicklung belastet ist.
- Der Abschlussprüfer hat auch zu prüfen, ob im Lagebericht der Kapitalgesellschaften die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind, § 317 (2) HGB, und hat im Bestätigungsvermerk darauf einzugehen.

## **1.8 Kapitalgesellschaften- und Co-Richtlinie-Gesetz**

Mit dem Kapitalgesellschaften- und Co-Richtlinie-Gesetz vom 24.02.2000 sind u.a. durch Art. 1 Regelungen des Handelsgesetzbuches geändert worden.

Die wichtigsten Regelungen sind:

- Die Abgrenzungskriterien für die Zuordnung zu den Größenklassen „kleine, mittelgroße und große Kapitalgesellschaften“ wurden geändert, § 267 HGB.
- Die Pflicht zur Offenlegung des Jahresabschlusses ist von neun auf zwölf Monate verlängert worden, § 325 (1) HGB.
- Vom Registergericht ist auf Antrag Ordnungsgeld wegen pflichtwidrigen Unterlassens der rechtzeitigen Offenlegung festzusetzen, § 335 a HGB.

## 1.9 Transparenz- und Publizitätsgesetz - TransPuG

Am 25.07.2002 ist das TransPuG in Kraft getreten. Es hat u.a. das AktG geändert und enthält neben anderen Regelungen eine Stärkung der Position des Aufsichtsrates und dessen Mitglieder. Zudem beinhaltet das TransPuG eine Modernisierung einzelner Vorschriften des Konzernbilanzrechts.

Relevante Änderungen sind:

- Ein Aufsichtsratsmitglied kann vom Vorstand jederzeit die Erstattung von Berichten verlangen, § 90 AktG.
- Ein Aufsichtsratsmitglied kann die Einberufung einer Aufsichtsratssitzung verlangen, nach früherem Recht musste das Verlangen von zumindest zwei Aufsichtsratsmitgliedern unterstützt werden, § 110 AktG.
- Die Mindestanzahl von Aufsichtsratssitzungen wird auf zwei Sitzungen im Kalenderhalbjahr festgelegt, bei nicht börsennotierten Gesellschaften kann die Mindestanzahl auf eine Sitzung im Kalenderhalbjahr verringert werden, § 110 AktG.
- Es wird die Möglichkeit für Aufsichtsratsmitglieder eingeräumt, an der Hauptversammlung im Wege der Bild- und Tonübertragung teilzunehmen, § 118 AktG.
- In der Satzung oder durch den Aufsichtsrat ist zwingend ein Katalog von Maßnahmen festzulegen, die die Geschäftsführung nur nach vorheriger Zustimmung durch den Aufsichtsrat durchführen darf, § 111 AktG.
- Bezüglich der Verwendung des Jahresüberschusses ist neu geregelt, dass, sofern die Satzung dies vorsieht, die Hauptversammlung auch eine Sachausschüttung beschließen kann, § 58 AktG.

Einige Änderungen des AktG gelten über den in § 52 Abs. 1 GmbHG enthaltenen Verweis auf das AktG grundsätzlich auch für eine GmbH. Zwingend ist dies aber nur bei der GmbH, die auch zwingend einen Aufsichtsrat haben muss. Bei den anderen GmbH's, bei denen ein Aufsichtsrat freiwillig installiert worden ist, gelten die Regelungen nur, wenn im Gesellschaftsvertrag nicht ein anderes bestimmt ist.

## 1.10 Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung - VorstAG

Am 19.06.2009 hat der Bundestag ein Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) beschlossen. Dieses wurde am 04.08.2009 verkündet. Mit dem Gesetz wurden die bestehenden Verpflichtungen zur individualisierten Offenlegung der Gehälter von Vorstandsmitgliedern börsennotierter Aktiengesellschaften konkretisiert. Durch das Gesetz werden u.a. Änderungen des Aktiengesetzes (AktG) und des Handelsgesetzbuchs (HGB) vorgenommen.

In § 93 Abs. 2 des AktG wurde folgender Satz angefügt:

(...) Schließt die Gesellschaft eine Versicherung zur Absicherung eines Vorstandsmitglieds gegen Risiken aus dessen beruflicher Tätigkeit für die Gesellschaft ab, ist ein Selbstbehalt von mindestens 10 Prozent des Schadens bis mindestens zur Höhe des Eineinhalbfachen der festen jährlichen Vergütung des Vorstandsmitglieds vorzusehen.

Das bedeutet, dass Vorstände einer Aktiengesellschaft bei dem Abschluss einer so genannten Directors' and Officers' Liability Versicherung einen Selbstbehalt in dieser Police vereinbaren müssen.

Das gilt für alle Aktiengesellschaften und Rechtsformen, deren einschlägige Normen auf § 93 AktG Bezug nehmen. GmbH's sind von der neuen Regelung nicht betroffen. Eine Analogregelung für GmbH-Geschäftsführer liegt nicht vor.

## 2 Beteiligungsmanagement

Die Aufgaben des Beteiligungsmanagements finden sich im Produkt 010 080 020 des Haushaltsplanes wieder und werden von dem Fachdienst Finanzen, Steuern und Beteiligungen (FD 20) wahrgenommen.

Nachfolgend werden die wesentlichen vereinbarten Ziele bzw. Aufgaben erläutert:

- Die gesetzlich und vertraglich vorgesehenen Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den einzelnen Gesellschaftsorganen wird gesichert. Es werden Ratsvorlagen für die Wahl der Vertreter sowie Vorlagen zur Vorbereitung wichtiger Unternehmensentscheidungen erstellt.
- Die wesentlichen Unterlagen z.B. die Gesellschaftsverträge der Beteiligungsunternehmen werden zentral aufbewahrt.
- Die Sitzungsunterlagen, Niederschriften, Jahresabschlüsse und Wirtschaftspläne werden durchgesehen und ausgewertet.
- Die Teilnahme der städtischen Vertreter an Sitzungen wird organisiert. Die Vertreter erhalten das Protokoll der jeweiligen Sitzung.
- Die Mandatsträger werden bei Bedarf beraten und unterstützt. Es werden betriebswirtschaftliche, gesellschaftsrechtliche und steuerrechtliche Fragen beantwortet.

Für die Prüfung des Beteiligungsmanagements ist die örtliche Rechnungsprüfung (FD 14) zuständig.

### 3 Präsentation der Unternehmen

Die ausgewählten Unternehmensdaten sowie die Beteiligungsverhältnisse beziehen sich auf den aktuell vorliegenden Jahresabschluss und Wirtschaftsplan des jeweiligen Unternehmens.

Die Angaben über die Besetzung der Gesellschaftsorgane werden laufend aktualisiert.

Der Gegenstand des Unternehmens und der Lagebericht werden aus den Jahresabschlüssen der Gesellschaften übernommen.

Bei den Beteiligungsunternehmen werden entweder die durchschnittlichen Zahlen der während des Berichtsjahrs Beschäftigten angegeben oder es werden die Zahlen zum Stichtag 31.12. ausgewiesen. Die Zahlen werden entweder direkt aus den Jahresabschlüssen entnommen oder bei den Unternehmen erfragt.

Im Dreijahresvergleich werden die Entwicklungen der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen aufgezeigt und mit einer jeweiligen Analyse dargestellt.

Die Bilanzen sowie die Gewinn- und Verlustrechnungen der einzelnen Beteiligungsunternehmen werden vollständig aufgegliedert dargestellt. Bei Beteiligungsunternehmen mit einer Beteiligungsquote von mehr als 50% sowie beim STL und dem SEL werden ebenfalls die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen abgebildet. Diese werden zukünftig noch erweitert.

Weiterhin werden die Istzahlen des laufenden Jahres den Planzahlen gegenübergestellt und verglichen. Die Veränderungen werden in absoluten und prozentualen Beträgen ausgewiesen.

Als Hinweis ist hinzuzufügen, dass aufgrund der Komprimierung des Zahlenmaterials und der Verwendung von Formeln die Beträge Rundungsdifferenzen aufweisen können.

Für darüber hinausgehende Informationen wird auf den aktuellen Haushaltsplan der Stadt Lüdenscheid verwiesen.

## **Teil II**

# **Übersicht über die Beteiligungsunternehmen**

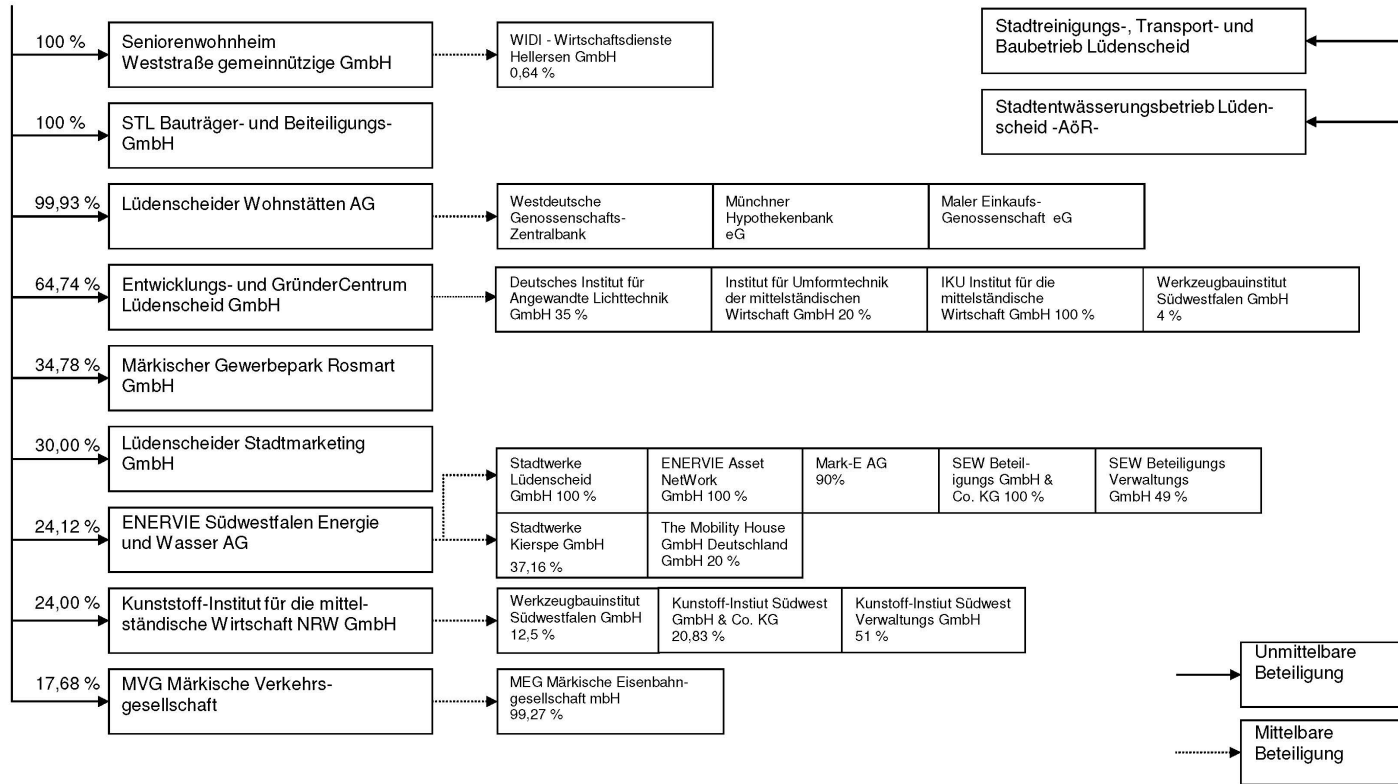
**Tabellarische Darstellung der Beteiligungen der Stadt Lüdenscheid  
Stand: 31.12.2013**

<b>Beteiligungsunternehmen mit einer Beteiligungsquote <u>über</u> 50%</b>	<b>Beteiligung in % unmittelbar</b>	<b>Stammkapital</b>	<b>Anteil am Stammkapital</b>
- Seniorenwohnheim Weststraße gemeinnützige GmbH	100,00	255.645,94 €	255.645,94 €
- STL Bauträger- und Beteiligungs- GmbH	100,00	511.291,88 €	511.291,88 €
- Lüdenscheider Wohnstätten AG	99,93	8.819.784,96 €	8.813.611,11 €
- Entwicklungs- und GründerCentrum Lüdenscheid GmbH	64,74	556.850,00 €	360.500,00 €
<b>Beteiligungsunternehmen mit einer Beteiligungsquote <u>unter</u> 50%</b>			
- Märkischer Gewerbepark Rosmart GmbH	34,78	207.000,00 €	72.000,00 €
- Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH	30,00	100.000,00 €	30.000,00 €
- Kunststoff-Institut für die mittel- ständische Wirtschaft NRW GmbH	24,00	450.000,00 €	108.000,00 €
- ENERVIE Südwestfalen Energie und Wasser AG	24,12	114.900.000,00 €	27.718.192,00 €
- MVG Märkische Verkehrsgesellschaft	17,68	5.410.541,82 €	956.371,46 €
<b>Mittelbare Beteiligungsunternehmen mit einer Beteiligungsquote über 50%</b>			
- IKU Institut für mittelständische Wirtschaft GmbH Informatik, Kostenrechnung, Unternehmensplanung			
<b>Eigenbetriebsähnliche Einrichtung</b>			
- Stadtreinigungs-, Transport- und Bau- betrieb Lüdenscheid		1.942.909,15 €	1.942.909,15 €
<b>Rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts</b>			
- Stadtentwässerungsbetrieb Lüden- scheid -AöR-		20.000.000,00 €	20.000.000,00 €



# Stadt Lüdenscheid

Stand: 31.12.2013



## **Teil III**

# **Beteiligungsunternehmen mit einer Beteiligungsquote über 50%**

# 1 Seniorenwohnheim Weststraße gemeinnützige GmbH

## 1.1 Allgemeine Unternehmensdaten

### 1.1.1 Statistische Angaben

Unternehmensbezeichnung:	Seniorenwohnheim Weststraße gemeinnützige GmbH Weststraße 19 58509 Lüdenscheid
Gründungsjahr:	1993
Grundkapital:	255.645,94 Euro
Beteiligung der Stadt:	255.645,94 Euro = 100%

### 1.1.2 Gegenstand und Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Einrichtungen der Altenhilfe sowie der damit im weitesten Sinne verbundenen Nebeneinrichtungen und Dienstleistungen.

Nach dem Gesellschaftsvertrag verfolgt die Gesellschaft ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige bzw. mildtätige Wohlfahrtszwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung 1977 (§§ 51 ff.) in der jeweils gültigen Fassung. Die Gesellschaft ist so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Die Wirtschaftlichkeitsgrundsätze nach § 109 GO werden angewendet.

### 1.1.3 Beteiligung der Gesellschaft

Zum 01.11.2003 hat die Gesellschaft den Anteil der Stadt Lüdenscheid an der WIDI Wirtschaftsdienste Hellersen GmbH zum Nominalwert von 10.361,72 Euro erworben.

### 1.1.4 Wichtige Verträge

- Gesellschaftsvertrag vom 29.04.1993, letzte Änderung am 29.12.2011
- Erbbaurechtsvertrag mit der Stadt Lüdenscheid vom 04.10.1993
- Personalüberleitungsvertrag vom 29.03.1995

### 1.1.5 Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen

Dargestellt wird die aktuelle Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen.

#### a) Geschäftsführung

In der Geschäftsführung ist die Stadt Lüdenscheid nicht vertreten.

#### b) Verwaltungsrat

##### **Ordentliche Mitglieder**

Frau Petra Noack  
Leiter des Fachbereichs  
Bürgerservice/Soz. Hilfen  
SB Horst Adolf Eick  
RF Ramona Ullrich  
RF Karin Hertes  
SB Brunhilde Gromball  
RH Ernst Helmut Norbert Adam  
RF Ursula Maria Meyer  
RH Hansjürgen Wakup  
SB Renate Lazar

##### **Stellvertretende Mitglieder**

Frau Mechthild Kießig  
Stellvertreter des Leiters des Fachbereichs  
Bürgerservice/Soz. Hilfen  
RF Evangelia Kasdanastassi  
SB Dorothee Neuhaus  
RH Lothar Hellwig  
RH Michael Wülfrath  
RF Ingrid Fischer  
RH Rüdiger König  
RF Susanne Mewes  
SB Ullrich Neuhaus

#### c) Gesellschafterversammlung

In geraden Jahren

Stimmberechtigter Vertreter:  
Stellvertreterin:

RH Jan Oliver Eggermann  
RF Sabine Rigas-Gülde

In ungeraden Jahren

Stimmberechtigte Vertreterin:  
Stellvertreter:

RF Sabine Rigas-Gülde  
RH Jan Oliver Eggermann

## 1.2 Wirtschaftliche Situation

Die Darstellung der wirtschaftlichen Situation bezieht sich auf das Geschäftsjahr 2013.

### 1.2.1 Allgemeine Entwicklung des Unternehmens

#### **Geschäftsverlauf und Lage des Unternehmens**

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und der Jahresüberschuss in Höhe von 880 T€ sind gegenüber dem Vorjahr zwar leicht gesunken, liegen jedoch weiter auf einem sehr hohen Niveau. Die Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge konnten in der Summe um 284 T€ gesteigert werden. Gleichzeitig haben sich jedoch die Betriebskosten einschließlich des Personalaufwandes um 278 T€ erhöht. Die Vermögenslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr nochmals leicht verbessert. Die flüssigen Mittel haben um 786 T€ zugenommen, bei gleichzeitiger Reduzierung des Sachanlagevermögens um 545 T€. Die Struktur des kurz- und langfristig gebundenen Vermögens und die Verbindlichkeiten sind stabil. Das Fremdkapital wurde um 512 T€ abgebaut. Die Finanzlage ist als gesichert zu bezeichnen. Die Kapitalstruktur ist ausgewogen. Die Eigenkapitalquote konnte nochmals verbessert werden und beträgt jetzt 51,1%. Die Ertragslage ist bei nachhaltigen Jahresüberschüssen seit Jahren unverändert gut. Die wirtschaftliche Lage ist insgesamt als gut zu bezeichnen.

#### **Auslastung - Belegungsstruktur**

##### **Betreutes Wohnen Weststraße**

Abgesehen von fluktuationsbedingten Leerständen sind die Wohnungen stets komplett belegt.

##### **Betreutes Wohnen Haus Toscana**

Im Haus Toscana stehen insgesamt acht Wohnungen zur Verfügung. Alle Wohnungen sind seit Inbetriebnahme des Hauses vermietet.

##### **Stationäre Pflege Weststraße**

Die Auslastung der stationären Wohnbereiche sowohl in der Weststraße wie auch im Haus Toscana war im Jahr 2013 gut. Gravierende Veränderungen sind für das kommende Geschäftsjahr nicht zu erwarten. Dennoch ist die Umsatzerwartung in einigen Positionen tendenziell als leicht rückläufig einzuschätzen. Einerseits steht für das Jahr 2014 eine weitere Platzzahlreduzierung durch die Umwandlung weiterer Doppelzimmer in Einzelzimmer aus. Aktuell stehen im stationären Bereich noch 132 Plätze zur Verfügung. Das entspricht einem Einzelzimmeranteil von 78%. Für die Erteilung der Abstimmungsbescheinigung ist unter anderem der Nachweis eines Einzelzimmeranteils von 80% notwendig. Insofern werden noch mindestens drei Plätze abzubauen sein. Wünschenswert und mit Blick auf die Wettbewerbssituation auch sinnvoll, ist jedoch ein deutlich über das Minimum hinausgehendes Angebot an Einzelzimmern.

Aus heutiger Sicht dürfte eine Reduzierung der Platzzahl auf 120 (Einzelzimmeranteil von 90%) wirtschaftlich realisierbar sein.

Hinsichtlich der Position Erträge aus Investitionskostenförderung ist ebenfalls eine Veränderung zu erwarten. Derzeit wird dieser Bestandteil des Pflegesatzes noch alle zwei Jahre neu berechnet und durch den Landschaftsverband neu festgesetzt. Die Rechtsgrundlage für die Kalkulation des Investitionskostenanteils wird voraussichtlich im kommenden Jahr geändert. Da die Neuregelungen noch nicht abschließend feststehen, lassen sich die konkreten Auswirkungen auf die

Berechnung für die Gesellschaft derzeit noch nicht absehen. Für das Jahr 2014 gelten noch die bisherigen Modalitäten.

#### **Stationäre Pflege Haus Toscana**

Die Auslastung des Hauses ist mit einem Jahresdurchschnitt über 99% weiterhin außerordentlich gut. Die Entwicklung der stationären Bereiche ist auch weiterhin positiv zu bewerten.

#### **Sozialstation**

Die Nachfrage nach ambulanten Leistungen hat sich im Verlauf des Jahres 2013 wieder stabilisiert. Für das Jahr 2014 sind gleich bleibende Rahmenbedingungen unterstellt worden.

#### **Tagespflege**

Die Tagespflege wird im Jahr 2013 eine außerordentlich gute Auslastungsquote erreichen. Im Jahresdurchschnitt wird die Belegung voraussichtlich über 100 % liegen. Diese positive Entwicklung ist weitgehend darauf zurückzuführen, dass sich mit dem Inkrafttreten des Pflegeweiterentwicklungsgesetzes für die Pflegebedürftigen die Rahmenbedingungen zur Finanzierung der Inanspruchnahme von teilstationären Betreuungsangeboten deutlich verbessert haben.

#### **Allgemeines**

Außerordentliche Abweichungen von den Vorjahresergebnissen sind bei folgenden Positionen zu verzeichnen:

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind gegenüber dem Vorjahr um 179 T€ gestiegen. Hierfür entfallen rd. 95 T€ auf die Position Erträge aus der Refinanzierung der Altenpflegeumlage. Das Umlageverfahren ist zum 01.07.2012 eingeführt worden. Der Refinanzierungsanspruch bestand in 2012 daher für sechs Monate, während in 2013 dann erstmals für zwölf Monate Umlageerträge berücksichtigt werden konnten.

Darüber hinaus sind in 2013 zwei größere Gebäudeschäden (ein Einbruchschaden sowie Schäden aus einem Blitzeinschlag) entstanden, die im Wesentlichen über die Versicherung abgerechnet werden konnten. Der Reparaturaufwand erklärt den erheblichen Anstieg der Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung und gleichzeitig den entsprechenden Ertragszuwachs bei der Position Erstattungen von der Versicherung, die den sonstigen betrieblichen Erträgen zugeordnet ist.

#### **Investitionsmaßnahmen**

Im Jahr 2012 ist mit der Umsetzung umfangreicher Renovierungs- und Modernisierungsarbeiten begonnen worden. Darüber hinaus hat der Verwaltungsrat beschlossen, zur Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität der Bewohner des stationären Bereiches Umbaumaßnahmen im Seniorenwohnheim Weststraße durchzuführen.

Auf Anraten der Heimaufsicht des Märkischen Kreises ist parallel zum Baugenehmigungsverfahren der Antrag auf Erteilung einer Bescheinigung über die Abstimmung des Vorhabens mit den Anforderungen der Verordnung über die allgemeinen Grundsätze der Förderung von Pflegeeinrichtungen nach dem Landespflegegesetz gestellt worden. Die Abstimmungsbescheinigung ist erforderlich, um auch über das Jahr 2018 hinaus die Voraussetzungen für die Investitionskostenförderung (Pflegewohngeld) zu erfüllen. Das Abstimmungsverfahren ist von den Grundsatzfragen zwar bearbeitet und geklärt, allerdings noch nicht abgeschlossen. Die Heimaufsicht hat jedoch hinsichtlich der geplanten Umbaumaßnahmen eine positive Stellungnahme abgegeben, so dass die Baugenehmigung erteilt werden konnte. Im Herbst 2013 wurden die Ausführungspläne erstellt und die ersten Vergaben getätigt. Die Balkonanlage im Innenhof zur Overbergstraße ist zwischenzeitlich fertig gestellt. Die Baumaßnahme im Innenbereich - Brechen von Tür- Fens-

teröffnungen, Trockenarbeiten, Ausbau der Wohnbereichsküchen, Umbau der Dienstzimmer, Ausbau eines Wellnessbades u.s.w. - werden aktuell durchgeführt. Parallel zu den Umbaumaßnahmen stehen auch umfangreiche Instandhaltungsmaßnahmen, insbesondere die Aufarbeitung der Parkettböden in den stationären Wohnbereichen an.

Ziel ist es, die Baumaßnahmen im Verlaufe des Jahres 2014 umzusetzen. Die Renovierungs- und Modernisierungsarbeiten werden sukzessive im laufenden wie auch in den Folgejahren durchgeführt. Zur Finanzierung der Investitionen stehen ausreichend Eigenmittel zur Verfügung.

#### **Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung**

Trotz einer verschärften Wettbewerbssituation hat die Seniorenwohnheim Weststraße gemeinnützige GmbH ihre gute Marktposition behauptet. Derzeit sind für die künftige Entwicklung keine besonderen Risiken ersichtlich. Unabhängig davon, sind weder Liquiditätsengpässe, noch sich langfristig abzeichnende Vermögensverluste zu erwarten. Der rechtliche Bestand ist ebenfalls in keiner Weise gefährdet.

#### **Nachtragsbericht**

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Ende des Geschäftsjahres haben sich nicht ereignet.

## 1.2.2 Entwicklung des Unternehmens im Dreijahresvergleich

### 1.2.2.1 Bilanz

Aktivseite Seniorenwohnheim GmbH	2013	2012	2011
<b>A. Anlagevermögen</b>			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltliche erworbene Software	1.203,97	3.009,91	4.655,43
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	19.724.283,77	20.260.662,39	20.791.214,10
2. Technische Anlagen und Maschinen	293.039,51	339.704,34	378.878,92
3. Einrichtung und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	387.712,83	460.208,87	525.183,71
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	93.457,14	0,00	0,00
5. Fahrzeuge	21.948,39	4.349,27	8.930,82
III. Finanzanlagen: Beteiligungen	10.361,72	10.361,72	10.361,72
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
I. Vorräte: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	52.070,30	48.432,62	38.464,55
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	265.407,85	273.243,99	85.303,95
2. Sonstige Vermögensgegenstände	36.078,03	6.985,92	9.682,87
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	6.600.949,44	5.814.995,10	5.000.713,86
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	103.760,47	133.295,47	161.424,47
<b>Bilanzsumme</b>	<b>27.590.273,42</b>	<b>27.355.249,60</b>	<b>27.014.814,40</b>

<b>Passivseite Seniorenwohnheim GmbH</b>		<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
<b>A.</b>	<b>Eigenkapital</b>			
I.	Gezeichnetes Kapital	255.645,94	255.645,94	255.645,94
II.	Kapitalrücklagen	1.635.598,19	1.635.598,19	1.635.598,19
III.	Gewinnrücklage	11.061.713,87	10.228.155,08	9.560.066,71
IV.	Jahresüberschuss	879.975,51	953.558,79	908.088,37
<b>B.</b>	<b>Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens</b>			
1.	Sonderposten aus öffentlichen Fördermitteln für Investitionen	289.332,00	300.954,00	312.576,00
<b>C.</b>	<b>Rückstellungen</b>			
	Sonstige Rückstellungen	478.823,01	495.696,34	527.305,41
<b>D.</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>			
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	271.054,76	207.006,52	191.121,09
2.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12.322.654,48	12.891.715,85	13.443.695,46
3.	Sonstige Verbindlichkeiten	259.444,39	237.111,85	37.573,01
<b>E.</b>	<b>Passive Rechnungsabgrenzung</b>	136.031,27	149.807,04	143.144,22
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>27.590.273,42</b>	<b>27.355.249,60</b>	<b>27.014.814,40</b>

### 1.2.2.2 Bilanz Veränderungen

	<b>Aktivseite Seniorenwohnheim GmbH</b>	<b>2013/2012</b>	<b>2013/2012 in %</b>
<b>A.</b>	<b>Anlagevermögen</b>		
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände		
	Entgeltliche erworbene Software	-1.805,94	-60,00
II.	Sachanlagen		
1.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	-536.378,62	-2,65
2.	Technische Anlagen und Maschinen	-46.664,83	-13,74
3.	Einrichtung und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	-72.496,04	-15,75
4.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	93.457,14	100,00
5.	Fahrzeuge	17.599,12	404,65
III.	Finanzanlagen: Beteiligungen	0,00	0,00
<b>B.</b>	<b>Umlaufvermögen</b>		
I.	Vorräte: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3.637,68	7,51
II.	Forderungen u. sonstige Vermögens- gegenstände		
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-7.836,14	-2,87
2.	Sonstige Vermögensgegenstände	29.092,11	416,44
III.	Kassenbestand, Guthaben bei Kredit- instituten	785.954,34	13,52
<b>C.</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	-29.535,00	-22,16
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>235.023,82</b>	<b>0,86</b>

<b>Passivseite Seniorenwohnheim GmbH</b>		<b>2013/2012</b>	<b>2013/2012 in %</b>
<b>A.</b>	<b>Eigenkapital</b>		
I.	Gezeichnetes Kapital	0,00	0,00
II.	Kapitalrücklagen	0,00	0,00
III.	Gewinnrücklage	833.558,79	8,15
IV.	Jahresüberschuss	-73.583,28	-7,72
<b>B.</b>	<b>Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens</b>		
1.	Sonderposten aus öffentlichen Fördermitteln für Investitionen	-11.622,00	-3,86
<b>C.</b>	<b>Rückstellungen</b>		
	Sonstige Rückstellungen	-16.873,33	-3,40
<b>D.</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>		
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	64.048,24	30,94
2.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-569.061,37	-4,41
3.	Sonstige Verbindlichkeiten	22.332,54	9,42
<b>E.</b>	<b>Passive Rechnungsabgrenzung</b>	-13.775,77	-9,20
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>235.023,82</b>	<b>0,86</b>

### 1.2.2.3 Gewinn- und Verlustrechnung

<b>Gewinn- und Verlustrechnung Senioren- wohnheim GmbH</b>		<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
1.	Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen	4.871.115,42	4.729.882,20	4.614.850,79
2.	Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	2.725.504,79	2.735.873,85	2.690.287,74
3.	Erträge aus Zusatzleistungen und Transportleistungen	84.369,13	78.433,04	79.558,16
4.	Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen	1.489.928,30	1.522.550,37	1.522.185,78
5.	Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	60.841,69	60.342,92	76.943,40
6.	Sonstige betriebliche Erträge	422.350,66	243.175,34	214.510,31
7.	Personalaufwand			
a)	Löhne und Gehälter	4.359.714,79	4.216.406,56	4.115.983,23
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.350.311,41	1.302.743,56	1.113.817,29
8.	Materialaufwand			
a)	Lebensmittel	468.320,27	449.901,47	449.997,49
b)	Aufwendungen für Zusatzleistungen	86.179,23	71.291,45	69.297,77
c)	Wasser, Energie, Brennstoffe	452.344,14	389.610,72	398.643,83
d)	Wirtschaftsbedarf, Verwaltungsbedarf	514.525,96	523.611,94	561.884,62
9.	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	22.220,31	51.889,92	24.473,27
10.	Steuern, Abgaben, Versicherungen	83.413,20	78.879,63	72.436,12
11.	Mieten, Pachten	32.415,00	31.065,04	27.212,24
12.	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	11.622,00	11.622,00	11.622,00
13.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände und Sachanlagen	681.937,30	686.625,09	713.033,15
14.	Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung	219.160,29	111.577,02	151.971,42
15.	Sonstige ordentliche und außerordentliche Aufwendungen	22.382,79	21.469,68	59.041,18
16.	Zinsen und ähnliche Erträge	28.852,76	54.029,38	33.991,93
17.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	521.684,55	547.278,23	578.070,13
18.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	879.975,51	953.558,79	908.088,37
<b>19.</b>	<b>Jahresüberschuss</b>	<b>879.975,51</b>	<b>953.558,79</b>	<b>908.088,37</b>

#### 1.2.2.4 Gewinn- und Verlustrechnung Veränderungen

	<b>Gewinn- und Verlustrechnung Senioren- wohnheim GmbH</b>	<b>2013/2012</b>	<b>2013/2012 in %</b>
1.	Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen	141.233,22	2,99
2.	Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	-10.369,06	-0,38
3.	Erträge aus Zusatzleistungen und Transportleistungen	5.936,09	7,57
4.	Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen	-32.622,07	-2,14
5.	Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	498,77	0,83
6.	Sonstige betriebliche Erträge	179.175,32	73,68
7.	Personalaufwand		
a)	Löhne und Gehälter	143.308,23	3,40
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	47.567,85	3,65
8.	Materialaufwand		
a)	Lebensmittel	18.418,80	4,09
b)	Aufwendungen für Zusatzleistungen	14.887,78	20,88
c)	Wasser, Energie, Brennstoffe	62.733,42	16,10
d)	Wirtschaftsbedarf, Verwaltungsbedarf	-9.085,98	-1,74
9.	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	-29.669,61	-57,18
10.	Steuern, Abgaben, Versicherungen	4.533,57	5,75
11.	Mieten, Pachten	1.349,96	4,35
12.	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	0,00	0,00
13.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände und Sachanlagen	-4.687,79	-0,68
14.	Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung	107.583,27	96,42
15.	Sonstige ordentliche und außerordentliche Aufwendungen	913,11	4,25
16.	Zinsen und ähnliche Erträge	-25.176,62	-46,60
17.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-25.593,68	-4,68
18.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-73.583,28	-7,72
<b>19.</b>	<b>Jahresüberschuss</b>	<b>-73.583,28</b>	<b>-7,72</b>

### 1.2.2.5 Anzahl der Beschäftigten

Die Zahl der Beschäftigten entwickelte sich von 2011 bis 2013 wie folgt (durchschnittliche Zahl der während des Berichtsjahrs Beschäftigten):

Stellen	2013	2012	2011
Angestellte	236	226	228
sonstige	19	15	16
gesamt	255	241	244

### 1.2.2.6 Finanzbeziehungen zur Stadt Lüdenscheid

Die Finanzbeziehungen zwischen der Gesellschaft und der Stadt Lüdenscheid stellen sich wie folgt dar:

Produkt	Sachkonto	Bezeichnung	2013	2012	2011
050 020 010	4651500	Zuwendung	30.000,00	30.000,00	30.000,00
060 020 010	4651500	Zuwendung	39.000,00	40.000,00	40.000,00
060 030 020	4651500	Zuwendung	51.000,00	50.000,00	50.000,00
160 010 010	4563200	Bürgschaftsprovision	110.405,86	115.880,67	120.411,22

### 1.2.2.7 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

Betriebswirtschaftliche Kennzahlen Seniorenwohnheim GmbH		2013	2012	2011	Abweichung 2013/2012
		%	%	%	
1.	Eigenkapitalquote	51,19	48,89	46,91	2,30
2.	Fremdkapitalquote	48,81	51,11	53,09	-2,30
3.	Anlagendeckung I	67,37	62,02	56,91	5,35
4.	Anlagenintensität	74,42	77,05	80,40	-2,64
5.	Umlaufintensität	25,21	22,46	19,00	2,75
6.	Kassenmittelintensität	23,92	21,26	18,51	2,67
7.	Eigenkapitalrentabilität	6,36	7,29	7,35	-0,93
8.	Gesamtkapitalrentabilität	4,68	5,06	5,06	-0,38
9.	Materialaufwandsquote	15,76	15,31	16,09	0,45
10.	Personalaufwandsquote	59,15	58,90	56,14	0,25
11.	Abschreibungsquote	3,32	3,26	3,28	0,06

### 1.2.3 Wirtschaftsplan

Dargestellt wird die Entwicklung der Plandaten:

<b>Erfolgsplan</b>	<b>2014</b>	<b>2013</b>	<b>2013/2014</b>	<b>in %</b>
Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen	4.601.000,00	4.550.000,00	51.000,00	1,12
Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	2.600.000,00	2.617.000,00	-17.000,00	-0,65
Erträge aus Zusatzleistungen	78.000,00	73.000,00	5.000,00	6,85
Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen	1.451.000,00	1.441.500,00	9.500,00	0,66
Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	49.000,00	35.000,00	14.000,00	40,00
Sonstige betriebliche Erträge	266.900,00	138.350,00	128.550,00	92,92
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	11.622,00	11.622,00	0,00	0,00
Sonstige ordentliche und außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	-
Zinsen und ähnliche Erträge	25.000,00	50.000,00	-25.000,00	-50,00
Personalaufwand	5.900.000,00	5.700.000,00	200.000,00	3,51
Materialaufwand	1.550.000,00	1.526.750,00	23.250,00	1,52
Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	0,00	25.800,00	-25.800,00	-100,00
Steuern, Abgaben, Versicherungen	135.000,00	135.000,00	0,00	0,00
Mieten	3.850,00	0,00	3.850,00	-
Abschreibungen	690.000,00	690.000,00	0,00	0,00
Aufwendungen für Instandhaltung u. Instandsetzung	120.000,00	120.000,00	0,00	0,00
Sonstige ordentliche und außerordentliche Aufwendungen	20.000,00	28.000,00	-8.000,00	-28,57
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	403.000,00	441.954,79	-38.954,79	-8,81
Bürgschaftsprovision	106.000,00	111.000,00	-5.000,00	-4,50
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>154.672,00</b>	<b>137.967,21</b>	<b>16.704,79</b>	<b>12,11</b>

<b>Vermögensplan</b>	<b>2014</b>	<b>2013</b>	<b>2013/2014</b>	<b>in %</b>
erwirtschaftete Abschreibungen	690.000,00	690.000,00	0,00	0,00
<b>Gesamteinnahmen des Vermögensplans</b>	<b>690.000,00</b>	<b>690.000,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
EDV-Software	10.000,00	10.000,00	0,00	0,00
Grundstücke und Bauten	850.000,00	350.000,00	500.000,00	142,86
Technische Anlagen und Maschinen	50.000,00	50.000,00	0,00	0,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	250.000,00	100.000,00	150.000,00	150,00
Kredittilgung	1.444.737,40	551.000,00	893.737,40	162,20
<b>Gesamtausgaben des Vermögensplans</b>	<b>2.604.737,40</b>	<b>1.061.000,00</b>	<b>1.543.737,40</b>	<b>145,50</b>

#### 1.2.4 Wirtschaftsplandaten 2013 im Vergleich zum Ergebnis 2013

In der folgenden Tabelle werden die Plandaten den Istzahlen des Jahres 2013 gegenübergestellt und die Veränderungen in absoluten und prozentualen Beträgen ausgewiesen:

<b>Plan/Ist-Vergleich 2013</b>	<b>Plan 2013</b>	<b>Ist 2013</b>	<b>Abweichung</b>	<b>Abweichung in %</b>
Erträge	8.916.472,00	9.665.731,99	749.259,99	8,4
Aufwendungen	8.225.550,00	8.292.924,69	67.374,69	0,82
Finanzergebnis	-552.954,79	-492.831,79	60.123,00	10,87
Jahresüberschuss	137.967,21	879.975,51	742.008,30	537,81

Weitere Informationen zu der Gesellschaft können auf der Internetseite unter dem folgenden Link abgerufen werden:

<http://www.sw-weststrasse.de/>

## 2 STL Bauträger- und Beteiligungs- GmbH

### 2.1 Allgemeine Unternehmensdaten

#### 2.1.1 Statistische Angaben

Unternehmensbezeichnung:	STL Bauträger- und Beteiligungs- GmbH Am Fuhrpark 14 58507 Lüdenscheid
Gründungsjahr:	1994
Grundkapital:	511.291,88 €
Beteiligung der Stadt:	511.291,88 € = 100%

#### 2.1.2 Gegenstand und Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist ausschließlich der Erwerb, die Einrichtung, die Unterhaltung und der Betrieb von Einrichtungen ohne wirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 GO NRW sowie der Erwerb und die Unterhaltung der hierfür erforderlichen Grundstücke, die Beteiligung an diesen Einrichtungen und alle damit im weitesten Sinne zusammenhängenden Geschäfte und Dienstleistungen.

Die Tätigkeit der Gesellschaft steht nach dem Unternehmensgegenstand in direktem Zusammenhang mit dem Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid. Es handelt sich um Aufgaben aus dem Bereich der Wiederverwendung und Entsorgung von Abfällen. Diese Aufgaben gehören zur Daseinsvorsorge, obliegen kommunalen Körperschaften und sind damit öffentlicher Art.

#### 2.1.3 Wichtige Verträge

- Gründung durch Gesellschaftsvertrag vom 13.12.1993. Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 12.02.2009 ist zum 24.03.2009 ein neuer Gesellschaftsvertrag in Kraft getreten. Änderungen durch die Beschlüsse der Gesellschafterversammlungen vom 13.07.2010 und 20.07.2011.
- Pachtvertrag mit Wirkung vom 13.09.2001, geändert zum 01.07.2009, für das Betriebsgelände Am Fuhrpark 1 - 18
- Abschluss eines Pachtvertrages mit dem Hegering Lüdenscheid e.V. zur Nutzung einer Teilfläche des Grundstücks Spielwige zur Durchführung eines Schießbetriebes

- Erweiterung des Pachtvertrages mit dem Hegering Lüdenscheid e.V. auf die zweite Hälfte des Geländes

#### 2.1.4 Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen

Dargestellt wird die aktuelle Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen.

##### a) Geschäftsführung

Die Stadt Lüdenscheid ist in der Geschäftsführung durch den Werkleiter des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes, Herrn Heino Lange, vertreten.

##### b) Verwaltungsrat

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
RF Karin Hertes	RH Steffen Kriegel
RH Bernd Schildknecht	RH Jan Oliver Eggermann
RH Lothar Hellwig	RF Verena Szermerski-Kasperek
RF Sandra Manß	RH Dirk Franke
RH Gordan Dudas	RF Barbara Jolanta Tümsmeyer
RF Dr. Antje Gisela Heider	RF Michaela Dötsch
RH Rüdiger König	RH Timothy Joel Kahler
RF Sabine Rigas-Gülde	RF Britta Margret Rogalske
RF Elisabeth Frieda Siebensohn	RH Björn Weiß
SB Peter-Paul Marienfeld	SB Gesa Lang
RH Peter Oettinghaus	RF Christel Monika Oettinghaus
BM Dieter Dzewas	Frau Petra Noack
StK Dr. Karl Heinz Blasweiler	Herr Sven Haarhaus

##### c) Gesellschafterversammlung

In geraden Jahren

Stimmberechtigter Vertreter:

Stellvertreter:

RH Güner Cebir

RH Michael Meyer

In ungeraden Jahren

Stimmberechtigter Vertreter:

Stellvertreter:

RH Michael Meyer

RH Güner Cebir

## 2.2 Wirtschaftliche Situation

Die Darstellung der wirtschaftlichen Situation bezieht sich auf das Geschäftsjahr 2013.

### 2.2.1 Allgemeine Entwicklung des Unternehmens

#### Grundlagen der Gesellschaft

Die STL Bauträger- und Beteiligungs-GmbH ist eine sogenannte kleine Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Handelsgesetzbuches. Einzige Gesellschafterin ist die Stadt Lüdenscheid. Die öffentliche Zwecksetzung der Gesellschaft ist mit der Verpachtung der Grundstücke und Gebäude an den Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid (STL), der als eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt in Lüdenscheid die öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung, die Straßenreinigung und den Winterdienst durchführt und den städtischen Baubetrieb betreibt, gegeben.

#### Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft verzeichnete in 2013 im Vergleich zu den Vorjahren ein leicht abgeschwächtes Wachstum. In 2012 betrug das Wirtschaftswachstum 0,7% und in 2011 sogar 3,3%. Die schwache Konjunktur in der Euro-Zone und auch die erheblichen Unsicherheiten aufgrund der Schuldenkrise führen insgesamt zur Verunsicherung in vielen Firmen und beeinträchtigen die Investitionsbereitschaft. Die deutsche Wirtschaft wurde durch die anhaltende Rezession in einigen europäischen Ländern zwar auch belastet, dennoch ist Deutschland konjunkturell weit besser aufgestellt als die meisten anderen Euro-Staaten. Die regionale Wirtschaft im märkischen Südwestfalen hat sich in 2013 nochmals positiv entwickelt, obwohl auch regional Risiken aufgrund gestiegener Energie- und Rohstoffpreise bestanden.

#### Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von 124,2 T€. Nach dem Kauf des Grundstücks (Am Fuhrpark 7) Ende 2012 wurde im Geschäftsjahr mit dem Abriss der Gebäudeteile und dem Umbau der Fläche begonnen. Ziel ist es, die Arbeiten im nächsten Jahr abzuschließen und das Gebäude in Betrieb zu nehmen.

#### Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2013 wurde mit Umsatzerlösen von 936,2 T€ (Vorjahr 940,4 T€) und einem Jahresüberschuss von 124,2 T€ (Vorjahr 127,2 T€) geschlossen. Die Bilanzsumme sank von 8.284,9 T€ im Jahr 2012 um -243,9 T€ auf 8.041,0 T€ im Berichtsjahr.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beliefen sich im Berichtsjahr auf 6.383,1 T€ (Vorjahr 6.546,9 T€). Es entstanden Zinsaufwendungen in Höhe von 265,1 T€ (Vorjahr 276,5 T€) und Bürgschaftsprovisionen in Höhe von 64,5 T€ (Vorjahr 69,0 T€) für Bürgschaften der Stadt Lüdenscheid. Die Bürgschaftsprovision beträgt wie in den Vorjahren 1,0% der Bürgschaftssumme.

Die Umsatzerlöse (Pachterträge) betragen in 2013 insgesamt 936,2 T€ (Vorjahr 940,4 T€). Für die Berechnung der Pacht des STL werden die laufenden Abschreibungen und die Verzinsung der Restbuchwerte der Grundstücke und Gebäude zugrunde gelegt. Der Pachtzins beträgt wie in den Vorjahren 6,95% (4,70% Zinsen +1,00% Avalprovision +1,25% Unterhaltungs- und Verwaltungskosten) der Anschaffungs- und Herstellungskosten für Grundstücke und Gebäude. Zudem wird seit dem 01.07.2009 ein Unterhaltungskostenaufschlag in Höhe von 0,75% der

Anschaffungs- und Herstellungskosten des Anlagevermögens berücksichtigt. Eine Anpassung des Pachtvertrages war insbesondere zur Substanzerhaltung der Gebäude und Anlagen erforderlich.

Seit dem 26.04.1999 sind rd. 65.000 m<sup>2</sup> des Grundstücks Spielwigge langfristig bis zum Jahr 2035 an den Hegering Lüdenscheid e.V. verpachtet, der das Gelände zum Betrieb einer Schießstätte gemäß der Erlaubnis der Kreispolizeibehörde nutzt. In 2013 entstanden Pachterträge in Höhe von rd. 5,0 T€.

#### **Vermögens- und Finanzlage**

Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt 1.517,7 T€. In Relation zur Bilanzsumme von 8.041,0 T€ beträgt die Eigenkapitalquote 18,9% (Vorjahr 17,1%).

Die sonstigen Rückstellungen betragen 12,5 T€ (Vorjahr 15,1 T€). Sie bestehen für externe und interne Jahresabschlusskosten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten liegen mit 6.383,1 T€ um -163,8 T€ unter dem Betrag des Vorjahres (6.546,9 T€). Im Berichtsjahr wurde ein Teilbetrag von 205,0 T€ aus einem bereitgestellten Darlehen aus Mitteln der KfW in Höhe von 511,0 T€ abgerufen. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und gegenüber Gesellschaftern sowie die sonstigen Verbindlichkeiten liegen um insgesamt 127,7 T€ unter dem Vorjahresniveau (302,8 T€). Insgesamt betragen die Verbindlichkeiten mit 6.510,8 T€ 81,0% der Bilanzsumme (Vorjahr 6.849,7 T€; 82,7%).

Die Liquidität war ganzjährig und über diesen Zeitraum bis zur Erstellung des Lageberichtes gesichert. Die bilanzierten Zahlungsverpflichtungen konnten jederzeit erfüllt werden.

#### **Feststellung im Rahmen der Prüfung nach § 53 des HGrG**

Die von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Märkische Revision GmbH durchgeführte Prüfung gemäß § 53 HGrG hat für das Geschäftsjahr 2013 keine Anhaltspunkte ergeben die Zweifel an der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung begründen könnten.

#### **Gesamtaussage**

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft kann insgesamt als gut bezeichnet werden und bewegt sich im Rahmen des Wirtschaftsplanansatzes.

#### **Nachtragsbericht**

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich für die Gesellschaft nach dem Ende des Geschäftsjahres nicht ergeben.

#### **Prognosebericht**

Auf dem STL-Betriebsgelände sind für das Jahr 2014 allgemeine Unterhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen in Höhe von rd. 30,0 T€ geplant.

In 2012 wurde ein benachbartes bebautes Grundstück mit einem Gesamtkaufpreis von 194,5 T€ gekauft. Die geplante Erweiterung des Recyclinghofes dient der Qualitäts- und Leistungssteigerung beim STL Eigenbetrieb, um den europaweiten gesetzlichen Vorgaben beim Abfallrecycling zu entsprechen und Behinderungen sowie auftretende Unfallgefahren zu vermindern. Seit Jahren sind stetig steigende Besucherzahlen zu verzeichnen, die eine Erweiterung dringend erforderlich machen. Für den Kauf sowie die Herrichtung des Gebäudes und der Hallen einschließlich des Abbruchs nicht benötigter Gebäudeteile ist eine Investitionssumme von insgesamt 511 T€ angesetzt. Mit der Zustimmung des Rates der Stadt Lüdenscheid am 10.12.2012 zu den Abfallentsorgungsgebühren für das Jahr 2013, die den Pachtzins beinhalten und somit die Refinanzierung für den Grundstückskauf gewährleisten sollen, wurde der Kauf ermöglicht.

Für das Jahr 2014 wird ein Jahresüberschuss entsprechend der Planzahlen in Höhe von 127,0 T€ erwartet.

#### **Risikobericht**

Die Gesellschaft ist überwiegend abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung und der strategischen Ausrichtung des Eigenbetriebes.

Im Rahmen der internen Revision finden regelmäßige Überprüfungen der Arbeitsabläufe statt. In 2013 wurde der Pachtvertrag mit dem Hegering Lüdenscheid e.V. untersucht. Schwerpunktmäßig wurde geprüft, ob das Pachtentgelt vertragsgerecht angepasst und gezahlt wurde, wobei sich kein wesentlicher Änderungsbedarf ergeben hat.

Um das Haftungsrisiko zu minimieren, besteht seit 2007 eine Directors & Officers Versicherung sowie eine Vertrauensschaden- und Strafrechtsschutzversicherung. Darüber hinaus bestehen für die Gebäude der Gesellschaft Versicherungen gegen Schäden durch Feuer, Brand, Blitzschlag und Leitungswasser.

#### **Chancenbericht**

Der Gesellschaftszweck der STL-GmbH ist entsprechend § 108 Abs. 3 Ziffer 2 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) auf den Ankauf von Grundstücken und Gebäuden, das Erstellen von Gebäuden und die Verpachtung der Grundstücke und Gebäude an den STL-Eigenbetrieb beschränkt.

Die Übertragung von investiven Bautätigkeiten der Stadt auf die Gesellschaft würde deren wirtschaftliche Entwicklung verbessern.

#### **Gesamtaussage**

Das Geschäftsmodell der Gesellschaft ist aus heutiger Sicht ausbaufähig. Mittelfristig sind keine wesentlichen Änderungen der Geschäftspolitik zu erwarten. Nach wie vor werden Überlegungen angestellt, ob bestimmte im öffentlichen Interesse stehende Bauprojekte durch die STL Bauträger- und Beteiligungs-GmbH für die Stadt vollständig abgewickelt werden können. Zu diesem Zweck wurde in 2009 der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft entsprechend der Beschlussfassung im Rat der Stadt Lüdenscheid geändert. Derzeit sind Projektentwicklungen über die Gesellschaft allerdings nicht geplant.

Risiken, die den Bestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar.

## 2.2.2 Entwicklung des Unternehmens im Dreijahresvergleich

### 2.2.2.1 Bilanz

<b>Aktivseite STL GmbH</b>		<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
<b>A.</b>	<b>Anlagevermögen</b>			
	Sachanlagen			
1.	Grundstücke und Bauten	7.859.406,66	8.277.778,41	8.386.790,41
2.	Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00	3.712,00	8.673,00
3.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	175.577,28	0,00	0,00
<b>B.</b>	<b>Umlaufvermögen</b>			
I.	Forderungen und sonstige Vermögens- gegenstände	5.355,49	3.422,00	41.970,21
II.	Guthaben bei Kreditinstituten		0,00	0,00
III.	sonstige Vermögensgegenstände	679,00	0,00	0,00
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>8.041.018,43</b>	<b>8.284.912,41</b>	<b>8.437.433,62</b>

<b>Passivseite STL GmbH</b>		<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
<b>A.</b>	<b>Eigenkapital</b>			
I.	Stammkapital	511.291,88	511.291,88	511.291,88
II.	Kapitalrücklage	511.291,88	511.291,88	511.291,88
III.	Gewinnrücklagen	370.976,72	263.771,07	172.344,63
IV.	Jahresüberschuss	124.167,35	127.205,65	111.426,44
<b>B.</b>	<b>Rückstellungen</b>			
1.	Steuerrückstellungen	0,00	6.517,00	27.583,00
2.	sonstige Rückstellungen	12.500,00	15.100,00	27.100,00
<b>C.</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>			
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kredit- instituten	6.383.114,25	6.546.941,30	6.971.381,22
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.788,36	206.436,86	1.130,50
3.	sonstige Verbindlichkeiten	120.887,99	96.356,77	103.884,07
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>8.041.018,43</b>	<b>8.284.912,41</b>	<b>8.437.433,62</b>

### 2.2.2.2 Bilanz Veränderungen

<b>Aktivseite STL GmbH</b>		<b>2013/2012</b>	<b>2013/2012 in %</b>
<b>A.</b>	<b>Anlagevermögen</b>		
	Sachanlagen		
1.	Grundstücke und Bauten	-418.371,75	-5,05
2.	Betriebs- und Geschäftsausstattung	-3.712,00	-100,00
3.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	175.577,28	100,00
<b>B.</b>	<b>Umlaufvermögen</b>		
I.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.933,49	56,50
II.	Guthaben bei Kreditinstituten	0,00	0,00
III.	sonstige Vermögensgegenstände	679,00	100,00
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>-243.893,98</b>	<b>-2,94</b>

<b>Passivseite STL GmbH</b>		<b>2013/2012</b>	<b>2013/2012 in %</b>
<b>A.</b>	<b>Eigenkapital</b>		
I.	Stammkapital	0,00	0,00
II.	Kapitalrücklage	0,00	0,00
III.	Gewinnrücklagen	107.205,65	40,64
IV.	Jahresüberschuss	-3.038,30	-2,39
<b>B.</b>	<b>Rückstellungen</b>		
1.	Steuerrückstellungen	-6.517,00	-100,00
2.	sonstige Rückstellungen	-2.600,00	-17,22
<b>C.</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>		
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-163.827,05	-2,50
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-199.648,50	-96,71
3.	sonstige Verbindlichkeiten	24.531,22	25,46
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>-243.893,98</b>	<b>-2,94</b>

### 2.2.2.3 Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung STL GmbH		2013	2012	2011
1.	Umsatzerlöse	936.172,14	940.420,41	959.470,10
2.	sonstige betriebliche Erträge	0,00	0,00	5.072,80
3.	Personalaufwand			
a)	Gehälter	2.400,00	2.400,00	2.400,00
b)	soziale Abgaben	929,78	961,09	425,76
4.	Abschreibungen auf Sachanlagen	319.965,00	319.352,70	321.013,00
5.	sonstige betriebliche Aufwendungen	96.822,75	80.303,65	97.734,47
6.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	126,38
7.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	329.587,00	345.486,96	374.691,15
8.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	186.467,61	191.961,01	168.374,90
9.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	62.300,26	64.710,36	56.948,46
<b>10.</b>	<b>Jahresüberschuss</b>	<b>124.167,35</b>	<b>127.205,65</b>	<b>111.456,44</b>

### 2.2.2.4 Gewinn- und Verlustrechnung Veränderungen

Gewinn- und Verlustrechnung STL GmbH		2013/2012	2013/2012 in %
1.	Umsatzerlöse	-4.248,27	-0,45
2.	sonstige betriebliche Erträge	0,00	0,00
3.	Personalaufwand		
a)	Gehälter	0,00	0,00
b)	soziale Abgaben	-31,31	-3,26
4.	Abschreibungen auf Sachanlagen	612,30	0,19
5.	sonstige betriebliche Aufwendungen	16.519,10	20,57
6.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00
7.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-15.899,96	-4,60
8.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-5.493,40	-2,86
9.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2.410,10	-3,72
<b>10.</b>	<b>Jahresüberschuss</b>	<b>-3.038,30</b>	<b>-2,39</b>

### 2.2.2.5 Anzahl der Beschäftigten

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal.

### 2.2.2.6 Finanzbeziehungen zur Stadt Lüdenscheid

Die Finanzbeziehungen zwischen der Gesellschaft und der Stadt Lüdenscheid stellen sich wie folgt dar:

Produkt	Sachkonto	Bezeichnung	2013	2012	2011
160 010 010	4651100	Gewinnanteile	20.000,00	20.000,00	20.000,00
160 010 010	4563100	Bürgschaftsprovision	64.499,28	68.987,58	73.445,97

### 2.2.2.7 Finanzbeziehungen zu Beteiligungen der Stadt Lüdenscheid

Die wesentlichen Finanzbeziehungen zwischen der STL GmbH und dem STL stellen sich wie folgt dar (in T€):

	2013	2012	2011
Verwaltungskosten	41	41	43
Pacht	931	937	958
EDV-Nutzung	9	10	10

### 2.2.2.8 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

	Betriebswirtschaftliche Kennzahlen STL GmbH	2013	2012	2011	Abweichung	
		%	%	%	2013	2012
1.	Eigenkapitalquote	18,87	17,06	15,48		1,81
2.	Fremdkapitalquote	81,13	82,94	84,52		-1,81
3.	Anlagendeckung I	18,89	17,07	15,56		1,82
4.	Anlagenintensität	99,92	99,96	99,50		-0,03
5.	Umlaufintensität	0,08	0,04	0,50		0,03
6.	Kassenmittelintensität	0,00	0,00	0,00		0,00
7.	Eigenkapitalrentabilität	8,18	9,00	8,53		-0,82
8.	Gesamtkapitalrentabilität	4,84	4,87	4,89		-0,03
9.	Personalaufwandsquote	0,36	0,36	0,29		0,00
10.	Abschreibungsquote	3,98	3,86	3,82		0,13

### 2.2.3 Wirtschaftsplan

Die Plandaten entwickelten sich von 2013 bis 2015 wie folgt (in T€):

<b>Erfolgsplan</b>	<b>2015</b>	<b>2014</b>	<b>2013</b>	<b>2015/2014</b>	<b>in %</b>
Umsatzerlöse u. sonstige betriebl. Erträge	936,00	940,00	965,00	-4,00	-0,43
betriebliche Aufwendungen	420,00	418,00	422,00	2,00	0,48
Finanzergebnis	-330,00	-302,00	-375,00	-28,00	-9,27
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	186,00	220,00	168,00	-34,00	-15,45
Ertrags- und sonstige Steuern	62,00	69,00	57,00	-7,00	-10,14
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>124,00</b>	<b>151,00</b>	<b>111,00</b>	<b>-27,00</b>	<b>-17,88</b>

<b>Vermögensplan</b>	<b>2015</b>	<b>2014</b>	<b>2013</b>	<b>2015/2014</b>	<b>in %</b>
bilanzielle Abschreibungen	323,00	323,00	332,00	0,00	0,00
Jahresüberschuss	158,00	151,00	121,00	7,00	4,64
Darlehensaufnahmen/ Veranschlagung von Kassenkrediten (2015)	26,00	306,00	313,00	-280,00	-91,50
<b>Liquiditätszufluss Gesamt</b>	<b>507,00</b>	<b>780,00</b>	<b>766,00</b>	<b>-273,00</b>	<b>-35,00</b>
Darlehensstilgung	487,00	454,00	442,00	33,00	7,27
Ergebnisabführung an die Stadt	20,00	20,00	20,00	0,00	0,00
Gesamtinvestitionen	0,00	306,00	315,00	-306,00	-100,00
<b>Liquiditätsabfluss Gesamt</b>	<b>507,00</b>	<b>780,00</b>	<b>777,00</b>	<b>-273,00</b>	<b>-35,00</b>
<b>periodenbezogene Veränderung</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>-12,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

### 2.2.4 Wirtschaftsplandaten 2013 im Vergleich zum Ergebnis 2013

In der folgenden Tabelle werden die Plandaten den Istzahlen des Jahres 2013 gegenübergestellt und die Veränderungen in absoluten (T€) und prozentualen Beträgen ausgewiesen:

<b>Plan/Ist-Vergleich 2013</b>	<b>Plan 2013</b>	<b>Ist 2013</b>	<b>Abweichung</b>	<b>Abweichung in %</b>
Erträge	965,0	936,2	-28,8	-2,99
Aufwendungen	422,0	420,1	-1,9	-0,45
Finanzergebnis	-375,0	-329,6	45,4	12,11
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	168,0	186,5	18,5	10,99
Ertrags- und sonstige Steuern	57,0	62,3	5,3	9,3
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>111,0</b>	<b>124,2</b>	<b>13,2</b>	<b>11,86</b>

## 3 Lüdenscheider Wohnstätten AG

### 3.1 Allgemeine Unternehmensdaten

#### 3.1.1 Statistische Angaben

Unternehmensbezeichnung:	Lüdenscheider Wohnstätten AG Liebigstraße 15 58511 Lüdenscheid
Gründungsjahr:	1927
Grundkapital:	8.819.784,96 Euro
Beteiligung der Stadt:	8.813.611,11 Euro = 99,93%

		Betrag in Euro	Anteil
Weitere Gesellschafter:	Angehörige des Baugewerbes	1.763,96	0,02%
	Industriefirmen und Private	4.409,89	0,05%

#### 3.1.2 Gegenstand und Zweck des Unternehmens

Die Gesellschaft errichtet, bewirtschaftet, betreut und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen. Die Gesellschaft dient vorrangig einer sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung. Die Tradition der Gesellschaft als gemeinnütziges Wohnungsunternehmen bei der Zurverfügungstellung von Wohnraum soll damit erhalten bleiben.

Der im Gesellschaftsvertrag beschriebene Gegenstand des Unternehmens ist auf die Erfüllung eines öffentlichen Zwecks ausgerichtet: Eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der Bevölkerung stellt nach wie vor einen wichtigen öffentlichen Zweck dar. Die Wahrnehmung dieser Aufgaben stand für die Gesellschaft im Berichtsjahr wieder im Mittelpunkt ihres Handelns.

### 3.1.3 Beteiligungen der Gesellschaft

Die Lüdenscheider Wohnstätten AG hält folgende Beteiligungen:

<b>Gesellschaft</b>	<b>Beteiligung</b> Anteil in Euro
WGZ BANK AG Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank	4.120,00
Münchener Hypothekenbank eG	70,00
Maler-Einkaufgenossenschaft für Lüdenscheid und Umgebung eG	1.369,88

### 3.1.4 Wichtige Verträge

- Satzung vom 15.12.1992, in der aktualisierten Fassung vom 15.11.2007
- Grundstückskaufvertrag und Erbbauvertrag vom 26.06.1990 (Übernahme des städtischen Miethausbesitzes, Kaufpreis von 24 Mio. Euro)
- Verwaltungsvertrag vom 03.02.1992 (Übernahme der Verwaltung von weiteren städtischen Mietwohnungen)
- Erlaubnis des Märkischen Kreises vom 26.01.1994 zur Ausführung von Tätigkeiten gemäß § 34 c GewO

### 3.1.5 Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen

Dargestellt wird die aktuelle Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen.

#### a) Vorstand

Die Stadt Lüdenscheid ist im Vorstand nicht vertreten.

#### b) Aufsichtsrat

BM Dieter Dzewas  
RF Susanne Mewes  
RH Michael Thielicke  
Dr. Wolfgang Schröder  
RH Rolf Breucker  
RF Heide-Marie Skorupa

#### c) Hauptversammlung

In geraden Jahren  
Stimmberechtigter Vertreter: RH Rüdiger König  
Stellvertreter: RH Gordan Dudas

In ungeraden Jahren  
Stimmberechtigter Vertreter: RH Gordan Dudas  
Stellvertreter: RH Rüdiger König

## 3.2 Wirtschaftliche Situation

Die Darstellung der wirtschaftlichen Situation bezieht sich auf das Geschäftsjahr 2013.

### 3.2.1 Allgemeine Entwicklung des Unternehmens

#### Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die Verbesserung der Stimmung in der deutschen Wirtschaft in 2013 hat sich insgesamt als stabil erwiesen. Die Aktionen zur Überwindung der Euro-Krise scheinen langsam zu wirken und manches, was die wirtschaftlichen Aktivitäten belastet hat, verliert an Bedeutung.

Die Notenbanken aller großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften haben angekündigt, im nächsten Jahr auf expansivem Kurs zu bleiben. Schwerer ist es vorherzusagen, wann aus Sicht der Notenbanken die Zeit kommt, eine behutsame Rücknahme des geldpolitischen Expansionsgrades einzuleiten.

Die Stimmungsindikatoren deuten auf eine allmähliche konjunkturelle Erholung hin. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt war in 2013 um 0,4% höher als im Vorjahr. Einen höheren Anstieg verhindert offensichtlich die anhaltende Rezession in einigen europäischen Ländern sowie die gebremste weltwirtschaftliche Entwicklung. Nur bedingt konnte die stärkere inländische Binnennachfrage diese Verluste kompensieren.

Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts war der Konsum wichtigster Wachstums-motor der deutschen Wirtschaft. Die privaten Konsumausgaben stiegen preisbereinigt um 0,9%, die des Staates um 1,1%. Dagegen gingen die Investitionen zurück. Im Inland investierten Unternehmen und Staat zusammen 2,2% weniger in Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge als ein Jahr zuvor.

Der sonst so robuste deutsche Außenhandel büßte im Jahresdurchschnitt 2013 angesichts eines weiterhin schwierigen außenwirtschaftlichen Umfelds an Dynamik ein. Deutschland exportierte preisbereinigt insgesamt 0,6% mehr Waren und Dienstleistungen als ein Jahr zuvor.

In Gegensatz zu den Investitionen erhöhten sich die Genehmigungen für Neubauwohnungen um 12,1% auf 220.215 Einheiten. Diese Entwicklung steht im Einklang mit den steigenden Miet- und Kaufpreisen auf einigen Immobilienmärkten. Die niedrigen Zinsen wirken in diesem Segment zusammen mit der anhaltenden Verunsicherung nachfrageverstärkend.

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute gehen in ihrem Herbstgutachten 2013 davon aus, dass sich die deutsche Wirtschaft am Beginn eines Aufschwungs befindet. Dies wird damit begründet, dass die Weltwirtschaft wieder etwas stärker expandiert und die Unsicherheit im Zusammenhang mit der Krise im Euroraum deutlich abgenommen hat. Für den Jahresdurchschnitt 2014 erwarten die Institute einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um 1,8%.

### Darstellung des Geschäftsverlaufs

Auch im Geschäftsjahr 2013 konnte die Lüdenscheider Wohnstätten AG ihre Position am Wohnungsmarkt behaupten. Dieses Ergebnis ist vor dem Hintergrund der weiterhin bestehenden schwierigen Rahmenbedingungen umso erfreulicher. Die Angebots- und Nachfragesituation auf dem Mietwohnungsmarkt in Lüdenscheid ist im abgelaufenen Geschäftsjahr 2013 weiterhin gekennzeichnet durch einen Angebotsüberhang. Charakteristisch ist die seit Jahren zu verzeichnende starke Entspannung des Wohnungsmarktes. Marktmechanismen wie Lage- und Standortqualität und steigende Ausstattungsansprüche der Wohnungssuchenden werden immer stärker als Auswahlkriterium am heimischen Wohnungsmarkt charakteristisch. Um weiterhin erfolgreich am Markt zu agieren, setzt die Gesellschaft auf eine vernünftige und gesunde Balance von nachhaltiger Bestandsentwicklung und wirtschaftlicher Leistungskraft. Durch umfangreiche marktorientierte Investitionen in den vorhandenen Bestand erreicht die Gesellschaft eine sichere und sozial verantwortliche Wohnungsversorgung für breite Teile der Bevölkerung. In erster Linie zählten zu diesen Maßnahmen, wie in den Jahren zuvor, auch in 2013 die Sanierung und Modernisierung des Wohnungsbestandes.

Schwerpunkte dieser Aktivitäten sind:

- Energieeffiziente Modernisierungen von Bestandsimmobilien
- Fortführung der Bestands- und Wohnungsmodernisierung in Quartieren mit zentralen Stadtlagen
- Umbau zweier Mehrfamilienhäuser zu einer Kindertagesstätte
- Wohnungseinzelmodernisierung
- Barrierearmer und -freier Wohnungsumbau

Ferner wird die Portfoliobereinigung von marktabgängigen Grundstücken und Gebäuden fortgesetzt werden. Die Lüdenscheider Wohnstätten AG will und wird auch in Zukunft weiter investieren, um damit den Wohnungsbestand qualitativ zu verbessern und zukunftstauglich zu gestalten.

### Hausbewirtschaftung

Die Gesellschaft bewirtschaftete zum Stichtag 31.12.2013 folgende Einheiten:

Eigene Wohnungen		
Wohnungsbestand	2.130	WE
Verwaltete Wohnungen		
4 Eigentümergemeinschaften	59	WE
Wohnungen insgesamt	2.189	WE
Eigene Garagen und Stellplätze	534	GA
Verwaltete Garagen	29	GA
Eigene gewerbliche Einheiten	20	GE

Auch im Geschäftsjahr 2013 hat die LüWo wieder erhebliche Mittel investiert, um ihren Wohnungsbestand durch Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen aufzuwerten und zu pflegen. Es wurden rund 3.337.100 € aufgewendet.

### Modernisierung

In 2013 sind für Modernisierungsmaßnahmen ca. 1.815.250 € auszuweisen. Der Schwerpunkt der Investitionen, wie die Komplettmodernisierungen mit energetischen Maßnahmen, Grundrissänderungen, zusätzliche Schaffung von Dachgeschosswohnungen und Balkonbauten beinhalteten, lag in den Wohnanlagen Am Wiesenhang 6-10, Wermecker Grund 25, 27, 29, Nelkenweg 1-7, Brüderstr. 61, 63 und Friedrich- Wilhelm Str. 27. Das Mehrfamilienhaus Brüderstr. 41 und 43 ist zu einer Kindertagesstätte mit Spielplatz für 2 Gruppen umgebaut worden und langfristig an die Stadt Lüdenscheid vermietet. Auf dem Grundstück Honseler Str. 22-28 b sind 2 Garagen neu gebaut worden.

### Instandhaltungen

Aufwendungen für laufende Instandhaltungsmaßnahmen betragen im Jahr 2013 insgesamt 1.521.844 € (2012: 2.049.570 €).

Rund 236.250 € sind für geplante Instandhaltungsmaßnahmen sowie Großinstandhaltungen in den Wohnanlagen Glatzer Str. 50-52a, Brüderstr. 45-67, Wermecker Grund 27 und Kerksig Str. 1-5, Corneliusstr. 29, Humboldtstr. 28 und 30 investiert worden. Für die Sanierung von Leerwohnungen sind 266.000 € aufgewendet worden. Für die Beseitigung von Versicherungsschäden unterschiedlicher Art wendete die Lüdenscheider Wohnstätten AG 2013 insgesamt 261.730 € auf. Die verbleibenden Instandhaltungskosten verteilten sich im Jahr 2013 auf folgende Gewerke:

Sanitär- und Heizungsinstallation	345.000,00
Maler- und Oberbodenarbeiten	95.000,00
Maurer- und Fliesenarbeiten	43.000,00
Elektroinstallationsarbeiten	53.000,00
Wohnumfeldarbeiten	44.000,00
Zimmerarbeiten	42.000,00
Dachdeckerarbeiten	31.000,00
Metallbau/Schlosserarbeiten	21.000,00
Fensterbau- und Rolladenarbeiten	25.000,00
Sonstiges	59.000,00
<b>Summe</b>	<b>758.000,00</b>

Die Aufwendungen für Instandhaltungen betragen rd. 15% (Vorjahr rd. 20,3%) des Umsatzerlöses aus der Hausbewirtschaftung.

### **Ankauf**

Mit dem Ankauf des Grundstücks Dammstr. 54 in 2013 und dem Beginn des Neubaus von 6 Garagen und 14 PKW-Stellplätzen ist die Modernisierung des Quartiers Am Wiesenhang und Dammstr. sinnvoll ergänzt.

### **Ertragslage**

Die Ertragslage hat sich im Geschäftsjahr 2013 weiter positiv entwickelt. Es wurde ein Jahresüberschuss von 795.273,24 € (Vorjahr: 466.083,45 €) erwirtschaftet. Das Ergebnis ist im Wesentlichen bestimmt durch die Entwicklung der Erlöse und Erträge, hier insbesondere durch die Steigerung der Sollmieten und eine Reduzierung der Erlösschmälerungen um insgesamt 141.465,35 €. Im Geschäftsjahr wurden Erträge aus Auflösung von Rückstellungen von insgesamt 225.356,85 € (Vorjahr: 94.878,62 €) realisiert. Ferner konnten die Aufwendungen um 349.818,23 € reduziert werden. Auch in 2013 sind Abschreibungen plan- wie außerplanmäßig durchgeführt worden. Das Ergebnis der Hausbewirtschaftung wurde allerdings im Geschäftsjahr 2013 - und wird auch zukünftig - durch marktbedingte, insbesondere strukturelle Wohnungsleerstände belastet. Diesen Leerständen wird auch in Zukunft durch die Umsetzung der Portfolioanalyse und intensive Bestandspflege entgegenzuwirken sein. Mit diesen Strategien konnte der Abbau des Leerstandes auch in 2013 weiter erfolgreich fortgeführt werden.

### **Vermögens- und Finanzlage**

Die Vermögens- und Kapitalverhältnisse der Gesellschaft sind geordnet. Die langfristigen Vermögenswerte sind zum größten Teil auch langfristig finanziert. Darüber hinaus verblieb eine zufriedenstellende Liquiditätsreserve im kurzfristigen Bereich. Die Bilanzsumme ist im Vergleich zum Vorjahr um 1.302 T€ auf 69.952 T€ gesunken. Die ist im Wesentlichen auf die Tilgung von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern (45.033 T€; Vorjahr: 46.706 T€) und den hierdurch bedingten Rückgang der flüssigen Mittel um 1.184 T€ auf 2.854 T€ zurückzuführen. Die Eigenkapitalquote beträgt 28,0 % (Vorjahr: 26,6%), das Anlagevermögen beträgt 90,8% (Vorjahr: 89,6%) des Gesamtvermögens. Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt 2.443 T€ (Vorjahr: 2.409 T€). Die Zahlungsbereitschaft war im Geschäftsjahr 2013 immer gegeben; sie ist auch weiterhin jederzeit gewährleistet. Die Finanzierung der laufenden und geplanten Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen ist gesichert. Die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage sind geordnet; die Zahlungsfähigkeit ist gewährleistet.

### Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Leistungsindikatoren		2013	2012
Investition ins Anlagevermögen	TEUR	1.957,0	2.108,0
Eigenkapitalquote	%	28,5	26,9
EBIT	TEUR	2.355,0	2.094,0
EBITDA	TEUR	4.668,0	4.307,0
Cashflow a. lfd. Geschäftstätigk.	TEUR	2.443,0	2.409,0
Sollmiete/m <sup>2</sup> /p.m.	EUR	4,74	4,63
Fluktuationsquote	%	11,20	12,60
Leerstand w. Marktabgängig	%	7,07	7,37
Leerstand w. Modernisierung	%	2,53	2,38
Leerstand w. Mieterwechsel	%	3,19	4,16

### Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2013 sind nicht eingetreten.

### Risiko- und Chancenbericht

Bestandsgefährdende Risiken, die die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage negativ beeinflussen können, sind nicht erkennbar. Allerdings könnten die anhaltende Entspannung auf dem Mietwohnungsmarkt sowie die demografische Entwicklung zu weiter steigenden Fluktuations- und Leerstandsquoten führen. Der örtliche Wohnungsmarkt, der von einem breiten Angebot und einem niedrigen Mietpreisniveau geprägt ist, ist ein Risikofaktor. Daraus ergeben sich einerseits Risiken für die Erlössituation und andererseits relativ geringe Spielräume für Erlössteigerungen. Diesen Risiken wird zum einen mit der Umsetzung der Bestandsbereinigung und zum anderen mit einer kontinuierlichen Qualitätssteigerung des Wohnungsangebots sowie entsprechend konsequenter Nutzung von Mietsteigerungspotentialen begegnet.

Durch erhebliche Modernisierungen und Investitionen im den Wohnungsbestand und nicht zuletzt durch den Verkauf von marktabgängigen Objekten wird den Leerständen wirksam begegnet. Um der demografischen Entwicklung gerecht zu werden, sind auch zukünftig Investitionen in altengerechte Wohnanlagen notwendig. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass durch die vorgefundene Topographie seniorengerechte Anlagen nur im begrenzten Umfang im vorhandenen Bestand umgesetzt werden können.

Insgesamt sieht die Gesellschaft aber in den vorgenannten Maßnahmen eine Chance, die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung langfristig zu sichern und zu steigern. Darüber hinaus besteht die Chance, die Mieter möglichst lange an das Unternehmen zu binden.

Bei der Gesellschaft werden im wesentlichen Darlehen als Finanzinstrumente genutzt, die grundsätzlich einem Zinsänderungsrisiko unterliegen. Zinsänderungsrisiken sind insbesondere vor dem Hintergrund des derzeit immer noch günstigen Zinsniveaus und der im Zeitablauf steigenden Zinsdegression nur in begrenztem Rahmen zu erwarten.

### Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Die Aktien der Lüdenscheider Wohnstätten AG befinden sich zu 99,93% im Besitz der Stadt Lüdenscheid. Der Vorstand hat deshalb einen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erstellt und diesen zur Prüfung vorgelegt. Der Abhängigkeitsbericht enthält folgende Schlussfolgerung:

"Wir erklären hiermit, dass bei jedem der in diesem Bericht aufgeführten Rechtsgeschäfte die Lüdenscheider Wohnstätten AG eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Dieser Beurteilung liegen die Umstände zugrunde, die im Zeitpunkt des Abschlusses der Rechtsgeschäfte bekannt waren."

**Prognosebericht**

Nach den für die Geschäftsjahre 2014 und 2015 aufgestellten Wirtschaftsplänen werden Jahresüberschüsse von 474 T€ bzw. 377 T€ erwartet.

Eine der wichtigsten Aufgaben der LüWo wird es auch in Zukunft sein, den Wohnungsbestand stetig und konsequent markt- und kundenorientiert auszurichten, zu pflegen und zu modernisieren.

### 3.2.2 Entwicklung des Unternehmens im Dreijahresvergleich

#### 3.2.2.1 Bilanz

Aktivseite LüWo AG	2013	2012	2011
<b>A. Anlagevermögen</b>			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Software und Nutzungsrechte	11.367,51	21.444,51	23.751,51
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	62.278.469,34	62.841.786,15	63.697.715,12
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts- und anderen Bauten	679.340,23	452.765,72	390.545,72
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	494.785,90	493.068,79	493.068,79
4. Technische Anlagen und Maschinen	4,00	4,00	4,00
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	61.471,04	33.554,04	28.701,04
6. Anlagen im Bau	6.911,81	0,00	0,00
III. Finanzanlagen			
1. Beteiligungen	4.120,00	4.120,00	4.120,00
2. Andere Finanzanlagen	70,00	1.439,88	1.439,88
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke			
1. Unfertige Leistungen	3.271.731,38	2.984.671,36	2.913.497,77
2. Andere Vorräte	2.490,00	1.780,00	690,00
II. Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Vermietungen	42.383,44	53.241,28	58.981,88
2. Forderungen aus Betreuungstätigkeit	804,85	0,00	34.623,97
3. Sonstige Vermögensgegenstände	132.586,89	200.507,37	135.111,98
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.853.676,02	4.038.365,68	3.278.313,87
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			
1. Geldbeschaffungskosten	110.091,66	125.174,24	146.830,45
2. Andere Rechnungsabgrenzung	2.267,58	2.312,54	987,97
<b>Bilanzsumme</b>	<b>69.952.571,65</b>	<b>71.254.235,56</b>	<b>71.208.383,95</b>
<b>D. Treuhandvermögen</b>	1.453.977,90	1.340.396,24	1.272.612,73

<b>Passivseite LüWo AG</b>		<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
<b>A.</b>	<b>Eigenkapital</b>			
I.	Gezeichnetes Kapital	8.819.784,96	8.819.784,96	8.819.784,96
II.	Kapitalrücklage	212.186,13	212.186,13	212.186,13
III.	Gewinnrücklagen			
1.	Gesetzliche Rücklage	603.823,59	564.059,93	540.755,76
2.	Andere Gewinnrücklagen	9.934.522,05	9.327.147,88	8.969.032,53
IV.	Bilanzgewinn			
1.	Jahresüberschuss	795.273,24	466.083,45	277.940,62
2.	Einstellung in die Gewinnrücklagen	-437.400,28	-256.345,90	-152.867,00
<b>B.</b>	<b>Rückstellungen</b>			
1.	Rückstellungen für Bauinstandhaltung	521.675,00	601.881,95	726.697,02
2.	Sonstige Rückstellungen	71.179,19	384.420,70	191.235,06
<b>C.</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>			
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	42.303.910,02	43.480.538,95	43.993.743,97
2.	Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	2.729.016,50	3.224.818,12	3.312.949,36
3.	Erhaltene Anzahlungen	3.249.024,52	3.230.828,94	3.226.439,84
4.	Verbindlichkeiten aus Vermietung	205.780,68	176.900,85	168.518,88
5.	Verbindlichkeiten aus Betreuungstätigkeit	72,24	268,08	1.271,51
6.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	942.182,52	1.020.468,93	808.810,25
7.	Sonstige Verbindlichkeiten	1.541,29	1.192,59	111.885,06
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>69.952.571,65</b>	<b>71.254.235,56</b>	<b>71.208.383,95</b>
<b>D.</b>	<b>Treuhandverbindlichkeiten</b>	1.453.977,90	1.340.396,24	1.272.612,73

### 3.2.2.2 Bilanz Veränderungen

<b>Aktivseite LüWo AG</b>		<b>2013/2012</b>	<b>2013/2012 in %</b>
<b>A. Anlagevermögen</b>			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Software und Nutzungsrechte	-10.077,00	-46,99	
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	-563.316,81	-0,90	
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts- und anderen Bauten	226.574,51	50,04	
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	1.717,11	0,35	
4. Technische Anlagen und Maschinen	0,00	0,00	
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	27.917,00	83,20	
6. Anlagen im Bau	6.911,81	100,00	
III. Finanzanlagen			
1. Beteiligungen	0,00	0,00	
2. Andere Finanzanlagen	-1.369,88	-95,14	
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte			
1. Unfertige Leistungen	287.060,02	9,62	
2. Andere Vorräte	710,00	39,89	
II. Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Vermietungen	-10.857,84	-20,39	
2. Forderungen aus Betreuungstätigkeit	804,85	100,00	
3. Sonstige Vermögensgegenstände	-67.920,48	-33,87	
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	-1.184.689,66	-29,34	
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			
1. Geldbeschaffungskosten	-15.082,58	-12,05	
2. Andere Rechnungsabgrenzung	-44,96	-1,94	
<b>Bilanzsumme</b>	<b>-1.301.663,91</b>	<b>-1,83</b>	
<b>D. Treuhandvermögen</b>	113.581,66	8,47	

<b>Passivseite LüWo AG</b>		<b>2013/2012</b>	<b>2013/2012 in %</b>
<b>A.</b>	<b>Eigenkapital</b>		
I.	Gezeichnetes Kapital	0,00	0,00
II.	Kapitalrücklage	0,00	0,00
III.	Gewinnrücklagen		
1.	Gesetzliche Rücklage	39.763,66	7,05
2.	Andere Gewinnrücklagen	607.374,17	6,51
IV.	Bilanzgewinn		
1.	Jahresüberschuss	329.189,79	70,63
2.	Einstellung in die Gewinnrücklagen	181.054,38	70,63
<b>B.</b>	<b>Rückstellungen</b>		
1.	Rückstellungen für Bauinstandhaltung	-80.206,95	-13,33
3.	Sonstige Rückstellungen	-313.241,51	-81,48
<b>C.</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>		
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-1.176.628,93	-2,71
2.	Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	-495.801,62	-15,37
3.	Erhaltene Anzahlungen	18.195,58	0,56
4.	Verbindlichkeiten aus Vermietung	28.879,83	16,33
5.	Verbindlichkeiten aus Betreuungstätigkeit	-195,84	-73,05
6.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-78.286,41	-7,67
7.	Sonstige Verbindlichkeiten	348,70	29,24
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>-1.301.663,91</b>	<b>-1,83</b>
<b>D.</b>	<b>Treuhandverbindlichkeiten</b>	113.581,66	8,47

### 3.2.2.3 Gewinn- und Verlustrechnung

<b>Gewinn- und Verlustrechnung LüWo AG</b>		<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
1.	Umsatzerlöse	10.225.121,74	10.109.715,66	10.328.531,65
2.	Erhöhung/Verminderung (-) des Bestandes an zum Verkauf bestimmten Grundstücken mit fertigen und unfertigen Bauten sowie unfertigen Leistungen	287.060,02	71.173,59	-199.413,68
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	60.500,00	39.400,00	52.700,00
4.	Sonstige betriebliche Erträge	614.483,19	900.697,17	645.508,88
5.	Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen			
a)	Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	5.121.382,88	5.450.060,75	5.014.915,35
b)	Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	0,00	21.140,36	12.736,50
6.	Personalaufwand			
a)	Löhne und Gehälter	657.740,32	626.641,94	618.668,35
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	159.527,67	165.349,94	179.719,79
7.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.313.200,19	2.213.245,06	2.414.921,76
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	318.013,64	304.302,65	298.667,25
9.	Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	152,28	174,78	213,15
10.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	47.342,32	49.801,25	44.733,70
11.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.607.153,69	1.677.372,23	1.690.723,81
12.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.057.641,16	712.849,52	641.920,89
13.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00	0,00	113.111,63
14.	Sonstige Steuern	262.367,92	246.766,07	250.868,64
<b>15.</b>	<b>Jahresüberschuss</b>	<b>795.273,24</b>	<b>466.083,45</b>	<b>277.940,62</b>
16.	Einstellung in die gesetzliche Rücklage	-39.763,66	-23.304,17	-13.897,00
17.	Einstellung in andere Gewinnrücklagen	-397.636,62	-233.041,73	-138.970,00
<b>18.</b>	<b>Bilanzgewinn</b>	<b>357.872,96</b>	<b>209.737,55</b>	<b>125.073,62</b>

### 3.2.2.4 Gewinn- und Verlustrechnung Veränderungen

	<b>Gewinn- und Verlustrechnung LüWo AG</b>	<b>2013/2012</b>	<b>2013/2012 in %</b>
1.	Umsatzerlöse	115.406,08	1,14
2.	Erhöhung/Verminderung (-) des Bestandes an zum Verkauf bestimmten Grundstücken mit fertigen und unfertigen Bauten sowie unfertigen Leistungen	215.886,43	303,32
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	21.100,00	53,55
4.	Sonstige betriebliche Erträge	-286.213,98	-31,78
5.	Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen		
a)	Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	-328.677,87	-6,03
b)	Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	-21.140,36	-100,00
6.	Personalaufwand		
a)	Löhne und Gehälter	31.098,38	4,96
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-5.822,27	-3,52
7.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	99.955,13	4,52
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	13.710,99	4,51
9.	Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	-22,50	-12,87
10.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-2.458,93	-4,94
11.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-70.218,54	-4,19
12.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	344.791,64	48,37
13.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00	0,00
14.	Sonstige Steuern	15.601,85	6,32
<b>15.</b>	<b>Jahresüberschuss</b>	<b>329.189,79</b>	<b>70,63</b>
16.	Einstellung in die gesetzliche Rücklage	-16.459,49	-70,63
17.	Einstellung in andere Gewinnrücklagen	-164.594,89	-70,63
<b>18.</b>	<b>Bilanzgewinn</b>	<b>148.135,41</b>	<b>70,63</b>

### 3.2.2.5 Anzahl der Beschäftigten

Die Zahl der Beschäftigten entwickelte sich von 2011 bis 2013 wie folgt:

	2013	2012	2011
Vorstand	2	2	2
technischer Bereich	3	3	3
kaufmännischer Bereich	10	10	10
sonstige Angestellte	1	1	1
Auszubildende	0	0	0
Stellen insgesamt	16	16	16

### 3.2.2.6 Finanzbeziehungen zur Stadt Lüdenscheid

Die Finanzbeziehungen zwischen der Gesellschaft und der Stadt Lüdenscheid stellen sich wie folgt dar:

Produkt	Sachkonto	Bezeichnung	2013	2012	2011
160 010 010	4563400	Bürgerschaftsprovision	86.373,71	94.747,91	97.534,52

### 3.2.2.7 Finanzbeziehungen zu Beteiligungen der Stadt Lüdenscheid

Die wesentlichen Finanzbeziehungen zwischen der LüWo und dem STL stellen sich wie folgt dar (in T€):

	2013	2012	2011
Bauleistungen und Service	2,7	5,7	4,8

Die wesentlichen Finanzbeziehungen zwischen der LüWo und dem SEL stellen sich wie folgt dar (in T€):

	2013	2012	2011
Entwässerung	526	530	530

### 3.2.2.8 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

<b>Betriebswirtschaftliche Kennzahlen</b>		<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>	<b>Abweichung</b>
<b>LüWo AG</b>		<b>%</b>	<b>%</b>	<b>%</b>	<b>2013/2012</b>
1.	Eigenkapitalquote	28,49	26,85	26,21	1,64
2.	Fremdkapitalquote	71,51	73,15	73,79	-1,64
3.	Anlagendeckung I	31,36	29,97	28,88	1,40
4.	Anlagenintensität	90,83	89,61	90,77	1,22
5.	Umlaufintensität	9,01	10,21	9,02	-1,20
6.	Kassenmittelintensität	4,08	5,67	4,60	-1,59
7.	Eigenkapitalrentabilität	3,99	2,44	1,49	1,55
8.	Gesamtkapitalrentabilität	3,29	2,84	2,61	0,45
9.	Materialaufwandsquote	45,78	49,20	46,43	-3,42
10.	Personalaufwandsquote	7,31	7,12	7,37	0,18
11.	Abschreibungsquote	3,64	3,47	3,74	0,17

### 3.2.3 Wirtschaftsplan

Die Plandaten entwickelten sich von 2012 bis 2014 wie folgt:

<b>Erfolgsplan</b>	<b>2014</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2013/2014</b>	<b>in %</b>
betriebliche Erträge	10.891.641	10.594.205	10.713.940	297.436	2,81
betriebliche Aufwendungen	8.624.207	8.587.618	8.312.576	36.589	0,43
betriebliches Ergebnis	2.267.434	2.006.587	2.401.364	260.847	13,00
Finanzergebnis	-1.530.627	-1.607.565	-1.642.802	76.938	4,79
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	736.807	399.022	758.562	337.785	84,65
Steuern	262.435	270.572	252.641	-8.137	-3,01
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>474.372</b>	<b>128.450</b>	<b>505.921</b>	<b>345.922</b>	<b>269,30</b>
<b>Investitionsplan</b>					
Gesamtinvestitionen	1.647.000	2.455.000	1.330.000	-808.000	-32,91
<b>Vermögensplan</b>					
Kapitalmarktmittel	1.187.000	1.805.000	840.000	-618.000	-34,24
Eigene Mittel	460.000	650.000	490.000	-190.000	-29,23

### 3.2.4 Wirtschaftsplandaten 2013 im Vergleich zum Ergebnis 2013

In der folgenden Tabelle werden die Plandaten den Istzahlen des Jahres 2013 gegenübergestellt und die Veränderungen in absoluten und prozentualen Beträgen ausgewiesen:

<b>Plan/Ist-Vergleich 2013</b>	<b>Plan 2013</b>	<b>Ist 2013</b>	<b>Abweichung</b>	<b>Abweichung in %</b>
betriebliche Erträge	10.713.940,00	11.187.164,95	473.224,95	4,42
betriebliche Aufwendungen	8.312.576,00	8.569.864,70	257.288,70	3,1
betriebliches Ergebnis	2.401.364,00	2.617.300,25	215.936,25	8,99
Finanzergebnis	-1.642.802,00	-1.559.659,09	83.142,91	5,06
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	758.562,00	1.057.641,16	299.079,16	39,43
Steuern	252.641,00	262.367,92	9.726,92	3,85
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>505.921,00</b>	<b>795.273,24</b>	<b>289.352,24</b>	<b>57,19</b>

Weitere Informationen zu der Gesellschaft können auf der Internetseite unter dem folgenden Link abgerufen werden:

<http://www.luewo.de/>

## 4 Entwicklungs- und GründerCentrum Lüdenscheid GmbH

### 4.1 Allgemeine Unternehmensdaten

#### 4.1.1 Statistische Angaben

Unternehmensbezeichnung:	Entwicklungs- und GründerCentrum Lüdenscheid GmbH Karolinenstraße 8 58507 Lüdenscheid
Gründungsjahr:	1988
Grundkapital:	556.850,00 €
Beteiligung der Stadt:	360.500,00 € = 64,74%

		<b>Betrag</b>	<b>Anteil</b>
Weitere Gesellschafter:	Sparkasse Lüdenscheid	186.100,00 €	33,42%
	Südwestfälische Industrie- und Handelskammer zu Hagen	10.250,00 €	1,84%

#### 4.1.2 Gegenstand und Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Wirtschafts- und Technologieförderung in Lüdenscheid. Hierzu gehört insbesondere der Betrieb eines Entwicklungs- und GründerCentrums.

Der Betrieb von Entwicklungs- und Gründerzentren ist eine Form der Technologie- und Wirtschaftsförderung. Sie soll Innovationen und Existenzgründungen erleichtern und den erforderlichen Technologietransfer zwischen Hochschulen und Betrieben verbessern. Die Förderung von Technologiezentren ist ein Ansatz zur Lösung struktureller Probleme und zur Sicherung sowie Neuschaffung von Arbeitsplätzen.

#### 4.1.3 Beteiligungen der Gesellschaft

Die Gesellschaft hält folgende Beteiligungen:

Gesellschaft	Beteiligung Betrag	Beteiligung Anteil
Deutsches Institut für Angewandte Lichttechnik GmbH	71.750,00 €	35,0%
Institut für Umformtechnik der mittelständischen Wirtschaft GmbH	51.150,01 €	20,0%
Werkzeugbauinstitut Südwestfalen GmbH	2.000,00 €	4,0%
IKU Institut für die mittelständische Wirtschaft GmbH	10.225,84 €	100,0%

#### 4.1.4 Wichtige Verträge

- Gesellschaftsvertrag vom 11.10.1988 in der aktualisierten Fassung vom 31.01.2008
- Erbbaurechtsvertrag und Optionsvertrag vom 27.11.1991 für das Firmengrundstück in Lüdenscheid, Gustav-Adolf-Str. 4
- bisheriger Erbbaurechtsvertrag vom 15.04.1994 mit der Stadt Lüdenscheid über das bebaute Grundstück in Lüdenscheid, Liebigstr. 11 entfällt; das Erbbaurecht wurde in 2007 gelöscht und das Gebäude an die Stadt Lüdenscheid zurückübertragen
- Pachtvertrag vom 25.11.2005 mit der Stadt Lüdenscheid für die Grundstücke Bahnhofstr. 40 und Lutherstr. 13

#### 4.1.5 Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen

Dargestellt wird die aktuelle Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen.

a) Geschäftsführung

StK Dr. Karl Heinz Blasweiler

b) Aufsichtsrat

BM Dieter Dzewas  
RH Jan Oliver Eggermann  
RH Björn Weiß

c) Gesellschafterversammlung

In geraden Jahren

Stimmberechtigte Vertreterin: RF Britta Margret Rogalske  
Stellvertreter: RH Jens Voß

In ungeraden Jahren

Stimmberechtigter Vertreter: RH Jens Voß  
Stellvertreterin: RF Britta Margret Rogalske

## 4.2 Wirtschaftliche Situation

Die Darstellung der wirtschaftlichen Situation bezieht sich auf das Geschäftsjahr 2013.

### 4.2.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs

#### Allgemeine Lage

Die insgesamt im Verhältnis zu den vergangenen Jahren bessere allgemeine Wirtschaftslage hat auch positive Auswirkungen auf die Ertragslage der EGC GmbH gehabt, die in allen wichtigen Geschäftsfeldern gegenüber der Planung verbessert werden konnte.

Deutlich höher, wenn auch kleinteiliger, war die Nachfrage nach Mietflächen. In diesem Zusammenhang darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Existenzgründungsquote in der Bundesrepublik so niedrig wie seit vielen Jahren nicht mehr war, wobei hierin noch die Anzahl der Neugründungen enthalten ist, die von Inhalt und Ausrichtung für ein Technologie- und Gründerzentrum als potentielle Mieter eher nicht in Frage kommen. Im Bereich der Vermietung von Konferenzräumen konnte eines der besten Ergebnisse der letzten Jahre verzeichnet werden. Ähnliches kann auch für das Dienstleistungsgeschäft berichtet werden. Allerdings sind die Erlöse hier in Abhängigkeit von den Förderkulissen des Landes und des Bundes, sowie von den Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der Unternehmen zu betrachten.

#### Geschäftsentwicklung im Geschäftsbereich Vermietung

2013 war das erste Jahr in dem, bis auf einen marginalen Restbetrag, keine Erlöse mehr aus dem Mietverhältnis mit der DIAL GmbH anfielen. Durch Anschlussvermietungen, vor allem auch der von DIAL ehemals genutzten Räume in Haus 1 und Haus 5 konnte in diesem Geschäftsfeld ein im Verhältnis gutes Ergebnis erzielt werden. Allerdings waren zahlreiche Umbauten nötig, um die Räumlichkeiten an die differenzierten Nutzungsanforderungen der neuen Mieter anzupassen. Gleichzeitig wurden in erheblichem Umfang bisher nicht modernisierte Räume in Haus 8 saniert, um der Firma Brockhaus Messtechnik dringend benötigte Erweiterungsflächen bieten zu können. Erlöse aus dieser Investition werden allerdings erst in 2014 realisiert.

Insgesamt ist der Verwaltungsaufwand für das Vermietungsgeschäft deutlich gestiegen, da anstelle des großen Mieters DIAL nun zehn kleinere Mietverhältnisse zu betreuen sind.

### **Geschäftsentwicklung im Geschäftsbereich Konferenzzentrum und Casino**

Wie eingangs bereits erwähnt, sind die Erlöse aus der Vermietung von Konferenzräumen deutlich gestiegen, gegenläufig dazu jedoch die Erlöse aus dem Verkauf von Speisen und Getränken gesunken. Diese eigentlich widersprüchliche Entwicklung ist auf voneinander unabhängige Effekte zurückzuführen. Mit dem Auszug des DIAL wurde von dort, nach einer Übergangszeit, das Casino des EGC ebenfalls nicht mehr in Anspruch genommen. Die Bewirtung findet nun in den eigenen Räumen im Neubau statt. Dagegen haben verschiedene Mieter des EGC im vergangenen Jahr sehr viel häufiger als zuvor Konferenzräume über mehrere Tage für eigene Veranstaltungen angemietet. Der ehemalige Schulungsraum der Gebäudesystemtechnik des DIAL steht nun als weiterer Konferenzraum zur Verfügung und konnte auch für Vermietungen genutzt werden, die sonst wegen der Belegung aller anderen Räume hätten abgesagt werden müssen. Eine Kontinuität dieser Entwicklung lässt sich allerdings bisher nicht feststellen.

### **Geschäftsentwicklung im Geschäftsbereich Dienstleistungen**

Dieser Geschäftsbereich übertraf im Ergebnis sowohl das Vorjahr als auch die Planung für 2013. Neben der bereits an verschiedenen Stellen erwähnten, verstärkten Tätigkeiten in Förderprojekten ergaben sich im Verlauf des Jahres zusätzliche Einnahmepositionen. So wurde ein Wasserschaden, der Labor und Technikum des KIMW vollständig in Mitleidenschaft zog, in der Vorort Leitung der Handwerker zu einem großen Anteil durch die EGC Hausverwalter erledigt und das Jubiläum zum 25 jährigen Bestehen des KIMW ebenfalls stark von EGC Mitarbeitern unterstützt. Diese Tätigkeiten wurden als Dienstleistungen dem KIMW in Rechnung gestellt. Darüber hinaus fand auch noch eine Personalgestellung für die LichtRouten 2013 statt. Ähnliche Effekte sind 2014 nicht zu erwarten.

### **Investitionsmaßnahmen**

Für die oben erwähnte Modernisierung für bisher nicht sanierte Räumlichkeiten für die Firma Brockhaus wurde erstmals in notwendige, aber bisher nicht vorhandene Infrastruktur wie Heizung, Elektroinstallationen, Fenster und Brandschutz investiert.

### **Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres**

Mit Datum vom 07.07.2013 hat die EGC GmbH den Bewilligungsbescheid zur Fassadensanierung des Hauses 8 in Höhe von 32.637,62 € erhalten. Darin berücksichtigt ist die Verschönerung der Fassaden zur Phänomena und zum Bahnhof. Aufgrund unterschiedlicher Planungsüberlegungen sowie Auflagen im Bewilligungsbescheid ist mit einer Umsetzung voraussichtlich erst 2015 zu rechnen. Der Geschäftsführer Jörg Marré hat ein Angebot des Kunststoff-Institutes angenommen, dort eine Tätigkeit im Management der neu gegründeten Gesellschaften (KIMW-Forschungs gGmbH, KIMW Prüf- und Analyse GmbH und KIMW Management GmbH) zu übernehmen. Bei der EGC GmbH verbleiben 40% der ursprünglichen Arbeitszeit. Dies wird zu einer deutlichen Reduzierung der Personalkosten führen.

### **Kostendeckungsgrad aus Umsätzen und sonstigen Erträgen**

<b>Jahr</b>	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
<b>%</b>	77,4	93,2	97,2	100,0	99,6	99,1	91,3	92,8	94,6	95,0	90,7

### Überblick über die Struktur der Erträge und Aufwendungen

Anteil am Gesamtertrag in %	2013	2012	2013	2012
a.) Mieterträge	475.491,75	521.871,00	65,20	64,6
b.) Dienstleistungen	62.682,39	41.619,00	8,60	5,2
c.) Konferenzzentrum	27.266,78	15.074,00	3,70	1,9
d.) Speisen und Getränke	51.802,94	65.587,00	7,10	8,1
e.) Zuschüsse	3.600,00	34.890,00	0,50	4,3
f.) sonstige Erträge	108.259,45	128.308,00	14,90	15,9

Anteil am Gesamtaufwand in %	2013	2012	2013	2012
a.) Personal	260.766,67	250.403,00	32,60	29,0
b.) Betriebsaufwand	408.685,67	480.826,00	51,10	55,7
c.) Abschreibung	66.008,57	64.575,00	8,30	7,5
d.) sonstiger Aufwand, Verwaltung	64.273,56	67.169,00	8,00	7,8

Die Personalkosten 2013 liegen im geplanten Rahmen. Die leichte Erhöhung gegenüber 2012 begründet sich durch die zwischenzeitliche ganztägige Tätigkeit von Herrn Marré. Diese Situation hat sich aber bereits wieder geändert. Im Bereich der Betriebskosten reduzierten sich die Instandhaltungen deutlich, weil die Fassadensanierung des Hauses 2 abgeschlossen wurde. Der Planungsansatz wurde allerdings wegen zwischenzeitlicher Umbauten im Zusammenhang mit neuen Mietverhältnissen überschritten. Die Erhöhung der Betriebskosten entstand durch Reduzierung der Ölbestände zum Jahresende.

#### Jahresergebnis

Jahresergebnis	Plan 2012	Rechnung 2012
Gesamterträge	728.000,00	807.351,00
Gesamtaufwand	797.000,00	862.975,00

Aufgrund der deutlich höheren Erträge konnte das Jahresergebnis um knapp 14.000 € gegenüber Plan verbessert werden.

#### Risikobericht

Der Auszug des DIAL konnte durch neue Mietverhältnisse bis auf einen Bürorestbereich von rund 350 m<sup>2</sup> kompensiert werden. Die Vermietung dieser Fläche gestaltet sich wegen der Größe jedoch schwierig. Bei dem anstehenden Ausbau der Karolinenstraße und Mathildenstraße muss möglicherweise mit einer hohen Belastung des EGC mit Erschließungsbeiträgen gerechnet werden. In Rede steht ein Betrag von 165.000 €. Diese Summe kann die EGC GmbH keinesfalls darstellen.

#### Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Erneut ist die DIAL GmbH an die EGC GmbH im Hinblick auf den Erwerb der Kapitalanteile herantreten. Die Gespräche erweisen sich als sehr schwierig und zäh. Ob es zu einem Verkauf der EGC-Anteile kommen wird, kann derzeit nicht abgesehen werden.

Zum Beginn des Jahres 2014 hat die Leiterin des Bereiches Konferenzzentrum und Casino das EGC verlassen und ist in den Ruhestand getreten. Eine neue Mitarbeiterin wurde eingestellt.

### Ausblick

Die Baumaßnahmen an der Phänomenta sind in der Durchführung, die Brücke zum Bahnhofsbereich im Anschluss an das Haus 8 soll in 2014 errichtet werden. Dadurch rückt das Haus sehr stark in den Fokus der Entwicklung, aber auch der öffentlichen Wahrnehmung. Der Verkauf der EGC-Anteile an der DIAL GmbH könnte die Möglichkeit eröffnen, das Haus 8 umfangreich zu sanieren, an die städtebauliche Entwicklung des Quartieres anzupassen und damit auch einen deutlichen Entwicklungsschub für das EGC zu gewinnen.

Das KIMW plant nunmehr sehr konkret die Errichtung eines circa 2.000 m<sup>2</sup> großen Neubaus im Anschluss an das Haus 2 zur Unterbringung des Polymer Training Centers und zur Erweiterung der Technikums- sowie der Seminar- und Schulungsräume. Der Baubeginn soll nach Möglichkeit noch 2014 erfolgen. Auch hier wird in der weiteren Entwicklung das EGC sicherlich sehr stark profitieren können.

Der Wirtschaftsplan 2014 weist mit 45 T€ ein deutlich geringeres Defizit als in den Vorjahren aus. Für 2015 wird eine nochmalige Reduzierung erwartet.

## 4.2.2 Entwicklung des Unternehmens im Dreijahresvergleich

### 4.2.2.1 Bilanz

Aktivseite EGC GmbH	2013	2012	2011
<b>A. Anlagevermögen</b>			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände:			
Entgeltlich erworbene Software	246,00	580,00	507,00
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	2.822.914,00	2.878.735,00	2.968.912,00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	68.594,00	101.239,00	143.272,00
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	82.823,99	0,00	0,00
III. Finanzanlagen: Beteiligungen	135.125,85	135.125,85	135.125,85
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
I. Vorräte: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	10.700,00	20.351,00	12.561,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	44.462,73	25.094,43	19.803,72
2. Forderungen gegen Gesellschafter	54.632,22	147.441,90	0,00
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.656,38	7.092,84	76.677,24
4. Sonstige Vermögensgegenstände	31.338,24	22.785,86	25.708,74
III. Kassenbestand	160,02	110,30	182,77
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	1.538,95	0,00	1.401,00
<b>Bilanzsumme</b>	<b>3.254.192,38</b>	<b>3.338.556,18</b>	<b>3.384.151,32</b>

<b>Passivseite EGC GmbH</b>		<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
<b>A.</b>	<b>Eigenkapital</b>			
I.	Gezeichnetes Kapital	556.850,00	556.850,00	556.850,00
II.	Gewinnvortrag	-33.348,16	21.081,40	72.025,84
III.	Jahresfehlbetrag	-74.929,95	-54.429,56	-50.944,44
<b>B.</b>	<b>Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen</b>	2.302.863,00	2.360.848,00	2.433.760,00
<b>C.</b>	<b>Rückstellungen</b>			
1.	Sonstige Rückstellungen	17.650,00	21.350,00	22.500,00
<b>D.</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>			
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15.138,06	0,00	0,00
2.	erhaltene Anzahlungen auf Bestellung	8.769,72	0,00	0,00
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	35.392,21	31.151,14	13.135,80
4.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	405.625,49	372.871,98	309.734,00
5.	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	10.225,84	10.225,84	10.225,84
6.	Sonstige Verbindlichkeiten	8.700,75	17.897,38	16.154,28
<b>E.</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	1.255,42	710,00	710,00
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>3.254.192,38</b>	<b>3.338.556,18</b>	<b>3.384.151,32</b>

#### 4.2.2.2 Bilanz Veränderungen

<b>Aktivseite EGC GmbH</b>		<b>2013/2012</b>	<b>2013/2012 in %</b>
<b>A.</b>	<b>Anlagevermögen</b>		
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände:		
	Entgeltlich erworbene Software	-334,00	-57,59
II.	Sachanlagen		
1.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	-55.821,00	-1,94
2.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	-32.645,00	-32,25
3.	geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	82.823,99	100,00
III.	Finanzanlagen: Beteiligungen	0,00	0,00
<b>B.</b>	<b>Umlaufvermögen</b>		
I.	Vorräte: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-9.651,00	-47,42
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	19.368,30	77,18
2.	Forderungen gegen Gesellschafter	-92.809,68	-62,95
3.	Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-5.436,46	-76,65
4.	Sonstige Vermögensgegenstände	8.552,38	37,53
III.	Kassenbestand	49,72	45,08
<b>C.</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	1.538,95	100,00
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>-84.363,80</b>	<b>-2,53</b>

<b>Passivseite EGC GmbH</b>		<b>2013/2012</b>	<b>2013/2012 in %</b>
<b>A.</b>	<b>Eigenkapital</b>		
I.	Gezeichnetes Kapital	0,00	0,00
II.	Gewinnvortrag	-54.429,56	-258,19
III.	Jahresfehlbetrag	-20.500,39	-37,66
<b>B.</b>	<b>Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen</b>	-57.985,00	-2,46
<b>C.</b>	<b>Rückstellungen</b>		
1.	Sonstige Rückstellungen	-3.700,00	-17,33
<b>D.</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>		
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15.138,06	100,00
2.	erhaltene Anzahlungen auf Bestellung	8.769,72	100,00
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.241,07	13,61
4.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	32.753,51	8,78
5.	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00
6.	Sonstige Verbindlichkeiten	-9.196,63	-51,39
<b>E.</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	545,42	76,82
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>-84.363,80</b>	<b>-2,53</b>

#### 4.2.2.3 Gewinn- und Verlustrechnung

<b>Gewinn- und Verlustrechnung EGC GmbH</b>		<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
1.	Umsatzerlöse	717.308,11	976.986,44	783.439,82
2.	Sonstige betriebliche Erträge	11.795,20	46.288,97	74.189,93
3.	Personalaufwand			
a)	Löhne und Gehälter	213.357,42	204.550,42	219.909,82
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	47.409,25	45.852,96	48.117,53
4.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	139.070,87	137.487,31	138.377,43
	abzüglich Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse des Landes NRW und aus Städtebaumitteln	73.062,30	72.912,00	72.749,89
5.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	472.299,81	760.116,65	572.663,71
6.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	431,32	1.434,08	1.315,25
7.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00	0,00
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.129,54	3.879,88	3.407,14
<b>9.</b>	<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-74.669,96</b>	<b>-54.265,73</b>	<b>-50.780,74</b>
10.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,16	0,32	0,45
11.	Sonstige Steuern	260,15	164,15	164,15
<b>12.</b>	<b>Jahresfehlbetrag</b>	<b>-74.929,95</b>	<b>-54.429,56</b>	<b>-50.944,44</b>

#### 4.2.2.4 Gewinn- und Verlustrechnung Veränderungen

<b>Gewinn- und Verlustrechnung EGC GmbH</b>		<b>2013/2012</b>	<b>2013/2012 in %</b>
1.	Umsatzerlöse	-259.678,33	-26,58
2.	Sonstige betriebliche Erträge	-34.493,77	-74,52
3.	Personalaufwand		
a)	Löhne und Gehälter	8.807,00	4,31
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	1.556,29	3,39
4.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.583,56	1,15
	abzüglich Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse des Landes NRW und aus Städtebaumitteln	150,30	0,21
5.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-287.816,84	-37,86
6.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-1.002,76	-69,92
7.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.249,66	32,21
<b>9.</b>	<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-20.404,23</b>	<b>-37,60</b>
10.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0,16	-50,00
11.	Sonstige Steuern	96,00	58,48
<b>12.</b>	<b>Jahresfehlbetrag</b>	<b>-20.500,39</b>	<b>-37,66</b>

#### 4.2.2.5 Anzahl der Beschäftigten

Die Zahl der Beschäftigten entwickelte sich von 2011 bis 2013 wie folgt: (Angaben jeweils zum 31.12.)

<b>Stellen</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
Beschäftigte in Festanstellung	6	6	6
Aushilfen	3	3	3

#### 4.2.2.6 Finanzbeziehungen zur Stadt Lüdenscheid

Die Finanzbeziehungen stellen sich wie folgt dar:

<b>Produkt</b>	<b>Sachkonto</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
160 010 010	4563600	Bürgerschaftsprovision	582,68	307,59	215,80

#### 4.2.2.7 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

<b>Betriebswirtschaftliche Kennzahlen EGC GmbH</b>		<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>	<b>Abweichung 2013/2012</b>
		<b>%</b>	<b>%</b>	<b>%</b>	
1.	Eigenkapitalquote	84,55	86,40	88,99	-1,85
2.	Fremdkapitalquote	15,45	13,60	11,01	1,85
3.	Anlagendeckung I	14,82	16,80	17,79	-1,98
4.	Anlagenintensität	95,56	93,32	95,97	2,24
5.	Umlaufintensität	4,39	6,68	3,99	-2,28
6.	Kassenmittelintensität	0,00	0,00	0,01	0,00
7.	Eigenkapitalrentabilität	-16,70	-10,40	-8,81	-6,31
8.	Gesamtkapitalrentabilität	-2,14	-1,51	-1,40	-0,63
9.	Materialaufwandsquote	0,00	0,00	0,00	0,00
10.	Personalaufwandsquote	35,77	24,47	31,25	11,29
11.	Abschreibungsquote	4,47	4,41	4,26	0,06

#### 4.2.3 Wirtschaftsplan

Die Plandaten entwickelten sich wie folgt:

<b>Erfolgsplan</b>	<b>2015</b>	<b>2014</b>	<b>2014/2015</b>	<b>in %</b>
Umsatzerlöse	679.000,00	676.800,00	2.200,00	0,33
Personalkosten	220.800,00	233.500,00	-12.700,00	-5,44
Abschreibungen	86.500,00	67.000,00	19.500,00	29,1
Betriebskosten	520.000,00	292.400,00	227.600,00	77,84
Verwaltungskosten	72.700,00	72.450,00	250,00	0,35
Vertriebskosten	23.000,00	24.000,00	-1.000,00	-4,17
Übrige Aufwendungen	26.700,00	28.000,00	-1.300,00	-4,64
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.200,00	5.000,00	1.200,00	24
Steuern	0,00	0,00	0,00	0
Aufwendungen Gesamt	955.900,00	722.350,00	233.550,00	32,33
Erträge Gesamt	679.000,00	676.800,00	2.200,00	0,33
<b>Differenz</b>	<b>-276.900,00</b>	<b>-45.550,00</b>	<b>-231.350,00</b>	<b>-507,9</b>

<b>Investitionsplan</b>	<b>2015</b>	<b>2014</b>	<b>2014/2015</b>	<b>in %</b>
Gesamtinvestitionen	801.400,00	0,00	801.400,00	-100

#### 4.2.4 Wirtschaftsplandaten 2013 im Vergleich zum Ergebnis 2013

In der folgenden Tabelle werden die Plandaten den Istzahlen des Jahres 2013 gegenübergestellt (in T€).

<b>Plan/Ist-Vergleich 2013</b>	<b>Plan 2013</b>	<b>Ist 2013</b>	<b>Abweichung</b>	<b>Abweichung in %</b>
Erträge Gesamt	653,50	802,60	149,10	22,82
Aufwendungen Gesamt	741,92	877,53	135,61	18,28
Jahresergebnis	-88,42	-74,93	13,49	15,26

Weitere Informationen zu der Gesellschaft können auf der Internetseite unter dem folgenden Link abgerufen werden:

<http://www.egc.de/>

## **Teil IV**

# **Beteiligungsunternehmen mit einer Beteiligungsquote unter 50%**

# 1 Märkischer Gewerbepark Rosmart GmbH

## 1.1 Allgemeine Unternehmensdaten

### 1.1.1 Statistische Angaben

Unternehmensbezeichnung:	Märkischer Gewerbepark Rosmart GmbH Lüdenscheider Straße 22 58762 Altena
Gründungsjahr:	1999
Grundkapital:	207.000 Euro
Beteiligung der Stadt:	72.000 Euro = 34,78%

		Betrag	Anteil
Weiterer Gesellschafter:	Stadt Altena	86.000 Euro	41,55%
	Stadt Werdohl	42.000 Euro	20,29%
	Gesellschaft zur Wirtschafts- und Strukturförderung im Märkischen Kreis mbH	7.000 Euro	3,38%

### 1.1.2 Gegenstand und Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur der Städte Altena, Lüdenscheid und Werdohl durch die Förderung von Gewerbeansiedlungen im Märkischen Gewerbepark Rosmart.

Zur Erreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft insbesondere berechtigt,

- die Steuerung des geplanten Projektes und dessen (Zwischen-) Finanzierung durchzuführen,
- die Gesellschafter bei der örtlichen und überörtlichen Planung zu unterstützen,
- Grundstücke zu erwerben, diese zu erschließen, mit Gebäuden zu versehen, zu veräußern, zu vermieten, zu verpachten oder sonst wie in Nutzung zu geben, immobiliennahe Dienstleistungen und Vermittlungstätigkeiten zu erbringen, Maßnahmen zu Baureifmachung und Erschließung durchzuführen,
- für die Ansiedlung von Unternehmen des sekundären und tertiären Bereichs zu werben, sie zu beraten und bei der Lösung betrieblicher Ansiedlungsprobleme zu unterstützen,

- Einrichtungen zu schaffen und/oder zu fördern, die mit der Bestandsförderung oder der Ansiedlung von Unternehmen des sekundären und tertiären Bereichs in Zusammenhang stehen,
- den Märkischen Gewerbepark Rosmart zu verwalten,
- den finanziellen Ausgleich zwischen den Gesellschaftern zu ermitteln.

Ziel der Beteiligung an der Gesellschaft ist, das Arbeitsplatzangebot und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit durch die Belebung der industriellen und gewerblichen Entwicklung der Region zu verbessern. Die Sicherung eines ausreichenden regionalen Gewerbeflächenangebots ist wesentlicher Teil der Wirtschaftsförderung.

### 1.1.3 Wichtige Verträge

- Gesellschaftsvertrag vom 13.08.1999, in der geänderten Fassung vom 25.01.2010
- Öffentlich-rechtliche Vereinbarung vom 16.06.1999 zur Abwicklung der anfallenden hoheitlichen Aufgaben

### 1.1.4 Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen

Dargestellt wird die aktuelle Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen.

#### a) Geschäftsführung

In der Geschäftsführung ist die Stadt Lüdenscheid mit Herrn Edgar Weinert vertreten.

#### b) Aufsichtsrat

##### **Ordentliche Mitglieder**

BM Dieter Dzewas  
RH Michael Bernd Thielicke  
RH Lothar Hellwig  
RH Björn Weiß

##### **Stellvertretende Mitglieder**

Vertreter im Amt  
RH Jan Oliver Eggermann  
RH Jens Voß  
RH Hansjürgen Wakup

#### c) Beirat

RF Karin Hertel  
RF Susanne Meese  
RH Michael Meyer

d) Gesellschafterversammlung

In geraden Jahren

Stimmberechtigte Vertreterin: RF Michaela Dötsch  
Stellvertreter: RH Steffen Kriegel

In ungeraden Jahren

Stimmberechtigter Vertreter: RH Steffen Kriegel  
Stellvertreterin: RF Michaela Dötsch

## 1.2 Wirtschaftliche Situation

Die Darstellung der wirtschaftlichen Situation bezieht sich auf das Geschäftsjahr 2013.

### 1.2.1 Allgemeine Entwicklung des Unternehmens

#### Geschäftsmodell des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Städte, Altena, Lüdenscheid und Werdohl durch die Förderung von Gewerbeansiedlungen im Märkischen Gewerbepark Rosmart. Zur Erreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft insbesondere berechtigt, die Steuerung des geplanten Projektes und der Finanzierung durchzuführen, Grundstücke zu erwerben und zu erschließen, sowie die Vermarktung der Flächen an Unternehmen des sekundären und tertiären Bereichs zu verwirklichen.

#### Geschäftsverlauf

Konnte man in der Vergangenheit noch die in 2009 entstandene Finanzmarktkrise als Grund für die wenigen Grundstücksvermarktungserfolge der Gesellschaft vermuten, bricht diese Vermutung angesichts der inzwischen feststellbaren positiven Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland in sich zusammen. Trotz der eigentlich recht komfortablen gesamtwirtschaftlichen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen findet die gute konjunkturelle Situation in Deutschland also keinen Niederschlag in den Vermarktungserfolgen der Gesellschaft.

Obwohl die Umsatzerlöse gegenüber 2012 signifikant um rd. 340% auf rd. 590 T€ stiegen, resultiert diese Steigerung im Wesentlichen aus dem Verkauf eines Baugrundstücks. Damit verbleiben die Vermarktungserfolge der Gesellschaft insgesamt und deutlich hinter der durchweg positiven Entwicklung der Wirtschaft und auch der Gewerbeimmobilienbranche zurück. Allerdings hatte die Geschäftsführung aus jahrelanger Erfahrung auch nichts anderes prognostiziert. Dem Gewerbepark Rosmart haftet offensichtlich und aus der Sicht der Geschäftsführung grundlos ein Negativimage an, das nicht hausgemacht ist, sondern künstlich durch Dritte produziert wurde. Eine weitere Flächenentwicklung zu produzieren und baureife Grundstücke am Markt erfolgreich und zügig abzusetzen, ist angesichts derartiger und in der Sache nicht zu rechtfertigender Imageverluste eine bislang nur mit den bekannten erheblichen Schwierigkeiten zu meisternde Aufgabenstellung. Daran konnten innovative und vielschichtige Marketingstrategien, die Mittel gebunden haben, bislang nichts ändern.

### **Ertragslage**

Die Umsatzerlöse setzen sich neben dem Verkaufserlös aus Vorhalteentschädigungen und der Vergütung für Erdablagerungen zusammen.

### **Vermögens- und Finanzlage**

Die Bilanzsumme 2013 beträgt 22.053 T€. Gegenüber 2012 stieg die Bilanzsumme damit um rd. 518 T€ (+2,4%), was sich im Wesentlichen aus einer Zunahme der Rückstellungen und einer Steigerung der sonstigen Verbindlichkeiten erklärt. Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag stieg von 2.630 T€ in 2012 auf 3.077 T€ in 2013 (=17%).

Im Jahr 2013 war eine Inanspruchnahme aus der zwecks Vermeidung einer insolvenzrechtlichen Überschuldung von diesen Städten gezeichneten harten Patronatserklärung im Maße von insgesamt 400 T€ erforderlich. Prognostiziert war im Rahmen der insoweit von der Geschäftsführung immer vorzunehmenden Worst-Case-Betrachtung eine Inanspruchnahme für 2013 in Höhe von 1.500 T€. Das Nichterreichen der prognostizierten Belastung der Gesellschafterkommunen aus der Patronatserklärung ist mit dem Ausbleiben der Belastung für den Kostenanteil an der erneuerten Landstraße L 694 (300 T€), mit der Nichtverwirklichung eines nach wie vor geplanten Grunderwerbs (390 T€) und mit dem erwähnten Grundstücksverkauf ein Lüdenscheider Unternehmen zu erklären.

### **Gesamtaussage**

Die Gesellschaft ist seit Jahren überschuldet und vermag ihre Geschäfte allein über die Wirkungen der von den Gesellschafterstädten gezeichneten harten Patronatserklärungen fortzuführen. Unter Berücksichtigung dieser Patronatserklärung ist die Finanzlage der Gesellschaft auch künftig als gesichert zu bezeichnen. Das Finanzmanagement der Gesellschaft ist deshalb weiterhin darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten und Forderungen im Rahmen der Zahlungsziele zu begleichen bzw. zu vereinnahmen.

### **Nachtragsbericht**

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

### **Prognosebericht**

Die Geschäftsführung prognostiziert den Geschäftsverlauf für das Folgejahr stets pessimistisch (Worst-Case-Betrachtung). Optimismus würde insofern in den Gesellschafterstädten zu eventuellen Fehlsteuerungen in den Haushalten wegen der Inanspruchnahme aus der harten Patronatserklärung führen. An diesem Pessimismus wird die Geschäftsführung deshalb angesichts der Unsicherheiten bei der Grundstücksvermarktung festhalten.

Um die Grundstücksvermarktung durch das Setzen neuer Impulse zu forcieren überlegt die Geschäftsführung nach Vorgabe der Gesellschaftsgremien derzeit Unterstützungsmodelle für die Geschäftsführung.

### **Risiko- und Chancenbericht**

Aufgrund der seitens der Gesellschafterstädte gezeichneten harten Patronatserklärungen sind trotz der desolaten Finanzsituation Risiken aus Sicht der Gesellschaft nicht vorhanden.

Die von der Gesellschaft bevorrateten Grundstücke werden - bei mittelfristiger oder langfristiger Betrachtung - sogar an Wert gewinnen, da es Kommunen inzwischen aufgrund der rechtlichen Situation bauplanerisch nahezu unmöglich ist, gewerbliche Flächen zusätzlich auszuweisen und festzusetzen. Damit verfügt die Gesellschaft ungeachtet ihrer finanziellen Situation über Vermögen, das wichtiger Bodenvorrat für die Gesellschafterkommunen ist.

### **Gesamtaussage**

Aus der Sicht der Gesellschafterkommunen stellt sich die Frage der künftigen Entwicklung der Gesellschaft naturgemäß als Risiko dar. Innerhalb der Gesellschaft eliminiert die Patronatserklärung dieses Risiko zu Lasten der Gesellschafterstädte. Die Gesellschaft wird seitens der Gesellschafterstädte die zur Fortführung der Gesellschaft erforderlichen Mittel erhalten.

Das vorhandene Gewerbeflächenpotential wird in Würdigung der nahezu unmöglichen Neuausweisungsmöglichkeiten der Kommunen für Gewerbe- und Industrieflächen zukünftig wertvoller. Die Gesellschaft wird einstweilen weiterhin und aufwändig die in den Gesellschafterstädten fehlenden großflächigen Gewerbe- und Industriegrundstücke bevorraten. Die Situation der Gesellschaft wird sich solange nicht grundlegend ändern.

### **Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und über die Zweckerreichung gem. § 108 Abs. 3 Ziffer 2 GO**

Ziel der Beteiligung der Gesellschafter an der Märkischer Gewerbepark Rosmart GmbH ist es, das Arbeitsplatzangebot und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit durch die Belegung der industriellen und gewerblichen Entwicklung der Region zu verbessern.

Die Sicherung eines ausreichenden regionalen Werbeflächenangebotes ist wesentlicher Bestandteil der Wirtschaftsförderung. Die im Jahr 2013 von der Gesellschaft durchgeführten Maßnahmen dienten sämtlich diesen Zwecken.

## 1.2.2 Entwicklung des Unternehmens im Dreijahresvergleich

### 1.2.2.1 Bilanz

<b>Aktivseite MGR GmbH</b>		<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
<b>A.</b>	<b>Anlagevermögen</b>			
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	1,00	1,00
II.	Sachanlagen			
1.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	490,00	126,00	253,00
<b>B.</b>	<b>Umlaufvermögen</b>			
I.	Vorräte			
1.	Grundstücke	18.195.871,96	18.525.560,39	18.544.763,58
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1.	sonstige Vermögensgegenstände	530.640,39	82,88	7.697,08
III.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	248.204,44	379.191,33	698.001,28
<b>C.</b>	<b>Nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag</b>	3.077.443,61	2.630.525,70	2.253.000,82
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>22.052.650,40</b>	<b>21.535.487,30</b>	<b>21.503.716,76</b>

<b>Passivseite MGR GmbH</b>		<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
<b>A.</b>	<b>Eigenkapital</b>			
I.	Gezeichnetes Kapital	207.000,00	207.000,00	207.000,00
II.	Verlustvortrag	-207.000,00	-207.000,00	-207.000,00
<b>B.</b>	<b>Rückstellungen</b>			
1.	Sonstige Rückstellungen	983.773,00	833.947,00	818.694,00
<b>C.</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>			
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	20.010.335,25	20.017.937,22	20.032.160,77
2.	Sonstige Verbindlichkeiten	1.058.542,15	683.603,08	652.861,99
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>22.052.650,40</b>	<b>21.535.487,30</b>	<b>21.503.716,76</b>

### 1.2.2.2 Bilanz Veränderungen

<b>Aktivseite MGR GmbH</b>		<b>2013/2012</b>	<b>2013/2012 in %</b>
<b>A.</b>	<b>Anlagevermögen</b>		
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	-1,00	-100
II.	Sachanlagen		
1.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	364,00	288,89
<b>B.</b>	<b>Umlaufvermögen</b>		
I.	Vorräte		
1.	Grundstücke	-329.688,43	-1,78
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1.	sonstige Vermögensgegenstände	530.557,51	640.151,44
III.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	-130.986,89	-34,54
<b>D.</b>	<b>Nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag</b>	446.917,91	16,99
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>517.163,10</b>	<b>2,4</b>

<b>Passivseite MGR GmbH</b>		<b>2013/2012</b>	<b>2013/2012 in %</b>
<b>A.</b>	<b>Eigenkapital</b>		
I.	Gezeichnetes Kapital	0,00	0
II.	Verlustvortrag	0,00	0
<b>B.</b>	<b>Rückstellungen</b>		
1.	Sonstige Rückstellungen	149.826,00	17,97
<b>C.</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>		
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-7.601,97	-0,04
2.	Sonstige Verbindlichkeiten	374.939,07	54,85
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>517.163,10</b>	<b>2,4</b>

### 1.2.2.3 Gewinn- und Verlustrechnung

<b>Gewinn- und Verlustrechnung MGR GmbH</b>		<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
1.	Umsatzerlöse	589.979,22	134.610,22	57.228,71
2.	Verminderung/Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-329.688,43	-19.203,19	138.835,03
3.	sonstige betriebliche Erträge	0,00	19,00	0,00
4.	Materialaufwand	295.481,57	62.341,81	129.084,89
5.	Personalaufwand	9.197,00	9.072,00	9.072,00
6.	Abschreibungen auf Sachanlagen	138,16	126,00	633,82
7.	sonstige betriebliche Aufwendungen	92.203,19	93.182,59	86.717,08
8.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	769,60	2.332,02	2.584,83
9.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	310.958,38	330.561,11	363.379,79
10.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-446.917,91	-377.525,46	-390.239,01
11.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	-0,58	-0,82
<b>12.</b>	<b>Jahresfehlbetrag</b>	<b>-446.917,91</b>	<b>-377.524,88</b>	<b>-390.238,19</b>

### 1.2.2.4 Gewinn- und Verlustrechnung Veränderungen

<b>Gewinn- und Verlustrechnung MGR GmbH</b>		<b>2013/2012</b>	<b>2013/2012 in %</b>
1.	Umsatzerlöse	455.369,00	338,29
2.	Verminderung/Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-310.485,24	-1.616,84
3.	sonstige betriebliche Erträge	-19,00	-100,00
4.	Materialaufwand	233.139,76	373,97
5.	Personalaufwand	125,00	1,38
6.	Abschreibungen auf Sachanlagen	12,16	9,65
7.	sonstige betriebliche Aufwendungen	-979,40	-1,05
8.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-1.562,42	-67,00
9.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-19.602,73	-5,93
10.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-69.392,45	-18,38
11.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,58	100,00
<b>12.</b>	<b>Jahresfehlbetrag</b>	<b>-69.393,03</b>	<b>-18,38</b>

### 1.2.3 Anzahl der Beschäftigten

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal. Die Geschäftsführer erfüllen ihre Aufgaben nebenberuflich, sie erhalten eine Aufwandsentschädigung.

#### 1.2.4 Finanzbeziehungen zur Stadt Lüdenscheid

Die Finanzbeziehungen zwischen der Gesellschaft und der Stadt Lüdenscheid stellen sich wie folgt dar:

<b>Produkt</b>	<b>Sachkonto</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
160 010 010	4563300	Bürgschaftsprovision	55.941,30	55.620,90	54.847,80
150 010 020	5391000	Aufw. aus Patronatserkl. MGR	144.000,00	0,00	180.000,00

Weitere Informationen zu der Gesellschaft können auf der Internetseite unter dem folgenden Link abgerufen werden:

<http://www.gewerbepark-rosmart.de/>

## 2 Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH

### 2.1 Allgemeine Unternehmensdaten

#### 2.1.1 Statistische Angaben

Unternehmensbezeichnung:	Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH*
Gründungsjahr:	58507 Lüdenscheid 1992
Grundkapital:	100.000 Euro
Beteiligung der Stadt:	30.000 Euro = 30,00%

		Betrag	Anteil
Weiterer Gesellschafter:	Wirtschaftsförderung Kreis- stadt Lüdenscheid e.V.	20.000 €	20,00%
	Stadtwerke Lüdenscheid	20.000 €	20,00%
	Sparkasse Lüdenscheid	20.000 €	20,00%
	SIHK Hagen	10.000 €	10,00%

#### 2.1.2 Gegenstand und Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind alle Maßnahmen und Projekte zur Förderung und Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Lüdenscheid. Zu diesem Zweck steht die Gesellschaft als Plattform für Sponsoringmaßnahmen der Gesellschafter sowie Dritter zur Verfügung. Gegenstand des Unternehmens ist zudem die Errichtung und Bewirtschaftung von Parkierungseinrichtungen und Parkleitsystemen oder ähnlicher Einrichtungen.

#### 2.1.3 Wichtige Verträge

- Gesellschaftsvertrag vom 13.04.1992, neu gefasst am 23.12.2003
- Pachtvertrag vom 23.12.1991/14.01.1992 zwischen der Stadt Lüdenscheid und der WKL e.V. in deren Auftrag die LSM zur gebührenpflichtigen Parkraumbewirtschaftung verpflichtet ist. Mit Vertrag vom 10.09.2002 wurde das Pachtverhältnis für die Zeit ab 01.01.2002 bis zum 31.12.2008 neu geregelt. Die Vertragslaufzeit verlängert sich stillschweigend um jeweils ein Jahr.

### 2.1.4 Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen

Dargestellt wird die aktuelle Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen.

#### a) Geschäftsführung

In der Geschäftsführung ist die Stadt Lüdenscheid nicht vertreten.

#### b) Aufsichtsrat

BM Dieter Dzewas  
Herr Wolfgang Struwe (Vorschlag der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH)  
SB Harald Kurt Metzger (Vorschlag der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH)  
RF Verena Szermerski-Kasperek  
SB Anette Schwarz  
RH Timothy Joel Kahler

#### c) Gesellschafterversammlung

In geraden Jahren

Stimmberechtigter Vertreter:	RH Lothar Hellwig
Stellvertreterin:	RF Ingrid Fischer

In ungeraden Jahren

Stimmberechtigte Vertreterin:	RF Ingrid Fischer
Stellvertreter:	RH Lothar Hellwig

## 2.2 Wirtschaftliche Situation

Die Darstellung der wirtschaftlichen Situation bezieht sich auf das Geschäftsjahr 2013.

### 2.2.1 Allgemeine Entwicklung des Unternehmens

#### Grundlagen der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens sind alle Maßnahmen und Projekte zur Förderung und Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Lüdenscheid. Dazu gehören u. a. die Errichtung und Bewirtschaftung von Parkierungseinrichtungen und Parkleitsystemen oder ähnlichen Einrichtungen. Zudem führt die Gesellschaft regelmäßig Veranstaltungen im Rahmen des Stadtmarketings in Lüdenscheid durch, wie beispielsweise verkaufsoffene Sonntage und die LichtRouten. So fanden vom 27. September bis 6. Oktober 2013 in Lüdenscheid die letzten LichtRouten statt.

#### Allgemeine Lage und Rahmenbedingungen

Das Jahr 2013 stellt sich für die Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH in der Rückschau insgesamt als wirtschaftlich unproblematisch dar, trotz der Großveranstaltung LichtRouten. Die

Entwicklung der einzelnen Tätigkeitsfelder befindet sich in einem Umbruch, die sich zum Jahresende in Personalveränderungen widerspiegelt hat. Das Lüdenscheider Stadtmarketing muss sich nach wie vor mit einer geringen Beteiligungsbereitschaft des Einzelhandels auseinandersetzen. Unter anderem die Notwendigkeit, finanzielle Mittel für die LichtRouten ansaparen zu müssen, führt dazu, dass die Sichtbarkeit der LSM in den Zwischenjahren gering ausfällt.

#### **Geschäftsverlauf**

Das Ergebnis schließt nach Berücksichtigung der Steuern mit einem Gewinn von 4.773,38 € ab. Das Eigenkapital ist damit wieder auf 99.759,11 € angewachsen. Im Geschäftsjahr wurden die Anzahlungen der Gesellschafter für die LichtRouten 2013 in Höhe von 215.483,18 € aufgelöst und zur Finanzierung der LichtRouten eingesetzt.

#### **Parkraumbewirtschaftung**

Die Erlöse der Parkscheinautomaten haben sich positiv entwickelt. Die Parkpalette Corneliusstraße wurde ein komplettes Jahr bewirtschaftet, so dass hier ein nennenswert höherer Erlös erzielt wurde. Positiv gestaltet sich auch die Entwicklung in der Bahnhofsallee nach Wegfall von brachliegenden Flächen die zum kostenfreien Parken genutzt wurden. Der Neubau des LN-Verlagsgebäudes belastet aber weiterhin die Anfahrt zur Parkpalette Turmstraße und die damit verbundenen Erlöse. Die Kosten der Parkraumbewirtschaftung sind vergleichsweise niedrig, da keine größeren Instandhaltungs- oder Reparaturmaßnahmen notwendig waren.

#### **Stadtmarketing**

Inhaltlich stand das Jahr 2013 ganz im Zeichen der LichtRouten. Die Qualität der Veranstaltung konnte noch einmal gesteigert werden, die Besucherzahlen waren außerordentlich gut und das Feedback zeugt von einem absoluten Erfolg. Die nächsten LichtRouten sind für 2016 und 2018 zum Stadtjubiläum terminiert worden. Für 2013 konnten 3 verkaufsoffene Sonntage durchgeführt werden. Eine gemeinsame Durchführung eines verkaufsoffenen Sonntags mit der KFZ-Innung bekam jedoch keinen Zuschlag. Die Durchführung der Sonntage war zufrieden stellend, wobei sich die Akquise von Schaustellern als immer schwieriger darstellt. Zudem erschwerte ein neues Bewerbungsverfahren um die verkaufsoffenen Sonntage die Planungen. Das Bewerbungsverfahren wurde seitens der Stadtverwaltung im Oktober 2013 mitgeteilt. Dieses Mal wurde die in Kooperation mit der KFZ-Innung erfolgte Bewerbung für die Autoschau positiv entschieden, zudem gibt es zwei weitere verkaufsoffene Sonntage. Darüber hinaus wurde eine neue Mitarbeiterin eingestellt, die sich mit den Inhalten des Stadtmarketings beschäftigen soll. Dies geschieht sowohl auf Basis der aktuellen finanziellen und personellen Ausstattung, als auch perspektivisch in Bezug auf die angepasste Ausrichtung des Gesamtprozesses der Stadt Lüdenscheid.

#### **Investitionsmaßnahmen**

Wie in den vergangenen Jahren auch wurden keine wesentlichen Investitionen durchgeführt.

#### **Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres**

In 2013 konnte Einigkeit mit der Stadtverwaltung darüber getroffen werden, wie in Zukunft die Parkraumbewirtschaftung optimiert dargestellt werden kann, um speziell die Anforderungen des städtischen Haushaltes zu berücksichtigen.

Eine modifizierte Parkgebührenordnung wurde verabschiedet, in diesem Zuge wurde der Erwerb der vorhandenen Parkscheinautomaten, sowie Ersatz veralteter Parkscheinautomaten seitens der Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH angeregt. Die letzte Änderung der Parkgebührenordnung wurde seitens der Stadtverwaltung verschoben, eine Umsetzung soll im Zuge des Erwerbs der Parkscheinautomaten erfolgen. Einigkeit über die Modalitäten des Erwerbs konnte in 2013 nicht

erzielt werden, es bestand weiterhin stadtverwaltungsinterner Abstimmungsbedarf.

### Darstellung der Lage

#### Kostendeckungsgrad aus Umsätzen und sonstigen Erträgen

Jahr	%	%	
2007	69,40	110,37	(inkl. Gesellschaftersponsoring)
2008	69,70	98,30	"
2009	71,10	101,60	"
2010	53,50	103,50	"
2011	74,50	99,10	"
2012	74,50	100,70	"
2013	51,90	100,40	"

#### Strukturen der Aufwendungen

Anteil am Gesamtaufwand		2013	2013	2012
			in %	in %
a.)	Personal inkl. Fremdleistungen u. Aufwandsentschädigung GF	138.595,00	13,6	20,9
b.)	Kosten Parkraumbewirtschaftung inkl. übrige Aufwendungen	293.889,00	28,9	51,4
c.)	Kosten Wirtschaftsförderung	535.338,00	52,7	22,2
d.)	Allgemeine Verwaltungskosten	48.017,00	4,7	5,5

#### Jahresergebnis

	Plan 2013	Rechnung 2013
Gesamterträge	989.600,00 1.)	1.020.614,00
Gesamtaufwand	989.040,00	1.015.841,00
1.) inkl. Anzahlung Lichttrouten 2013		

#### Nachtragsbericht

Es wurde mit der Stadtverwaltung vereinbart, dass der Erwerb der Parkscheinautomaten über die Pachteinnahmen realisiert werden soll. Diese Möglichkeit bietet der vorhandene Pachtvertrag, dessen Laufzeit damit aber auch nicht verlängert wird. Nach wie vor ist eine jährliche Kündigung möglich. Der Kauf würde über den WKL e.V. erfolgen. Momentan prüft die Stadtverwaltung das vorgeschlagene Konzept. Sobald eine positive Stellungnahme vorliegt, kann die Umsetzung beginnen. Seitens der Stadtverwaltung wird die Einrichtung eines Arbeitskreises zum Thema Stadtmarketing forciert, der seine Arbeit Mitte 2014 starten soll. In diesem Arbeitskreis wird auch die Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH vertreten sein.

#### Prognose,- Risiko- und Chancenbericht

Trotz diverser Anpassungen der Einnahme- und Ausgabestruktur der Parkraumbewirtschaftung wird das seitens der Stadtverwaltung geforderte Ergebnis nicht erreichbar sein. Es wurde jedoch Einigkeit darüber erzielt, dass die aktuellen Anpassungen für die kommenden Jahre ausreichend sind und weitere Anpassungen basierend auf den Ergebnissen der Folgejahre noch zu ergreifen sein werden. Zum derzeitigen Zeitpunkt bleibt für die Planungen der LichtRouten 2016 festzuhalten, dass der Beitrag der Stadtverwaltung zu den LichtRouten weiterhin rückläufig ist

und somit der Etat des Jahres 2013 nicht erreicht werden kann. Gerade unter Betrachtung des Erfolges der letzten LichtRouten ist eine Verringerung des Etats kritisch zu bewerten, da die Erwartungshaltung sehr hoch sein wird und der qualitative Anspruch daher weiterhin gewährleistet werden muss.

Die Planung für 2014 sieht bei Erlösen in Höhe von 726.290,00 € und Kosten in Höhe von 641.340,00 € einen Überschuss von 84.950,00 € vor. Dieser Überschuss wird aber als Anzahlung für die LichtRouten 2016 bewertet.

## 2.2.2 Entwicklung des Unternehmens im Dreijahresvergleich

### 2.2.2.1 Bilanz

Aktivseite LSM GmbH		2013	2012	2011
<b>A.</b>	<b>Anlagevermögen</b>			
I.	Sachanlagen			
1.	andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.736,00	1.677,00	1.616,00
<b>B.</b>	<b>Umlaufvermögen</b>			
I.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	10.707,41	5.520,70	1.921,20
2.	Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	139.324,51	355.221,40	285.795,59
3.	sonstige Vermögensgegenstände	50.453,03	11.114,13	2.272,03
II.	Kassenbestand	1.966,73	1.626,09	1.489,62
<b>C.</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	609,96	0,00	4.574,00
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>205.797,64</b>	<b>375.159,32</b>	<b>297.668,44</b>

Passivseite LSM GmbH		2013	2012	2011
<b>A.</b>	<b>Eigenkapital</b>			
I.	Gezeichnetes Kapital	100.000,00	100.000,00	100.000,00
II.	Verlustvortrag	-5.014,27	-9.781,24	-3.908,09
III.	Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	4.773,38	4.766,97	-5.873,15
<b>B.</b>	<b>Rückstellungen</b>			
1.	Steuerrückstellungen	1.154,00	126,00	0,00
2.	Sonstige Rückstellungen	20.800,00	18.300,00	20.200,00
<b>C.</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>			
1.	Erhaltene Anzahlungen	0,00	215.483,18	119.474,78
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	55.736,02	24.253,98	33.171,81
2.	Sonstige Verbindlichkeiten	28.348,51	19.209,31	29.000,85
<b>D.</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	0,00	2.801,12	5.602,24
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>205.797,64</b>	<b>375.159,32</b>	<b>297.668,44</b>

### 2.2.2.2 Bilanz Veränderungen

<b>Aktivseite LSM GmbH</b>		<b>2013/2012</b>	<b>2013/2012 in %</b>
<b>A.</b>	<b>Anlagevermögen</b>		
I.	Sachanlagen		
1.	andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.059,00	63,15
<b>B.</b>	<b>Umlaufvermögen</b>		
I.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5.186,71	93,95
2.	Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-215.896,89	-60,78
3.	sonstige Vermögensgegenstände	39.338,90	353,95
II.	Kassenbestand	340,64	20,95
<b>C.</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	609,96	100,00
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>-169.361,68</b>	<b>-45,14</b>

<b>Passivseite LSM GmbH</b>		<b>2013/2012</b>	<b>2013/2012 in %</b>
<b>A.</b>	<b>Eigenkapital</b>		
I.	Gezeichnetes Kapital	0,00	0,00
II.	Verlustvortrag	4.766,97	48,74
III.	Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	6,41	0,13
<b>B.</b>	<b>Rückstellungen</b>		
1.	Steuerrückstellungen	1.028,00	815,87
2.	Sonstige Rückstellungen	2.500,00	13,66
<b>C.</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>		
1.	Erhaltene Anzahlungen	-215.483,18	-100,00
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	31.482,04	129,80
2.	Sonstige Verbindlichkeiten	9.139,20	47,58
<b>D.</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	-2.801,12	-100,00
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>-169.361,68</b>	<b>-45,14</b>

### 2.2.2.3 Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung LSM GmbH		2013	2012	2011
1.	Umsatzerlöse	991.843,15	690.258,10	653.139,05
2.	Sonstige betriebliche Erträge	28.240,22	29.488,79	25.834,12
3.	Materialaufwand			
a)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	10.400,57	21.407,00	21.407,00
4.	Personalaufwand			
a)	Löhne, Gehälter	95.427,55	96.442,26	95.720,34
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	22.765,99	22.701,63	24.585,02
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.379,00	1.155,80	1.107,02
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	880.892,42	573.144,23	543.444,14
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	531,59	1.026,92	279,24
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	1,77
9.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9.749,43	5.922,89	-7.012,88
10.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.503,48	1.155,92	0,00
11.	Sonstige Steuern	2.472,57	0,00	-1.139,73
<b>12.</b>	<b>Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b>	<b>4.773,38</b>	<b>4.766,97</b>	<b>-5.873,15</b>

### 2.2.2.4 Gewinn- und Verlustrechnung Veränderungen

Gewinn- und Verlustrechnung LSM GmbH		2013/2012	2013/2012 in %
1.	Umsatzerlöse	301.585,05	43,69
2.	Sonstige betriebliche Erträge	-1.248,57	-4,23
3.	Materialaufwand		
a)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	-11.006,43	-51,42
4.	Personalaufwand		
a)	Löhne, Gehälter	-1.014,71	-1,05
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	64,36	0,28
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	223,20	19,31
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	307.748,19	53,69
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-495,33	-48,23
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00
9.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.826,54	64,61
10.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.347,56	116,58
11.	Sonstige Steuern	2.472,57	100,00
<b>12.</b>	<b>Jahresergebnis</b>	<b>6,41</b>	<b>0,13</b>

### 2.2.3 Anzahl der Beschäftigten

Die durchschnittliche Mitarbeiterzahl im Berichtsjahr 2013 beträgt ohne Geschäftsführer 1,5 (Vorjahr 1,5).

### 2.2.4 Finanzbeziehungen zur Stadt Lüdenscheid

Die wesentlichen Finanzbeziehungen zwischen der LSM GmbH und der Stadt stellen sich wie folgt dar:

<b>Produkt</b>	<b>Sachkonto</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
010 020 020	5315000	Zuschuss	65.000,00	70.000,00	75.000,00

## 3 Kunststoff-Institut für die mittelständische Wirtschaft NRW GmbH

### 3.1 Allgemeine Unternehmensdaten

#### 3.1.1 Statistische Angaben

Unternehmensbezeichnung:	Kunststoff-Institut für die mittelständische Wirtschaft NRW GmbH Karolinenstraße 8 58507 Lüdenscheid
Gründungsjahr:	1988
Grundkapital:	450.000 Euro
Beteiligung der Stadt:	108.000 Euro = 24,00%

		Betrag	Anteil
Weiterer Gesellschafter:	Trägergesellschaft Kunststoffinstitut Lüdenscheid e.V.	342.000 Euro	76,00%

#### 3.1.2 Gegenstand und Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist insbesondere in den Bereichen Kunststofftechnik und Formenbau die Forschung, die Förderung von neuen Technologien und von Innovation, der Technologietransfer und die Personalqualifikation. Hierzu gehören vor allem die Errichtung und der Betrieb eines Kunststoff-Institutes sowie das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen sowie Produktion von Prototypen, Musterteilen und Kleinserien.

Die Gesellschaft kann durch Kooperationsvertrag als Institut an der Fachhochschule Südwestfalen gem. § 29 Abs. 5 Hochschulgesetz NRW geführt werden.

Die Förderung von Forschung, neuen Technologien, Innovationen und Technologietransfer gehören zu den öffentlichen Aufgaben im Bereich der Wirtschaftsförderung. Für ihre Projekte hat die Gesellschaft öffentliche Zuschüsse vom Land NRW, aus Mitteln des Bundes und von der Europäischen Union erhalten.

### 3.1.3 Beteiligungen der Gesellschaft

Die Gesellschaft hält aktuell folgende Beteiligungen:

Gesellschaft	Beteiligung Anteil
Werkzeugbauinstitut Südwestfalen GmbH	12,50%
Kunststoff-Institut Südwest Verwaltungs GmbH	51,00%
Kunststoff-Institut Südwest GmbH und Co. KG	20,83%

### 3.1.4 Wichtige Verträge

- Gesellschaftsvertrag vom 26.07.1988 in der aktualisierten Form von 16.12.2008
- Kooperationsvereinbarung vom 28.11.1988 mit der Märkischen Fachhochschule
- Erbbaurechtsvertrag vom 08.04.2009 mit der Stadt Lüdenscheid an dem Grundstück Karolinenstr. 8

### 3.1.5 Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen

Dargestellt wird die aktuelle Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen.

#### a) Geschäftsführung

In der Geschäftsführung ist die Stadt Lüdenscheid nicht vertreten.

#### b) Aufsichtsrat

BM Dieter Dzewas  
RH Oliver Fröhling  
RH Jens Voß

#### c) Gesellschafterversammlung

In geraden Jahren

Stimmberechtigte Vertreterin: RF Evangelia Kasdanastassi  
Stellvertreter: RH Björn Weiß

In ungeraden Jahren

Stimmberechtigter Vertreter: RH Björn Weiß  
Stellvertreterin: RF Evangelia Kasdanastassi

## 3.2 Wirtschaftliche Situation

Die Darstellung der wirtschaftlichen Situation bezieht sich auf das Geschäftsjahr 2013.

### 3.2.1 Allgemeine Entwicklung des Unternehmens

#### Geschäftsmodell des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist insbesondere in den Bereichen Kunststofftechnik und Formen-/Werkzeugbau die Forschung, die Förderung von neuen Technologien und von Innovation, der Technologietransfer und die Personalqualifikation. Hierzu gehören vor allem der Betrieb des Kunststoff-Institutes sowie das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen sowie Produktion von Prototypen, Musterteilen und Kleinserien. Darüber hinaus werden öffentlich geförderte Projekte vom Institut oder deren Projektunternehmen ausgehoben und umgesetzt.

#### Forschung und Entwicklung

Gegenstand der Entwicklungstätigkeit ist der weitere Ausbau der Verbundprojekte und zahlreicher F und E Projekte die sich aus EU-, Bundes- und Landesfördermitteln zusammensetzen. Zudem hat bereits im Oktober 2013 die Forschungsstelle der Gesellschaft die KIMW-F als 100% Tochter der Trägergesellschaft seine Arbeit aufgenommen und soll zukünftig weitere F und E Bereiche detektieren und entsprechende Projekte formulieren und Grundlagen- bzw. Vorlaufforschung durchführen. Das Betätigungsfeld soll das ganze Leistungsspektrum des Instituts erfassen und somit ein sehr breites Anwendungsgebiet abdecken.

#### Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Mit Zuversicht und Selbstbewusstsein blickt der Gesamtverband Kunststoff verarbeitende Industrie e. V. auf das Jahr 2014, nachdem die Branche das Vorjahr erneut mit einem Rekordumsatz im Jahr 2013 abgeschlossen hat. Die Dynamik hatte im letzten Jahr nach zögerlichem Beginn im Verlauf des zweiten Halbjahrs stetig zugenommen. Am Ende stand ein Wachstum von 3%, womit die Kunststoffverarbeitung einer der wichtigen Treiber der Wirtschaftsentwicklung bleibt. Immer stärkere Sorgen bereiten den Unternehmen jedoch die Belastungen aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz. Für das laufende Jahr rechnet der Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie auch aufgrund der allgemein guten Konjunkturlage mit einem nochmals leicht stärkeren Umsatzwachstum. Ein Umsatzplus zwischen 4-5% ist möglich. Als Dienstleister für die Kunststoffindustrie ist die Gesellschaft von dieser Entwicklung direkt betroffen und hat an dieser tendenziellen Entwicklung bei Mitgliedsfirmen und Kunden der Gesellschaft teilgenommen.

#### Geschäftsverlauf

Die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2013 sind gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen, was sich in allen Dienstleistungsbereichen gezeigt hat. Besonders hervorzuheben ist die Tatsache, dass die Umsatzzuwächse im Bereich der Dienstleistung, der Projektierung und auch der Aus- und Weiterbildung zu verzeichnen sind, so dass dadurch eine breite Abdeckung aber auch Absicherung gewährleistet ist.

#### Lage

Die Lage des Unternehmens ist nach wie vor geprägt vom breit gefächerten operativen Geschäft. Die wirtschaftliche Gesamtsituation der Kunststoffindustrie kann als sehr stabil beschrieben werden und durch die Abdeckung der Arbeitsgebiete in mehreren Branchen, ist dadurch auch die

wirtschaftliche Situation als sehr stabil zu bezeichnen. Der wichtigste Pfeiler der Innovationskraft der Gesellschaft ist deren Team hochqualifizierter Mitarbeiter. Hierbei spielt die Auswahl der Mitarbeiter eine Rolle, die über ein sehr hohes Engagement und Erfahrungswissen verfügen. Es gelingt der Gesellschaft zusehends, dass sie direkt aus der Industrie Fachkräfte gewinnt, die trotz der geringeren Entlohnung, einen Anreiz verspüren, in dem hochmodernen und breit aufgestellten Institut zu arbeiten.

#### **Ertragslage**

Die Personalkosten sind um ca. 64 T€ im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Dies ist auf Personalaufbau und -wechsel zurückzuführen. Die Abschreibungen steigen investitionsbedingt um 37 T€ auf 515 T€. Die variablen sonstigen betrieblichen Aufwendungen bleiben auf vergleichsweise niedrigem Niveau stabil.

#### **Finanzlage**

Die Finanzlage der Gesellschaft ist als sehr stabil zu bezeichnen. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen.

#### **Vermögenslage**

Die Vermögenslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr verbessert. Die Struktur des kurz- und langfristig gebundenen Vermögens und der Verbindlichkeiten hält die Gesellschaft aufgrund ihrer Erfahrungen im Finanzierungsbereich stabil.

#### **Finanzielle Leistungsindikatoren**

Für einen Dienstleistungsbetrieb sind immer die Steigerungen der Personalkosten zuzüglich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Verhältnis zur Umsatzsteigerung zu sehen. Im Jahr 2013 sind die Umsätze um ca. 398 T€ gestiegen wohingegen die Summe aus den o.g. Kosten nur um ca. 60 T€ stieg.

#### **Nachtragsbericht**

Es sind auch im Nachgang nach Ende des Geschäftsjahres keine Vorgänge besonderer Bedeutung aufgetreten.

#### **Prognosebericht**

Die Gesellschaft beurteilt die voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens positiv. Der starke technologische Antrieb in der Kunststoffindustrie und die in diesem Zusammenhang von der Gesellschaft angebotenen Dienstleistungen bieten ein sehr großes Wachstumspotential. Aus diesem Grund geht die Gesellschaft in diesem Jahr von einer Umsatzsteigerung im zweistelligen Bereich aus. Die Einstellung der erfahrenen Mitarbeiter ist in diesem Zusammenhang ein entscheidender Faktor für das weitere Wachstum.

Die Gesellschaft erwartet auch im folgenden Geschäftsjahr 2014 eine weitere Steigerung des Umsatzvolumens und rechnet mit einem zufriedenstellenden Ergebnis. Ein zufriedenstellendes Ergebnis heißt, dass die Gesellschaft davon ausgeht, dass sie ein positives Ergebnis haben wird. Die Gesellschaft ist nach wie vor nicht auf Gewinnorientierung ausgerichtet, sondern soll sich selbst tragen. Sie wird auch zukünftig in der Lage sein, ihren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen. Die Investitionstätigkeiten sind in den großen Blöcken abgeschlossen. Investitionen erfolgen gezielt nach dem Bedarf der Kunden zum weiteren Ausbau des Instituts. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betragen 3,9% der Bilanzsumme. Sämtliche Verbindlichkeiten können stets innerhalb der Zahlungsziele beglichen werden. Der Personalaufwand hat sich im Vergleich zum Vorjahr zwar erhöht, wird sich aber durch deutli-

che Steigerung des Umsatzes kompensieren lassen. Die Beschäftigungslage ist als sehr gut zu bezeichnen. Die wirtschaftliche Lage kann insgesamt als gut bezeichnet werden.

#### **Risikobericht**

Potenzielle Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft beeinflussen könnten, kompensiert die Gesellschaft durch überschaubare und schlanke aber effiziente betriebliche Strukturen, sodass sie auf sich abzeichnende Risiken zeitnahe angemessen reagieren kann. Dem Wettbewerb am Markt, vor allem durch die zunehmende Konkurrenz der Anbieter, wird weiterhin durch Erfahrung, Innovationen, Zuverlässigkeit und durch ein hohes Maß an Qualität begegnet. Es wird zukünftig aber unerlässlich sein, dass die Gehaltsstruktur der Mitarbeiter sich an die der Industrie annähert, da sonst aufgrund der demographischen Entwicklung, aber auch wegen des Fachkräftemangels eine höhere Mitarbeiterfluktuation zu befürchten ist.

#### **Chancenbericht**

Um die positive Entwicklung des Unternehmens zu unterstützen, wird weiterhin die Kundenakquise forciert. Besondere Schwerpunkte werden auf die Bereiche Aus- und Weiterbildung, gezielte Dienstleistungen sowie die Verbundprojekte gelegt, um eine langfristige Einnahmensituation absichern zu können. Die neuen geplanten Verbundprojekte, gepaart mit den öffentlich geförderten Projekten, bilden einen weiteren wichtigen Baustein der Einnahmenabsicherung. Die Netzwerkarbeit wird einen besonderen Schwerpunkt einnehmen. Durch den Kontaktaufbau zu anderen Netzwerken im In- und Ausland und der Teilnahme an Fachmessen wird kontinuierlich der Bekanntheitsgrad gesteigert und Kunden gewonnen.

#### **Gesamtaussage**

Der bisherige Aufbau des Instituts mit den genannten Schwerpunkten und der steigende Bekanntheitsgrad im In- und Ausland in der Kunststoffbranche ermöglicht der Gesellschaft ein weiteres Wachstum. Der getätigte Personalaufbau und die gezielt ausgerichteten Investitionen stärken zudem die Ausrichtung des Instituts.

#### **Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten**

Die Liquiditätslage ist sehr zufriedenstellend; trotz der Investvorhaben in 2014 sind noch keine Engpässe zu erwarten. Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Die Gesellschaft verfügt über einen solventen Kundenstamm. Forderungsausfälle sind die absolute Ausnahme. Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt. Im kurzfristigen Bereich finanziert sich die Gesellschaft überwiegend mittels Lieferantenkrediten und über Kreditlinien verschiedener Banken. Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Management der Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik. Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen. Zur Minimierung von Ausfallrisiken verfügt das Unternehmen über ein adäquates Debitorenmanagement. Zudem besteht eine Warenkreditversicherung. Darüber hinaus erfolgt vor Eingehung einer wesentlichen neuen Geschäftsbeziehung stets eine Informatin über die Bonität der Kunden.

#### **Bericht über die Tochtergesellschaft Kunststoff-Institut Südwest**

Das Kunststoff-Institut Südwest in Villingen-Schwenningen hat mittlerweile die angestrebten Umsätze erreicht und findet nach und nach seinen Platz in der Institutswelt. Der 5-jährige Businessplan (2011-2015) wurde bereits ein Jahr früher übertroffen als vorhergesagt, so dass die

Gesellschaft sicher ist, dass der weitere Institutsaufbau gelingen wird. Durch die Markterweiterung direkt vom Südwesten aus, sind Umsatzsteigerungen im Bereich Prüf- und Oberflächentechnik auch in Lüdenscheid möglich gewesen, so dass wirklich von einer Win-Win Situation gesprochen werden kann.

**Bericht über die Beteiligungsgesellschaft Werkzeugbauinstitut wiswf**

Das Werkzeugbauinstitut hat mittlerweile seine Arbeit aufgenommen und konzentriert sich auf die Werkzeugbe- und endbearbeitung. Somit stellt es eine sinnvolle Ergänzung zur Arbeit des Kunststoff-Instituts dar. Ob das Werkzeugbauinstitut die Marktakzeptanz erreichen wird, wird sich sicherlich im Jahr 2014 und 2015 herausstellen, denn in Nordrhein Westfalen befindet sich in Aachen mit dem WZL ein etablierter Wettbewerber.

### 3.2.2 Entwicklung des Unternehmens im Dreijahresvergleich

#### 3.2.2.1 Bilanz

Aktivseite KIMW GmbH		2013	2012	2011
<b>A.</b>	<b>Anlagevermögen</b>			
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände			
1.	entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	92.861,00	131.744,00	60.211,00
II.	Sachanlagen			
1.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	685.425,00	712.856,00	735.930,00
2.	technische Anlagen und Maschinen	673.075,00	801.802,00	804.993,00
3.	andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	1.475.299,94	1.382.915,94	1.162.978,94
4.	geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	13.770,00
III.	Finanzanlagen			
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen	12.750,00	12.750,00	12.750,00
2.	Beteiligungen	256.250,00	256.250,00	256.250,00
3.	Genossenschaftsanteile	600,00	0,00	0,00
<b>B.</b>	<b>Umlaufvermögen</b>			
I.	Vorräte			
1.	unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	75.135,00	0,00	3.564,63
2.	fertige Erzeugnisse und Waren	18.010,48	4.773,18	6.507,10
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	555.162,13	445.682,50	459.559,60
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00	0,00	2.380,00
3.	sonstige Vermögensgegenstände	265.756,84	188.880,05	450.508,41
III.	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.186.070,84	765.700,37	535.759,44
<b>C.</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	62.092,28	76.074,80	64.975,75
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>5.358.488,51</b>	<b>4.779.428,84</b>	<b>4.570.137,87</b>

<b>Passivseite KIMW GmbH</b>		<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
<b>A.</b>	<b>Eigenkapital</b>			
I.	Gezeichnetes Kapital	450.000,00	450.000,00	450.000,00
II.	Gewinnvortrag	1.097.321,35	850.465,76	577.082,72
III.	Jahresüberschuss	240.448,27	246.855,59	273.383,04
<b>B.</b>	<b>Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen</b>	790.285,00	838.733,00	920.962,00
<b>C.</b>	<b>Rückstellungen</b>			
1.	sonstige Rückstellungen	771.277,94	487.484,11	467.053,92
<b>D.</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>			
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	801.672,56	711.505,05	382.440,15
2.	erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	566.438,19	652.489,53	611.760,30
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	208.044,68	148.637,74	204.603,10
4.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	0,00	0,00	300.000,00
5.	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	102.638,74	151.638,74	200.024,52
6.	sonstige Verbindlichkeiten	300.361,78	214.919,32	112.828,12
<b>E.</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	30.000,00	26.700,00	70.000,00
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>5.358.488,51</b>	<b>4.779.428,84</b>	<b>4.570.137,87</b>

### 3.2.2.2 Bilanz Veränderungen

<b>Aktivseite KIMW GmbH</b>		<b>Abweichung</b>	<b>Abweichung</b>
<b>A.</b>	<b>Anlagevermögen</b>	<b>2013/2012</b>	<b>2013/2012 in %</b>
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände		
1.	entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	-38.883,00	-29,51
II.	Sachanlagen		
1.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	-27.431,00	-3,85
2.	technische Anlagen und Maschinen	-128.727,00	-16,05
3.	andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	92.384,00	6,68
4.	geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00
III.	Finanzanlagen		
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
2.	Beteiligungen	0,00	0,00
3.	Genossenschaftsanteile	600,00	100,00
<b>B.</b>	<b>Umlaufvermögen</b>		
I.	Vorräte		
1.	unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	75.135,00	100,00
2.	fertige Erzeugnisse und Waren	13.237,30	277,33
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	109.479,63	24,56
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00	0,00
3.	sonstige Vermögensgegenstände	76.876,79	40,70
III.	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	420.370,47	54,90
<b>C.</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	-13.982,52	-18,38
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>579.059,67</b>	<b>12,12</b>

<b>Passivseite KIMW GmbH</b>		<b>Abweichung</b>	<b>Abweichung</b>
<b>A. Eigenkapital</b>		<b>2013/2012</b>	<b>2013/2012 in %</b>
I.	Gezeichnetes Kapital	0,00	0,00
II.	Gewinnvortrag	246.855,59	29,03
III.	Jahresüberschuss	-6.407,32	-2,60
<b>B.</b>	<b>Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen</b>	<b>-48.448,00</b>	<b>-5,78</b>
<b>C.</b>	<b>Rückstellungen</b>		
1.	sonstige Rückstellungen	283.793,83	58,22
<b>D.</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>		
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	90.167,51	12,67
2.	erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	-86.051,34	-13,19
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	59.406,94	39,97
4.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	0,00	0,00
5.	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-49.000,00	-32,31
6.	sonstige Verbindlichkeiten	85.442,46	39,76
<b>E.</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>3.300,00</b>	<b>12,36</b>
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>579.059,67</b>	<b>12,12</b>

### 3.2.2.3 Gewinn- und Verlustrechnung

<b>Gewinn- und Verlustrechnung KIMW GmbH</b>		<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
1.	Umsatzerlöse	6.147.467,34	5.721.702,32	5.316.546,37
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	88.372,30	5.298,55	-2.099,49
3.	sonstige betriebliche Erträge	1.010.374,83	1.121.238,34	750.095,20
4.	Personalaufwand			
a)	Löhne und Gehälter	3.221.107,70	3.173.912,07	2.686.144,78
b)	soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	679.355,43	662.206,57	571.888,78
5.	Abschreibungen	515.436,15	478.931,42	471.204,65
6.	sonstige betriebliche Aufwendungen	2.544.344,79	2.251.283,68	2.042.212,48
7.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.277,84	4.844,08	5.102,44
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	26.816,33	28.371,58	23.884,97
<b>9.</b>	<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>262.431,91</b>	<b>247.780,87</b>	<b>274.308,86</b>
10.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	812,99	0,24	0,05
11.	sonstige Steuern	21.170,65	925,52	925,87
<b>12.</b>	<b>Jahresüberschuss</b>	<b>240.448,27</b>	<b>246.855,59</b>	<b>273.383,04</b>

### 3.2.2.4 Gewinn- und Verlustrechnung Veränderungen

<b>Gewinn- und Verlustrechnung KIMW GmbH</b>		<b>Abweichung 2013/2012</b>	<b>Abweichung 2013/2012 in %</b>
1.	Umsatzerlöse	425.765,02	7,44
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	83.073,75	1567,86
3.	sonstige betriebliche Erträge	-110.863,51	-9,89
4.	Personalaufwand		
a)	Löhne und Gehälter	47.195,63	1,49
b)	soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	17.148,86	2,59
5.	Abschreibungen	36.504,73	7,62
6.	sonstige betriebliche Aufwendungen	293.061,11	13,02
7.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-1.566,24	-32,33
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.555,25	-5,48
<b>9.</b>	<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>14.651,04</b>	<b>5,91</b>
10.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	812,75	338.645,83
11.	sonstige Steuern	20.245,13	2187,43
<b>12.</b>	<b>Jahresüberschuss</b>	<b>-6.407,32</b>	<b>-2,6</b>

### 3.2.3 Anzahl der Beschäftigten

Die durchschnittliche Mitarbeiterzahl im Berichtsjahr 2013 beträgt 86 (Vorjahr 79).

### 3.2.4 Finanzbeziehungen zur Stadt Lüdenscheid

Die Finanzbeziehungen stellen sich wie folgt dar:

<b>Produkt</b>	<b>Sachkonto</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
160 010 010	4563500	Bürgschaftsprovision	285,06	353,16	434,93

Weitere Informationen zu der Gesellschaft können auf der Internetseite unter dem folgenden Link abgerufen werden:

<http://www.kunststoff-institut-luedenscheid.de/>

## 4 ENERVIE Südwestfalen Energie und Wasser AG

### 4.1 Allgemeine Unternehmensdaten

#### 4.1.1 Statistische Angaben

Unternehmensbezeichnung:	ENERVIE Südwestfalen Energie und Wasser AG 58095 Hagen
Gründungsjahr:	2006
Grundkapital:	114.900.000 Euro
Stadt Lüdenscheid:	27.718.192 Euro = 24,12%

		Betrag	Anteil
Weitere Gesellschafter:	Stadt Hagen	49.009.736 €	42,66%
	RWE Westfalen-Weser-Ems AG	21.898.222 €	19,06%
	Stadt Altena	5.060.595 €	4,41%
	Stadt Plettenberg	3.181.306 €	2,77%
	Stadt Halver	1.944.478 €	1,69%
	Stadt Schwerte	1.521.926 €	1,32%
	Bäderbetrieb Kierspe GmbH	966.804 €	0,84%
	Gemeinde Schalksmühle	911.219 €	0,79%
	Stadt Kierspe	894.879 €	0,78%
	Gemeinde Herscheid	858.431 €	0,75%
	Stadt Meinerzhagen	735.107 €	0,64%
	Stadt Herdecke	199.105 €	0,17%

#### 4.1.2 Gegenstand und Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die geschäftsleitende Tätigkeit einer Holding für die Versorgung mit elektrischer Energie, Gas, Wasser und Wärme gegenüber der Mark-E Aktiengesellschaft und der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH sowie gegebenenfalls anderen regionalen Ver-

sorgungsunternehmen. Die Gesellschaft hält, steuert, koordiniert und überwacht ihre Beteiligungen an Versorgungs- und Entsorgungsunternehmen und weiterer Beteiligungen, die geeignet sind den Gesellschaftszweck der Versorgungs- oder Entsorgungsunternehmen zu fördern. Sie schafft gesellschaftsrechtliche Beteiligungsmöglichkeiten auf allen Tätigkeitsfeldern des Konzerns für Dritte. Dies kann durch unmittelbare Beteiligung und Dritte erfolgen. Sie übernimmt für alle Konzerngesellschaften zentrale und auch unternehmensübergreifende Funktionen und kann weitere Dienstleistungen für ihre Konzerngesellschaften erbringen. Die Gesellschaft kann Liegenschaften und Schutzrechte erwerben, verwerten und veräußern, andere Gesellschaften und Zweigniederlassungen errichten bzw. sich an anderen Gesellschaften beteiligen. Die Gesellschaft ist befugt zum Abschluss von Unternehmensverträgen jeder Art (z.B. Ergebnisabführungsverträge), kann die Mitgliedschaft in Verbänden, Interessengemeinschaften und dergleichen erwerben und überhaupt jegliche Geschäfte vornehmen - wie z.B. die Verwaltung des eigenen Vermögens. Die Gesellschaft will durch einen anzustrebenden Unternehmensverbund der regionalen Versorgungsunternehmen eine optimale Versorgung des regionalen Marktes mit den verschiedenen Energieformen (wie z. B. Strom, Gas, Wärme etc.) und Wasser gewährleisten und sicherstellen. Die Gesellschaft kann auch Kooperationen zu anderen kommunalen Versorgungsunternehmen in der Region begründen, um langfristig eine Bündelung der regionalen Versorgungs- und Entsorgungsfunktionen zu erreichen. Die ENERVIE erfüllt mit ihrem Unternehmensgegenstand einen öffentlichen Zweck.

#### 4.1.3 Beteiligungen der Gesellschaft

Die ENERVIE hielt im Berichtsjahr 2013 folgende Beteiligungen:

Gesellschaft	Beteiligung Anteil
Stadtwerke Lüdenscheid GmbH	100,00%
ENERVIE AssetNetWork GmbH	100,00%
Mark-E AG	90,00%
Stadtwerke Kierspe GmbH	37,16%
SEW Beteiligungs GmbH und Co. KG	100,00%
SEW Beteiligungs Verwaltungs GmbH	49,00%
The Mobility House GmbH Deutschland	20,00%

#### 4.1.4 Wichtige Verträge

- Satzung in der aktuellen Fassung
- Aktionärvertrag in der aktuellen Fassung
- Einbringungs- und Übertragungsverträge zwischen der ENERVIE und ihren kommunalen Aktionären

#### 4.1.5 Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen

Dargestellt wird die aktuelle Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen.

a) Vorstand

In dem Vorstand ist die Stadt Lüdenscheid nicht vertreten.

b) Aufsichtsrat

BM Dieter Dzewas  
RF Ursula Maria Meyer  
RH Oliver Petrosch  
SB Harald Kurt Metzger

c) Präsidium

BM Dieter Dzewas

d) Beirat

RH Jens Voß

e) Haupt- und Aktionärversammlungen

In geraden Jahren

Stimmberechtigte Vertreterin:	RF Verena Szermerski-Kasperek
Stellvertreter:	RH Ernst Helmut Norbert Adam

In ungeraden Jahren

Stimmberechtigter Vertreter:	RH Ernst Helmut Norbert Adam
Stellvertreterin:	RF Verena Szermerski-Kasperek

## 4.2 Wirtschaftliche Situation

Die Darstellung der wirtschaftlichen Situation bezieht sich auf das Kalenderjahr 2013.

### 4.2.1 Allgemeine Entwicklung des Unternehmens

Die ENERVIE - Südwestfalen Energie und Wasser AG ist der Unternehmensverbund der Mark-E Aktiengesellschaft, der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH und der ENERVIE AssetNetWork GmbH im südlichen Nordrhein-Westfalen.

Für die Versorgung der rund 383.000 Kunden und Energiehandelspartner lieferte die ENERVIE Gruppe im Geschäftsjahr 2013 rund 9,8 Mrd. Kilowattstunden (kWh) Strom, 5,3 Mrd. kWh Gas, 419 Mio. kWh Wärme und 17,1 Mio. Kubikmeter (m<sup>3</sup>) Trinkwasser. Damit gehört die ENERVIE Gruppe zu den größten unabhängigen Energiedienstleistern mit Eigenerzeugung in Nordrhein-Westfalen und steht auch bundesweit für effiziente Energielösungen. Außerdem deckt sie als eines von nur rund 20 Unternehmen in Deutschland die gesamte Wertschöpfungskette im Energiemarkt ab.

Als Holding nimmt die ENERVIE alle Management- und Steuerungsfunktionen für ihre Gesellschaften wahr. Dies umfasst die kaufmännischen Dienstleistungen, das Controlling, das Personalmanagement, die IT, das Facility Management sowie die Stabsdienste.

#### **Geschäftsverlauf**

ENERVIE reagierte mit einer strategischen Neuausrichtung auf die gravierenden Veränderungen im energiewirtschaftlichen Umfeld. Ein umfassender Review der strategischen Geschäftsfelder zeigte, dass die Entwicklungen in der Energiewirtschaft eine strategische Neuorientierung erforderlich machen. Denn die Veränderungen auf dem Energiemarkt führen zu drastisch sinkenden Erträgen vor allem im konventionellen Kraftwerksbereich, der bisher eine tragende Säule der Energiewirtschaft war. Auf der anderen Seite ergeben sich mehrere neue Wachstumsperspektiven, die langfristig neue Ertragspotenziale mit sich bringen.

Um die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens und das Ergebnis zu sichern, wurde ein umfassendes Restrukturierungsprogramm aufgesetzt. Dieses setzt sich aus zwei ineinandergreifenden Projektphasen zusammen: Sprint und Spark. Sprint forderte bereits 2013 kurzfristig umsetzbare Liquiditäts- und ergebnissichernde Maßnahmen ein. Die nachfolgende Projektphase Spark diente der Überführung der Kostensenkungsmaßnahmen in die Mittelfristplanung 2014 bis 2018 und der Bündelung in Hebelprojekten. Diese bilden die identifizierten Maßnahmen aus den jeweiligen Bereichen ab.

Die Überprüfung der Strategie hat gezeigt, dass eine rein wachstumsorientierte Strategie in den kommenden Jahren ein zu hohes Risiko bedeutet und dass möglicherweise nicht alle Geschäftsfelder die Ziele der Strategie 2020 unter den sich verschlechternden Marktbedingungen erreichen würden. Eine Konzentration auf vier zentrale Wirkungsfelder - Erzeugung, Kosteneffizienz, Kerngeschäft und neue Geschäftsfelder -, die für den Erfolg der ENERVIE maßgeblich sind, stellt daher den Kern des neuen Strategieprogramms Fokus 4 dar. Eine der ersten Maßnahmen ist die beabsichtigte Gründung einer Erzeugungsgesellschaft, die es ermöglicht, externe Kooperationspartner für eine Beteiligung zu finden. Ferner wurde die 51-prozentige Beteiligung an der lekker Energie GmbH rückwirkend zum 1. Januar 2013 an die Stadtwerke Krefeld AG veräußert. Auch wenn die Beteiligung insgesamt als positiv zu bewerten war, konnte die lekker

Energie GmbH nicht die erhofften Ergebnisbeiträge bringen.

Im Wachstumsfeld Energiedienstleistungen wird das Angebot des Konzerns zukünftig aus einem eigenständigen Organisationsbereich bedient werden. Dies trägt der hohen Dynamik des Marktes für energienahe Dienstleistungen Rechnung und sorgt für einen schnellen Strukturaufbau. Der Wandel des Energiemarktes erfordert eine Veränderungsbereitschaft und -fähigkeit von den Unternehmen und ihren Mitarbeitern. Daher wird die Umsetzung der vorgestellten Maßnahmen auch von einem unternehmensübergreifenden Change-Programm begleitet werden. Dies steht im Einklang mit der Unternehmenskultur der ENERVIE.

#### **Gesamtbeurteilung des Geschäftsverlaufs**

Die ENERVIE Gruppe steht aufgrund der anhaltend schwierigen Marktbedingungen, die die Umsetzung der Energiewende mit sich bringt, vor erheblichen Herausforderungen. Mit einem ehrgeizigen Kostensenkungs- und Restrukturierungsprogramm, das im Geschäftsjahr 2013 erste positive Ergebnisse gebracht hat, und einer strategischen Neuausrichtung hat ENERVIE aber bereits auf die massiven Probleme insbesondere im Bereich der Erzeugung reagiert. Trotzdem wurde mit den Anteilseignern besprochen zur Zukunftssicherung der ENERVIE gegebenenfalls auf die Ausschüttung von Dividenden temporär zu verzichten.

#### **Vermögens-, Finanz- und Ertragslage**

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr von 439,6 Mio. € um 3,6 Mio. € auf 443,2 Mio. € erhöht. Die Erhöhung des Sachanlagevermögens von 9,0 Mio. € auf 28,0 Mio. € ist auf die getätigten Investitionen für den Neubau des Zentralstandortes Haßleyer Insel zurückzuführen. Das Umlaufvermögen ist dagegen von 73,0 Mio. € auf 58,7 Mio. € gesunken, da sich die Forderungen aus Gewinnabführungen der Tochterunternehmen im Vergleich zum Vorjahr vermindert haben. Das Eigenkapital über 301,3 Mio. € (im Vorjahr 312,2 Mio. €) sank aufgrund des niedrigeren Bilanzgewinns. Die Verbindlichkeiten in Höhe von 133,6 Mio. € (im Vorjahr 119,2 Mio. €) stiegen durch die Kreditaufnahmen für gestiegene Investitionen.

Der Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit beläuft sich auf 27,5 Mio. € (im Vorjahr 7,8 Mio. €). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus den im Vergleich zum Vorjahr gesunkenen Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen.

Die Umsatzerlöse der ENERVIE in Höhe von 26,7 Mio. € (im Vorjahr 29,8 Mio. €) resultieren aus den Dienstleistungen, die gegenüber den Tochtergesellschaften im Berichtsjahr erbracht worden sind. Die Sonstigen betrieblichen Erträge über 3,0 Mio. € (im Vorjahr 0,3 Mio. €) beinhalten im Berichtsjahr hauptsächlich Erträge aus dem Anteilsverkauf der Beteiligung an lekker Energie GmbH, Berlin. Der Materialaufwand von 21,0 Mio. € (im Vorjahr 24,3 Mio. €) betrifft die im Zusammenhang mit den Umsatzerlösen bezogenen Leistungen von den Tochtergesellschaften Mark-E und Stadtwerke Lüdenscheid und beinhaltet im Wesentlichen bezogene Management-Dienstleistungen. Der Personalaufwand in Höhe von 1,3 Mio. € (im Vorjahr 1,5 Mio. €) enthält im Wesentlichen die Vergütungen für die bei der ENERVIE beschäftigten Vorstandsmitglieder. Neben Aufwendungen für Beratung sind in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen über 3,4 Mio. € (im Vorjahr 2,9 Mio. €) unter anderem Mitgliedsbeiträge sowie Aufwendungen für Werbung enthalten. Die Zinsaufwendungen in Höhe von 4,6 Mio. € (im Vorjahr 4,9 Mio. €) resultieren vor allem aus von verbundenen Unternehmen aufgenommenen Krediten sowie von Banken aufgenommene Darlehen. Der Rückgang der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von 8,9 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr ist vorwiegend durch das gesunkene Jahresergebnis begründet.

Allerdings wird die Ergebnisentwicklung der ENERVIE wesentlich durch die Einzelergebnisse ihrer Tochtergesellschaften Mark-E, Stadtwerke Lüdenscheid und ENERVIE AssetNetWork, die über Ergebnisabführungsverträge mit der ENERVIE verknüpft sind, geprägt. Dadurch erfolgt eine phasengleiche Vereinnahmung der Einzelergebnisse. Den Gewinnabführungen der Mark-E von 7,3 Mio. € (im Vorjahr 58,7 Mio. €) und der Stadtwerke Lüdenscheid von 20,0 Mio. € (im Vorjahr 8,7 Mio. €) steht der übernommene Verlust der ENERVIE AssetNetWork von 17,1 Mio. € (im Vorjahr 25,5 Mio. €) gegenüber. Im Geschäftsjahr 2013 hat sich das daraus ergebende Beteiligungsergebnis auf 10,2 Mio. € vermindert. Dadurch entsteht im Einzelabschluss der ENERVIE ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 9,8 Mio. € (im Vorjahr 38,7 Mio. €). Nach Abzug der Steuern verbleibt ein Jahresüberschuss von 6,2 Mio. € (Vorjahr 26,1 Mio. €).

Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung vor, den Bilanzgewinn der ENERVIE auf neue Rechnung vorzutragen.

Das Einzelergebnis der Mark-E ist stark von den Entwicklungen in der Energiewirtschaft abhängig. Die konventionellen Kraftwerke, die bisher eine tragende Säule der Mark-E waren, erwirtschafteten in 2013 niedrige Deckungsbeiträge bedingt durch die gefallenen Großhandelspreise. Dies hat im Wesentlichen zu der Verringerung des Jahresergebnisses im Vergleich zum Vorjahr geführt.

Die Erhöhung des Jahresergebnisses der Stadtwerke Lüdenscheid im Vergleich zum Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus dem außerordentlichen Ertrag aus der Aufdeckung stiller Reserven in Höhe von 9,1 Mio. € bei der Ausgliederung des Bäderbetriebs.

Das Ergebnis der ENERVIE AssetNetWork wird in wesentlichen Teilen von den Erlösen auf Basis der genehmigten Netzentgelte sowie durch Aufwandspositionen wie Netzleistungsrahmenverträge, Pachtentgelte, Kosten für Verlustenergiebeschaffung und Kosten für das vorgelagerte Netz bestimmt. Insgesamt ist das Einzelergebnis der ENERVIE AssetNetWork damit auch für das Geschäftsjahr 2013 negativ.

Die Eigenkapitalausstattung des Unternehmens hat sich im Vergleich zum vorangegangenen Geschäftsjahr um 3,0 Prozent verschlechtert und beträgt zum 31. Dezember 2013 68,0 Prozent. Die Eigenkapitaldeckung des Anlagevermögens hat sich ebenfalls verschlechtert und beträgt nun 81,2 Prozent. Die wirtschaftliche Lage des Unternehmens ist auch zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts weiterhin geordnet.

#### **Nachtragsbericht**

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der ENERVIE haben, sind nach dem Stichtag nicht eingetreten.

#### **Grundsätze Chancen- und Risikobericht**

Die ENERVIE ist als Holding der Unternehmen Mark-E, Stadtwerke Lüdenscheid, ENERVIE AssetNetWork für zentrale Steuerungs- und Controllingaufgaben zuständig. Operative Geschäftstätigkeiten werden auf die Tochtergesellschaften verlagert. Die Gesellschaft ist daher frei von technischen Risiken (z.B. Kraftwerksausfällen) oder Marktrisiken (z.B. Strompreisänderungen). Eigene Risiken liegen im strategischen, organisatorischen und finanziellen Bereich sowie im Beteiligungsportfolio.

Die ENERVIE trifft die langfristigen strategischen Entscheidungen, die von den Tochtergesellschaften umgesetzt werden. Steuerungsdaten werden dezentral aus den einzelnen Geschäftsfeldern sowie Konzerngesellschaften erhoben. Ein zentrales Konzerncontrolling führt die Aufgaben

zusammen und überwacht die Plan-Ist-Abweichungen. Damit werden Fehleinschätzungen in der Planung und daraus resultierende Risiken frühzeitig aufgedeckt.

ENERVIE hat Risikoverantwortliche für Geschäftsbereiche und Unternehmensfunktionen (Risk Owner) benannt, die mit Unterstützung des zentralen Risikomanagements Risiken frühzeitig und gebündelt identifizieren sowie bewerten. Entsprechend der möglichen Schadenshöhe werden die Risiken in Relevanzklassen eingeordnet und priorisiert. Die Relevanzklassen reichen von unwesentlich (Auswirkung < 2%), über unbedeutend (Auswirkung 2-10%), mittel (Auswirkung 10-25%), bedeutend (Auswirkung (25-40%) und schwerwiegend (Auswirkung 40-80%) bis hin zu bestandsgefährdend (Auswirkung mehr als 80%). Die Risikoüberwachung und -steuerung ist ebenfalls Aufgabe der Risk Owner. Im Rahmen der Unternehmensplanung werden die Risiken mit dem Controlling abgestimmt. Unterstützt wird der gesamte Prozess durch den Einsatz einer speziellen Risikomanagementsoftware. Die Risikolage der ENERVIE Gruppe ist somit jederzeit transparent und bedarfsgerecht darstellbar.

Im Rahmen des regelmäßig tagenden Risikokomitees werden aktuelle politische und rechtliche Risiken betrachtet und diskutiert. Die Teilnehmer sind, neben den Vorstandsmitgliedern die Bereichsleiter sowie das zentrale Risikomanagement. Neben den wesentlichen Risiken der ENERVIE Gruppe liegt ein besonderer Fokus auf den Energieportfolien.

#### **Darstellung der wesentlichen Einzelrisiken**

Organisationsrisiken begegnen ENERVIE mit verbindlichen Regelungen für alle Mitarbeiter der ENERVIE Gruppe, die in den Konzernhandbüchern zusammengefasst sind. Mit dem verbindlichen Nachschlagewerk belegen die Unternehmen der ENERVIE Gruppe entsprechend der Gesetze, Verordnungen und Vorschriften organisiert zu sein. Eine Quantifizierung des Einzelrisikos ist aufgrund der großen Bandbreite nicht sinnvoll möglich.

Die Deckung eines kurzfristigen Liquiditätsbedarfs erfolgt im Rahmen von freien Kreditlinien bei mehreren Geschäftsbanken. Kreditrisiken werden bei Vertragsabschluss geprüft und laufend überwacht. Unsicherheit besteht weiterhin in der Zinsentwicklung für Tagesgeldaufnahmen. Die kontinuierliche Überwachung der Kreditrisiken wurde durch die Implementierung eines Kreditrisikomanagements innerhalb des zentralen Risikomanagements unterstützt. Dieses Risiko wird als mittel eingestuft.

Zwischen der ENERVIE und den Tochtergesellschaften Mark-E, Stadtwerke Lüdenscheid und ENERVIE AssetNetWork bestehen seit dem 1. Januar 2007 Gewinnabführungsverträge. Dadurch wirken sich neben den technischen Risiken und Marktrisiken auch die politischen und rechtlichen Risiken indirekt auf die ENERVIE aus, die für die Gesellschaft nur in begrenztem Umfang steuerbar sind. Dazu zählen insbesondere die gesetzlichen und regulatorischen Risiken, die einen negativen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit der ENERVIE haben können. Eine zentrale Rechtsabteilung begrenzt zusammen mit den jeweiligen Fachbereichen die Risiken, die aus regulatorischen Auflagen, Gerichtsprozessen oder behördlichen Verfügungen entstehen können. Zu den regulatorischen Risiken zählen auch die ökonomischen Auswirkungen der verstärkten Netzregulierung. Die Kostenprüfung und Festlegung der Erlösobergrenzen für das Strom- und Gasnetz durch die Regulierungsbehörden wird maßgeblichen Einfluss auf das Ergebnis des Netzgeschäfts haben. Eine Quantifizierung des Einzelrisikos ist aufgrund der großen Bandbreite nicht sinnvoll möglich.

Die Wirtschaftlichkeit der Erzeugungsanlagen sowie des Endkundenvertriebs hängt maßgeblich von den Marktpreisen für Strom, Kohle, Gas und CO<sub>2</sub>-Zertifikaten ab. Die Marktpreise unterla-

gen in der Vergangenheit erheblichen Schwankungen; auch künftig ist von einer hohen Volatilität auszugehen.

Die schwierige Situation wird durch das hohe Angebot an den sogenannten grünen Energien zusätzlich verschärft. So hat der steigende Anteil an vorrangig ins Netz eingespeistem Strom aus erneuerbaren Energiequellen zu einem Verfall der Energiepreise am Großhandelsmarkt geführt und gleichzeitig dazu beigetragen, dass der Einsatz der Kraftwerke zur Deckung von Nachfragespitzen reduziert wurde.

Insbesondere für die kommenden Jahre besteht aufgrund der aktuellen Marktlage das Risiko, dass die Vollkosten der Energieerzeugung nur teilweise durch Umsatzerlöse gedeckt werden können. Daher wurde vorsorglich die vorläufige Stilllegung des konventionellen Kraftwerksparks bei der Bundesnetzagentur (BnetzA) angemeldet. Die zur Zeit stattfindenden Gespräche mit der BnetzA und dem Übertragungsnetzbetreiber Amprion über eine Kompensation der zur Zeit nicht gedeckten Kosten können im Ergebnis dazu führen, dass ENERVIE geringere Ausgleichszahlungen erhält als geplant. Diese schwierige Situation in der Energieerzeugung könnte dazu führen, dass vorhandene Kraftwerksrestbuchwerte sowie Beteiligungsbuchwerte abgeschrieben werden müssten. Diese Risiken werden im Risikobericht der ENERVIE besonders beobachtet. Es wurden Strategien ausgearbeitet, um auch im möglichen Extremfall handlungsfähig zu bleiben. Ein nicht erwartungsgemäßes Verhandlungsergebnis wird zwangsläufig zu einer Überarbeitung der Unternehmensstrategie in Bezug auf die Erzeugungssparte führen. Der Vorstand geht davon aus, dass es wegen der technischen Systemrelevanz der Kraftwerke zu einer tragbaren Lösung mit der BnetzA und Amprion kommt. Für weitergehende Erläuterungen wird auf den Abschnitt Gesamtaussage zur voraussichtlichen Entwicklung verwiesen. Dieses Risiko wird als bedeutend eingestuft. Um den geschilderten Entwicklungen innerhalb des Branchenumfelds nachhaltig zu begegnen und auch in der Zukunft Deckungsbeiträge zu sichern, wendet die Gesellschaft kontinuierlich geeignete Vermarktungs-, Beschaffungs-, und Absicherungsstrategien an, die fortwährend auf ihre Eignung hin überprüft und an die sich auf den Energie- und Rohstoffmärkten jeweils einstellende neue Situation angepasst werden.

Bei der Kraftwerksvermarktung wird der Ansatz des Delta Hedgings verfolgt. Mit dem Delta Hedging werden die zu vermarktenden Kraftwerke als Realoption dargestellt und künftige Marktpreisveränderungen auf der Basis von 1.000 verschiedenen Preisszenarien simuliert. Der Ansatz des Delta Hedgings dient der Absicherung gegen potenzielle negative Entwicklungen der Zukunft.

Um das Risiko auf der Beschaffungs- und Absatzseite nachhaltig zu mindern, werden verschiedene Commodity-Derivate eingesetzt. So werden zur Absicherung der Preisrisiken aus der Brennstoffbeschaffung Gas- und Kohleswaps sowie CO<sub>2</sub>-Forwards und -Futures verwendet. Gleichzeitig werden die Energiemengen über Stromforwards abgesichert. Auch für das Vertriebsportfolio werden langfristige Forward- und Futurekontrakte als Sicherungsinstrumente eingesetzt.

Die Marktrisiken aus den Geschäftsfeldern Stromerzeugung und Commodities werden über die Vergabe von Handelsgrenzen (Limits) und Rahmenbedingungen für den Handel, die vom Risikokomitee freigegeben werden, begrenzt und vom Risikomanagement laufend überwacht.

### **Gesamtbeurteilung der Risikosituation**

Die Marktpreisrisiken sind abhängig von der Entwicklung der Marktpreise in der Zukunft; dementsprechend ist keine zuverlässige Schätzung möglich. Wesentliche Risiken sind identifiziert und quantifiziert und werden auf Basis des Risikomanagementsystems so weit wie möglich durch entsprechende Maßnahmen beherrscht. Ein Monitoring der Entwicklung wesentlicher Risiken erfolgt auf Konzernebene.

### **Darstellung der wesentlichen Chancen**

Chancen können sich grundsätzlich im gesamten Umfeld der ENERVIE oder im Rahmen der einzelnen Geschäftstätigkeiten eröffnen.

Eine wesentliche Chance besteht in der mittelfristigen Etablierung eines neuen Strommarktdesigns, das die Wirtschaftlichkeit von gesicherter Stromproduktion in Kraftwerken ermöglicht. Weitere Chancen liegen im Ausbau des Intradayhandels, der EEG-Direktvermarktung und der Regelennergievermarktung sowie im Aufbau eines 24/7-Handels.

Darüber hinaus bieten sich unternehmensstrategische Chancen für ENERVIE durch ihr Selbstverständnis, über ihre angestammte Rolle als regionales Versorgungsunternehmen hinauszugehen. Hier sind beispielhaft die Bereiche der Energiedienstleistungen (Contracting) zu nennen, die ausgebaut werden und so neue Geschäftsfelder erschließen, an deren dynamischem Wachstum ENERVIE partizipieren kann.

### **Gesamtbeurteilung der Chancensituation**

Die Chancen der ENERVIE sind verbunden mit möglichen zukünftigen positiven Cashflows. Deren Bandbreite ist jedoch zu groß, um diese zu quantifizieren und innerhalb des Chancen- und Risikoberichts zu nennen.

### **Prognosebericht**

#### **Energiewirtschaftliche Rahmenbedingungen erschweren profitables Wachstum**

Der Energiemarkt steht vor großen Umbrüchen; Prognosen sind deshalb schwierig. Von der Politik werden kurzfristig Entscheidungen zu einem neuen Marktdesign erwartet. Dieses neue Marktdesign sollte eine Vergütungskomponente für die Bereitstellung gesicherter Leistung beinhalten, um die Versorgungssicherheit trotz steigenden Anteils nicht steuerbarer, regenerativer Erzeugung garantieren zu können. Es geht dabei um abrufbare, regelbare und gesicherte Leistung und Kapazitäten, für die heute noch kein Markt besteht. Damit würde die Grundlage geschaffen, insbesondere die Gaskraftwerke wirtschaftlich betreiben zu können. Darüber hinaus werden Erleichterungen für Pumpspeicherkraftwerke zum Beispiel bei den Netzentgelten erwartet, die den wirtschaftlichen Betrieb der Anlage in Rönkhausen langfristig sicherstellen. In den nächsten ein bis zwei Jahren müssen dafür die gesetzlichen Grundlagen geschaffen und die ersten Erfolge sichtbar werden. Sollten politische Entscheidungen zum Energiemarktdesign ausbleiben, werden neben dem vollständigen Ausstieg aus der Kernenergie kurzfristig in größerem Umfang Stilllegungen von Kraftwerken aus wirtschaftlichen Gründen erwartet. Aufgrund des dann verringerten Angebots werden sich am Energiemarkt höhere Preise einstellen, die den wirtschaftlichen Betrieb der verbleibenden Kraftwerke ermöglichen. Ob in diesem Szenario auch die Versorgungssicherheit gewährleistet werden kann, ist nach Einschätzung der ENERVIE fraglich. Hinsichtlich des Erneuerbare-Energien-Gesetzes wird eine Heranführung der erneuerbaren Erzeugungsanlagen an den Markt erwartet. Dieses wird jedoch nur Neuanlagen betreffen, während die vorhandenen Anlagen Bestandsschutz genießen. ENERVIE wird die Entwicklung genau beobachten und bei der Ausbaustrategie des Windkraftportfolios berücksichtigen.

### **Investitionen**

Im nächsten Jahr wird ENERVIE weiterhin gezielt investieren, um sich für die Anforderungen des Marktes adäquat aufzustellen. Geplant werden derzeit vor allem notwendige Erhaltungs- und Erneuerungsinvestitionen in der Netzinfrastruktur, um auch zukünftig eine sichere Energie- und Wasserversorgung zu gewährleisten. So wird ENERVIE unter anderem im Netzservice die Stahlsanierung durch Ersatzneubau der 110 kV-Freileitung Lenne 1/2/3 fortsetzen und die 220 kV-Schaltanlage im Umspannwerk Elverlingsen erneuern. Aufgrund der soliden Finanzstruktur sieht sich ENERVIE gut aufgestellt, um die geplanten Zukunftsinvestitionen realisieren zu können. ENERVIE plant im nächsten Geschäftsjahr die Neuaufnahme eines Schuldscheindarlehens. Mit den vorhandenen Finanzierungsquellen wird auch in Zukunft die Finanzierung des Unternehmens sicher gestellt.

### **Gesamtaussage zur voraussichtlichen Entwicklung**

Der Ausbau der regenerativen Energieerzeugung hatte in 2013 dramatische Auswirkungen auf die Entwicklung der Großhandelsstrompreise und damit auch auf die Ertragskraft der Stromerzeugung. Das für 2013 erhoffte neue Marktdesign für konventionelle Kraftwerke zeichnet sich bisher nicht ab, so dass es zurzeit auch nur bedingt sinnvoll ist, die Stromerzeugung der Kraftwerke für die nächsten Jahre zu vermarkten. Die Forwardpreise 2014 liegen um rund 10 € unter den Preisen des Vorjahres. Während im Vermarktungszeitraum 2014 bis 2016 gegenwärtig keine wesentliche Verbesserung der Großhandelsstrompreise gesehen werden, geht die Gesellschaft ab 2017 von höheren Strompreisen aus. Die Begründung hierfür ist insbesondere in der Verknappung der Erzeugungskapazitäten aufgrund der Stilllegung konventioneller Kraftwerke sowie in dem sukzessiven Ausstieg aus der Kernenergie zu sehen. Eine Stützung der Stromerzeugung in den nächsten zwei Jahren wird insbesondere aufgrund der speziellen Situation im Stromnetz in Südwestfalen erwartet. Beim Netzgebiet handelt es sich um ein Inselnetz, das nur über eine Kuppelstelle mit dem angrenzenden Übertragungsnetz von Amprion verbunden ist. Diese Kuppelstelle ist aufgrund technischer Restriktionen in der Ein- beziehungsweise Ausspeiselasst begrenzt, so dass die Kraftwerke der ENERVIE für die Netzstützung erforderlich sind. Vor dem Hintergrund der angekündigten temporären Stilllegungsanzeigen und der geschilderten Netzrestriktionen führt ENERVIE zurzeit Verhandlungen mit der Bundesnetzagentur und dem Übertragungsnetzbetreiber Amprion mit dem Ziel, eine wirtschaftlich angemessene Vergütung für die Vorhaltung und den Betrieb der zur Netzstabilität benötigten Kraftwerke zu erhalten. Es kann nicht im Sinne des Gesetzgebers sein, Kraftwerksbetreiber zum Betrieb ihrer Kraftwerke, die zum Erhalt der Netzstabilität erforderlich sind, zu zwingen, ohne dass hierfür ein angemessener Ausgleich gezahlt wird. Vor diesem Hintergrund besteht die feste Überzeugung, dass es im Verlauf des Geschäftsjahres 2014 zu einer Verständigung mit der Bundesnetzagentur über eine Ausgleichserstattung kommen wird, mit der zumindest ein ausgeglichenes Ergebnis mit dem Betrieb der Kraftwerke erreicht wird. Eine weitere Stützung der Erzeugung wird aus der Regelung des Koalitionsvertrages der neuen Bundesregierung erwartet, die besagt, dass die konventionellen Kraftwerke (Braunkohle, Steinkohle, Gas) als Teil des nationalen Energiemixes auf absehbare Zeit unverzichtbar sind. Konventionelle Kraftwerke werden damit auch in Zukunft noch eine wesentliche Bedeutung im Strom-Mix spielen, um wetterbedingte Ausfälle von Wind- und Solarstrom auszugleichen und die Versorgungssicherheit in Deutschland sicherzustellen. ENERVIE wird weiterhin alle Möglichkeiten des Strommarktes nutzen, um zusätzliche Deckungsbeiträge mit der Erzeugung zu erwirtschaften.

Im Strategischen Geschäftsfeld Commodities wird ENERVIE sich auch zukünftig mit den beiden Vertriebsmarken Mark-E und Stadtwerke Lüdenscheid erfolgreich behaupten. Mit dem überarbeiteten Online-Auftritt bietet ENERVIE ihren Service weiterhin benutzerfreundlich, kundenorientiert und zeitgemäß an. In dem Vertriebsgebiet plant die Gesellschaft Kundenbindungs- und Marketingmaßnahmen, um ihre Marktposition zu verteidigen und bundesweit mit ihren Vertriebsmarken neue Kunden zu gewinnen. Hierzu sollen insbesondere die mit der lekker Energie GmbH gewonnenen Marktkenntnisse im überregionalen Wettbewerb beitragen.

Die Netzentgelte für die Strom- und Gasnetze befinden sich ab 2013 beziehungsweise 2014 in der zweiten Anreizregulierungsperiode. Insbesondere aufgrund des hohen Effizienzgrades im Stromnetz konnten mittelfristig angemessene Netzentgelte gesichert werden. Auch die Anfang 2013 neu abgeschlossenen Konzessionsverträge mit den Städten Hagen und Lüdenscheid tragen zu einer hohen Planbarkeit im Strategischen Geschäftsfeld Transport und Verteilung bei.

Mit dem Vertrieb und den Netzen hat ENERVIE zwei sehr stabile Standbeine, die es ihr ermöglichen, positiv in die Zukunft zu blicken. Vom Ausbau externer Dienstleistungen geprägt ist die Entwicklung des Handels und der Energiedienstleistungen. Die Schwerpunkte im Handel werden auf der Erweiterung des Regelenergiepools und dem bundesweiten Angebot zur Direktvermarktung regenerativer Erzeugungsanlagen im Rahmen des Marktprämienmodells liegen.

Als neues wesentliches Geschäftsfeld wird das Angebot der Energiedienstleistungen ausgebaut, um Marktpotenziale zu nutzen, die sich aus den Anforderungen und dem Wandel des Energiemarktes ergeben. Geplant ist die deutliche Ausweitung des Vertriebs innovativer Contracting-Projekte, mit denen die Kunden Energieeinsparpotenziale heben und ENERVIE ihre Position als kompetenter und zuverlässiger Partner ausbauen kann.

Es wird davon ausgegangen, dass die bereits eingeleiteten Kundenbindungsmaßnahmen, Einsparungen im Einkauf sowie Personalkostenreduzierungen erfolgreich fortgesetzt werden.

Die Europäische Kommission hat dem Europäischen Parlament und dem EU-Rat am 9. Januar 2014 eine Übergangsfrist bis zum 1. August 2014 für die SEPA-Einführung vorgeschlagen. Die ENERVIE Gruppe hat rechtzeitig mit der SEPA-Umstellung begonnen und ist bereits auf SEPA umgestellt.

Die Mittelfristplanung für die Jahre 2014 bis 2018 ist insbesondere von folgenden Prämissen geprägt:

- Zukunftsorientierter Umbau der Erzeugung
- Sicherung der Deckungsbeiträge im übrigen Kerngeschäft
- Erreichung von Kosteneffizienz insbesondere in den Querschnittsfunktionen
- Entwicklung neuer Geschäftsfelder

Im Rahmen des Restrukturierungsprogramms wurden liquiditäts- und ergebnissichernde Maßnahmen entwickelt, die dazu beitragen werden, die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens zu sichern und die Ertragslage zu verbessern. Während für das Geschäftsjahr 2014 ein Ergebnis auf dem Niveau des Jahres 2013 geplant wird, sieht die Mittelfristplanung für 2015 ein Ergebnis vor Steuern von 38 Mio. € und für 2018 ein Ergebnis vor Steuern von rund 60 Mio. € vor.

## 4.2.2 Entwicklung des Unternehmens im Dreijahresvergleich

### 4.2.2.1 Bilanz

Aktivseite ENERVIE AG		2013	2012	2011
<b>A.</b>	<b>Anlagevermögen</b>			
I.	Sachanlagen			
1.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	3.041.146,20	3.145.289,20	2.388.062,25
2.	andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.114,00	7.069,00	8.024,00
3.	geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	24.959.292,78	5.867.722,73	71.013,57
II.	Finanzanlagen			
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen	342.063.496,01	342.063.496,52	342.063.496,52
2.	Beteiligungen	1.148.121,58	1.286.736,04	1.436.068,00
<b>B.</b>	<b>Umlaufvermögen</b>			
I.	Vorräte			
	Unfertige Leistungen	0,00	0,00	563.084,14
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	53.687.453,99	69.637.389,19	48.092.320,58
2.	Sonstige Vermögensgegenstände	4.968.022,93	3.331.939,67	11.995.699,48
III.	Guthaben bei Kreditinstituten	59.399,59	25.852,59	25.120.212,27
<b>C.</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	114.000,00	167.994,80	204.000,00
<b>D.</b>	<b>Aktive latente Steuern</b>	13.147.327,68	14.016.411,22	10.424.678,22
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>443.194.374,76</b>	<b>439.549.900,96</b>	<b>442.366.659,03</b>

<b>Passivseite ENERVIE AG</b>		<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
<b>A.</b>	<b>Eigenkapital</b>			
I.	Gezeichnetes Kapital	114.900.000,00	114.900.000,00	114.900.000,00
II.	Kapitalrücklage	149.703.924,33	149.703.924,33	149.703.924,33
III.	Gewinnrücklagen	30.537.617,22		
1.	Andere Gewinnrücklagen		16.521.206,00	10.891.206,00
2.	Ausschüttungsgesperrte Gewinnrücklagen aus Steuerlatenzen		14.016.411,22	10.424.678,22
IV.	Bilanzgewinn	6.178.774,06	17.026.369,88	17.123.636,49
<b>B.</b>	<b>Rückstellungen</b>			
1.	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	6.521.592,15	6.206.292,49	5.739.141,37
2.	Steuerrückstellungen	536.651,00	957.473,97	0,00
3.	Sonstige Rückstellungen	1.182.794,88	1.004.803,02	754.671,41
<b>C.</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>			
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	62.000.000,00	43.343.827,93	30.000.038,98
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	433.192,76	983.876,69	583.603,17
3.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	66.980.123,91	74.046.913,71	102.053.552,57
4.	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	797,30
5.	Sonstige Verbindlichkeiten	4.219.704,45	838.801,72	191.409,19
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>443.194.374,76</b>	<b>439.549.900,96</b>	<b>442.366.659,03</b>

#### 4.2.2.2 Bilanz Veränderungen

<b>Aktivseite ENERVIE AG</b>		<b>Abweichung</b>	<b>Abweichung</b>
<b>A.</b>	<b>Anlagevermögen</b>	<b>2013/2012</b>	<b>2013/2012 in %</b>
I.	Sachanlagen		
1.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	-104.143,00	-3,31
2.	andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	-955,00	-13,51
3.	geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	19.091.570,05	325,37
II.	Finanzanlagen		
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen	-0,51	0,00
2.	Beteiligungen	-138.614,46	-10,77
<b>B.</b>	<b>Umlaufvermögen</b>		
I.	Vorräte		
	Unfertige Leistungen	0,00	0,00
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	-15.949.935,20	-22,90
2.	Sonstige Vermögensgegenstände	1.636.083,26	49,10
III.	Guthaben bei Kreditinstituten	33.547,00	129,76
<b>C.</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	-53.994,80	-32,14
<b>D.</b>	<b>Aktive latente Steuern</b>	-869.083,54	-6,20
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>3.644.473,80</b>	<b>0,83</b>

<b>Passivseite ENERVIE AG</b>		<b>Abweichung</b>	<b>Abweichung</b>
<b>A. Eigenkapital</b>		<b>2013/2012</b>	<b>2013/2012 in %</b>
I.	Gezeichnetes Kapital	0,00	0,00
II.	Kapitalrücklage	0,00	0,00
III.	Gewinnrücklagen	0,00	0,00
IV.	Bilanzgewinn	-10.847.595,82	-63,71
<b>B. Rückstellungen</b>			
1.	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	315.299,66	5,08
2.	Steuerrückstellungen	-420.822,97	-43,95
3.	Sonstige Rückstellungen	177.991,86	17,71
<b>C. Verbindlichkeiten</b>			
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	18.656.172,07	43,04
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-550.683,93	-55,97
3.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-7.066.789,80	-9,54
4.	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00
5.	Sonstige Verbindlichkeiten	3.380.902,73	403,06
<b>Bilanzsumme</b>		<b>3.644.473,80</b>	<b>0,83</b>

**4.2.2.3 Gewinn- und Verlustrechnung**

<b>Gewinn- und Verlustrechnung ENERVIE</b>		<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
1.	Umsatzerlöse	26.673.179,10	29.820.097,28	25.169.631,54
2.	Veränderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00	0,00	383.620,31
3.	andere aktivierte Eigenleistungen	26.070,53	44.649,84	1.439,15
4.	Sonstige betriebliche Erträge	3.012.747,47	345.016,74	3.275.961,70
5.	Materialaufwand			
	Aufwendungen für bezogene Leistungen	21008975,52	24.254.373,91	19.150.409,94
6.	Personalaufwand			
a)	Löhne und Gehälter	994.202,08	1.050.750,30	913.949,64
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	304.406,36	477.417,90	69.318,09
7.	Abschreibungen auf Sachanlagen	5.098,00	2.681,44	569,80
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.378.062,17	2.938.450,99	4.205.389,68
9.	Erträge aus Gewinnabführung	26.476.543,65	66.590.488,30	46.546.867,36
10.	Erträge aus Beteiligungen	659.122,17	672.902,85	834.151,75
11.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	372.711,75	445.264,02	769.869,78
12.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	17.118.443,69	25.510.152,24	23.364.475,42
13.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.565.486,98	4.939.993,33	4.819.860,62
<b>14.</b>	<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>9.845.699,87</b>	<b>38.744.598,92</b>	<b>24.457.568,40</b>
15.	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
16.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.690.849,04	12.618.403,57	7.353.823,98
17.	sonstige Steuern	2.446,65	1.728,96	1.614,46
<b>18.</b>	<b>Jahresüberschuss</b>	<b>6.152.404,18</b>	<b>26.124.466,39</b>	<b>17.102.129,96</b>
19.	Gewinnvortrag	26.369,88	123.636,49	21.506,53
20.	Einstellungen und Entnahmen Gewinnrücklagen			
	a) in andere Gewinnrücklagen	0,00	5.630.000,00	3.291.206,00
	b) in Gewinnrücklagen aus Steuerlatenzen	0,00	3.591.733,00	-3.291.206,00
<b>21.</b>	<b>Bilanzgewinn</b>	<b>6.178.774,06</b>	<b>17.026.369,88</b>	<b>17.123.636,49</b>

#### 4.2.2.4 Gewinn- und Verlustrechnung Veränderungen

	<b>Gewinn- und Verlustrechnung ENERVIE</b>	<b>Abweichung 2013/2012</b>	<b>Abweichung 2013/2012 in %</b>
1.	Umsatzerlöse	-3.146.918,18	-10,55
2.	Veränderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00	0,00
3.	andere aktivierte Eigenleistungen	-18.579,31	-41,61
4.	Sonstige betriebliche Erträge	2.667.730,73	773,22
5.	Materialaufwand		
	Aufwendungen für bezogene Leistungen	-3.245.398,39	-13,38
6.	Personalaufwand		
a)	Löhne und Gehälter	-56.548,22	-5,38
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-173.011,54	-36,24
7.	Abschreibungen auf Sachanlagen	2.416,56	90,12
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	439.611,18	14,96
9.	Erträge aus Gewinnabführung	-40.113.944,65	-60,24
10.	Erträge aus Beteiligungen	-13.780,68	-2,05
11.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-72.552,27	-16,29
12.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	-8.391.708,55	-32,90
13.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-374.506,35	-7,58
<b>14.</b>	<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-28.898.899,05</b>	<b>-74,59</b>
15.	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
16.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-8.927.554,53	-70,75
17.	sonstige Steuern	717,69	41,51
<b>18.</b>	<b>Jahresüberschuss</b>	<b>-19.972.062,21</b>	<b>-76,45</b>
19.	Gewinnvortrag	-97.266,61	-78,67
20.	Einstellungen und Entnahmen Gewinnrücklagen		
	a) in andere Gewinnrücklagen	-5.630.000,00	-100,00
	b) in Gewinnrücklagen aus Steuerlatenzen	-3.591.733,00	-100,00
<b>21.</b>	<b>Bilanzgewinn</b>	<b>-10.847.595,82</b>	<b>-63,71</b>

#### 4.2.3 Anzahl der Beschäftigten

Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter im Berichtsjahr betrug 1 (Vorjahr 1) zuzüglich 3 Vorstände (Vorjahr 3).

#### 4.2.4 Finanzbeziehungen zur Stadt Lüdenscheid

Die Finanzbeziehungen zwischen der Gesellschaft und der Stadt Lüdenscheid stellen sich wie folgt dar:

<b>Produkt</b>	<b>Sachkonto</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
160 010 010	4651000	Gewinnanteile	4.101.037,98	4.101.037,98	4.101.037,98

Weitere Informationen zu der Gesellschaft können auf der Internetseite unter dem folgenden Link abgerufen werden:

<http://www.enervie-gruppe.de/>

## 5 MVG Märkische Verkehrsgesellschaft

### 5.1 Allgemeine Unternehmensdaten

#### 5.1.1 Statistische Angaben

Unternehmensbezeichnung:	MVG Märkische Verkehrsgesellschaft Wehberger Straße 80 58507 Lüdenscheid
Gründungsjahr:	1977
Grundkapital:	5.410.541,82 Euro
Beteiligung der Stadt:	956.371,46 Euro = 17,68%

		Betrag	Anteil
Weitere Gesellschafter:	MKG Märkische Kommunale Wirtschafts- GmbH Lüdenscheid	2.972.753,24 €	54,94%
	Stadt Iserlohn	369.152,74 €	6,82%
	Stadt Plettenberg	351.615,43 €	6,50%
	Stadt Altena	282.284,25 €	5,22%
	Stadt Werdohl	99.344,01 €	1,84%
	Stadt Meinerzhagen	87.635,43 €	1,62%
	Gemeinde Schalksmühle	56.906,79 €	1,05%
	Stadt Neuenrade	43.613,20 €	0,81%
	Stadt Menden	42.437,23 €	0,78%
	Stadt Hemer	31.188,80 €	0,58%
	Stadt Hagen	29.143,64 €	0,54%
	Stadt Halver	27.354,12 €	0,51%
	Stadt Kierspe	25.922,50 €	0,48%
	Gemeinde Herscheid	10.788,26 €	0,20%
	Stadt Balve	10.225,84 €	0,19%
	Gemeinde Nachrodt-Wiblingwerde	8.691,96 €	0,16%
	Märkischer Kreis	5.112,92 €	0,09%

### 5.1.2 Gegenstand und Zweck des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die inländische Beförderung von Personen und Gütern mit eigenen oder fremden Fahrzeugen und die Durchführung aller mit einem Verkehrsbetrieb zusammenhängenden Maßnahmen.

Zweck der Gesellschaft ist die Bildung eines einheitlichen öffentlichen Verkehrssystems im Märkischen Kreis sowie seine Eingliederung in die ÖPNV Organisation des Landes Nordrhein-Westfalen.

Bei dem Unternehmen handelt es sich um eine Gesellschaft, die die Einwohner des Kreises mit Verkehrsleistungen versorgt und somit unmittelbar öffentlichen Zwecken dient. Die Unterhaltung des öffentlichen Personennahverkehrs ist ein wichtiges Bedürfnis der Gemeinschaft; sie gehört zur Daseinsvorsorge und ist eine öffentliche Aufgabe, die den kommunalen Körperschaften obliegt.

### 5.1.3 Beteiligungen der Gesellschaft

Die Gesellschaft hält folgende Beteiligungen:

Gesellschaft	Beteiligung Betrag	Beteiligung Anteil
MEG Märkische Eisenbahngesellschaft mbH	2.046.000 €	99,27%

### 5.1.4 Wichtige Verträge

- Gesellschaftsvertrag vom 24.02.1970, in der Neufassung vom 12.08.2012
- Betrauungsbeschluss des Kreistages vom 12.06.2008 zur Sicherstellung einer EU-konformen Finanzierung des ÖPNV

### 5.1.5 Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen

Dargestellt wird die aktuelle Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen.

#### a) Geschäftsführung

In der Geschäftsführung ist die Stadt Lüdenscheid nicht vertreten.

#### b) Aufsichtsrat

BM Dieter Dzewas  
RH Jan Oliver Eggermann

c) Gesellschafterversammlung

In geraden Jahren

Stimmberechtigter Vertreter: RH Philipp Siewert  
Stellvertreterin: RF Britta Margret Rogalske

In ungeraden Jahren

Stimmberechtigter Vertreter: RF Britta Margret Rogalske  
Stellvertreter: RH Philipp Siewert

## 5.2 Wirtschaftliche Situation

Die Darstellung der wirtschaftlichen Situation bezieht sich auf das Geschäftsjahr 2013.

### 5.2.1 Allgemeine Entwicklung des Unternehmens

#### Grundlagen des Unternehmens

Die MVG Märkische Verkehrsgesellschaft GmbH hat ihren Sitz in Lüdenscheid. Sie unterhält zwei weitere Betriebsstellen in Iserlohn (Calle) und Plettenberg. Die MVG ist Organgesellschaft der MKG-Märkische Kommunale Wirtschafts-GmbH, einer im Alleinbesitz des Märkischen Kreises stehenden Gesellschaft mit Sitz in Lüdenscheid. Zwischen der MVG und der MKG ist ein Organschaftsvertrag (Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag) abgeschlossen. Darüber hinaus ist sie an der MEG Märkische Eisenbahngesellschaft mbH zu 99,27% beteiligt und über einen Organschaftsvertrag (Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag) mit dieser verbunden.

#### Geschäftsmodell des Unternehmens

Die MVG wurde 1975 im Zuge der Landkreisreform NRW durch Zusammenführung von vier lokalen und regionalen ÖPNV-Unternehmen als kommunale GmbH mit Sitz in Lüdenscheid gegründet. Die Gesellschaft dient mit der Beförderung von Personen im ÖPNV öffentlichen Zwecken. Im Hinblick auf diese öffentlichen Zwecke hat sie auch im Berichtsjahr in den 15 Städten und Gemeinden des Märkischen Kreises, in Teilen der Stadt Hagen, in Randgebieten der Kreise Ennepe-Ruhr, Oberberg, Olpe, Soest und Unna ein Bedienungsgebiet mit rd. 440.000 Einwohnern auf einer Fläche von 1.150 qkm mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr versorgt.

#### Forschung und Entwicklung

Die Gesellschaft tätigt keinerlei Produktentwicklungen.

#### Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahr 2013 insgesamt als stabil erwiesen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt um 0,4% gestiegen. Wichtigster Wachstumsmotor waren die Konsumausgaben. Dagegen gingen die Investitionen zurück. Der sonst so robuste Außenhandel bremste durch einen negativen Außenbeitrag (Differenz zwischen Exporten und Importen) das Wachstum. Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte

2013 mit 41,8 Millionen das siebte Jahr in Folge einen neuen Höchststand. Im Jahr 2013 beförderten die Unternehmen im Nahverkehr 10,9 Mrd. Fahrgäste (+ 0,5%). Allerdings zeigt sich zwischen den unterschiedlichen Verkehrsmitteln eine differenzierte Entwicklung. Während 2,4 Mrd. Fahrgäste (+ 1,5%) Eisenbahnen und S-Bahnen, 3,8 Mrd. Fahrgäste (+ 0,5%) Straßen-, Stadt- und U-Bahnen nutzten, blieben die Fahrgastzahlen im Busverkehr, der insbesondere den ländlichen Raum abdeckt, mit 5,3 Mrd. konstant.

### **Geschäftsverlauf**

Im Berichtsjahr haben sich die Fahrgastzahlen der MVG leicht negativ entwickelt. Wie im Vorjahr bestätigt sich der Branchentrend, dass Verkehre außerhalb der Ballungsräume von Fahrgastrückgängen betroffen sind. Der Markt im Ausbildungsverkehr und damit bei der stärksten Fahrgastgruppe weist einen Rückgang von 1,4% (Vorjahr + 1,3%) auf. Die Zuwächse der Vorjahre konnten sich aufgrund der demographischen Entwicklung der Schülerzahlen im Märkischen Kreis nicht fortsetzen. Auch bei den Freizeitkarten für junge Fahrgäste sind bei einem Rückgang von 3,1% (Vorjahr + 4,4%) Verluste gegenüber den Fahrgastzuwächsen der Vorjahre zu verzeichnen. Auch hier macht sich die demographische Entwicklung der jungen Fahrgäste bemerkbar. In beiden Fällen fehlt der MVG die unmittelbare Einflussnahme. Bei den für berufstätige Fahrgäste wichtigen Zeitkarten sanken die Fahrgastzahlen wie im Vorjahr um rd. 2,0% (Vorjahr - 2,0%). Auch bei den Seniorenkarten hat sich der Abwärtstrend der letzten Jahre fortgesetzt. Hier bestätigt sich weiterhin die Feststellung, dass die neuen älteren Mitbürger eine ausgeprägte Individualmobilität besitzen und dadurch deutlich weniger auf die Leistungen der MVG angewiesen sind, als dies in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Insgesamt verminderte sich die Anzahl der Fahrgäste im Linienverkehr um 2,4% (Vorjahr - 0,5%). Die MVG beförderte im Berichtsjahr im Linienverkehr 32,0 Millionen Fahrgäste (Vorjahr 32,9 Millionen). Hinzu kommen rd. 0,4 Millionen Fahrgäste im freigestellten Schülerverkehr. Die Gesamtzahl der von der MVG beförderten Fahrgäste betrug somit im Berichtsjahr 32,4 Millionen nach 33,3 Millionen im Vorjahr. Aufgrund der jeweils im August des Vorjahres und des Berichtsjahres durchgeführten Fahrpreisanhebungen stiegen die Verkehrseinnahmen um 1,0% (Vorjahr 1,4%). Für die Erbringung des Leistungsangebots standen 161 eigene Busse (Vorjahr 160) inklusive 16 Bürgerbusse (Vorjahr 15) zur Verfügung (Stand 31.12.13). Die Fahrleistungen im Linienverkehr blieben im Berichtsjahr mit 13,6 Millionen Kilometern nahezu konstant. Leichte Rückgänge ergaben sich aus bedarfsgerechten Anpassungen der Fahrleistungen. Die im Auftrag des Märkischen Kreises durchgeführten Leistungen im Schülersonderverkehr sanken um rd. 37.000 Kilometer auf nunmehr 0,84 Millionen Kilometer. Die Gesamtleistung betrug 14,4 Millionen Kilometer inklusive sonstiger Verkehre (Vorjahr 14,5 Millionen). Die Leistungserstellung mit eigenen Fahrzeugen und Personal konzentriert sich seit 2007 auf die drei Standorte Iserlohn, Lüdenscheid und Plettenberg. Mit Hilfe der seit Jahren bewährten Zusammenarbeit mit privaten Auftragnehmern ist eine Bedienung des gesamten Verkehrsgebietes sichergestellt. Der Leistungsanteil der Auftragnehmer im Linienverkehr sank in 2013 (einschließlich der elf Linien mit AnrufLinienFahrten (ALF)) auf 51,42% (Vorjahr 52,6%). Das Geschäftsjahr war bestimmt durch das Thema Sanierung oder Neubau des Betriebshofes in Lüdenscheid. Nach Diskussionen in den Fraktionen des MK-Kreistages hatte der Kreistag im März einem Neubau zugestimmt. Insgesamt wird für das Bauvorhaben ein Volumen in Höhe von 11,5 Mio. € geplant. Ziel ist es, dieses per Kreditmittel finanzierte Vorhaben, das unter laufendem Betrieb realisiert werden soll, Ende 2015, spätestens 2016 abzuschließen.

### **Ertragslage**

Die Umsatzerlöse erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 Mio. € auf 34,1 Mio. €. Die Erhöhung betrifft im Wesentlichen die Erträge aus dem Linien- und Schülersonderverkehr (+ 0,4 Mio. € auf 28,6 Mio. €) sowie die Ausgleichsleistungen für die Beförderung von Schülern und Schwerbehinderten (+ 0,3 Mio. € auf 4,3 Mio. €). Die Ausgleichsleistungen enthalten 0,5 Mio. € aus Vorjahren. Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 Mio. € auf 4,5 Mio. €. Sie betreffen im Wesentlichen erhöhte Erträge aus Zuwendungen zur Förderung der Servicequalität im ÖPNV gem. § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW (+ 0,2 Mio. €), erhöhte Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen (+ 0,2 Mio. €), erhöhte Erträge aus Erstattungen von Schadensfällen (+ 0,1 Mio. €) sowie verminderte Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (- 0,4 Mio. €). Die betrieblichen Aufwendungen blieben im Jahresvergleich nahezu konstant. Es erhöhten sich die Personalaufwendungen (+ 0,2 Mio. €) und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (+ 0,2 Mio. €), dagegen verminderten sich die Materialaufwendungen (- 0,3 Mio. €) und die Abschreibungen (- 0,1 Mio. €). Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen der öffentlichen Hand verminderten sich um 0,2 Mio. € infolge der Verrechnung der Zuschüsse bei den Anschaffungs-/Herstellungskosten ab dem Jahr 2010. Das Finanzergebnis verminderte sich um 0,1 Mio. € auf - 0,3 Mio. €. Es wird im Wesentlichen aus den Aufwendungen aus der Anpassung langfristiger Rückstellungen bestimmt. Insgesamt beträgt der von der MKG-Märkische Kommunale Wirtschafts-GmbH auszugleichende Verlust 15,0 Mio. €. Er liegt damit um 0,7 Mio. € unter dem Vorjahreswert und um 1,6 Mio. € unter dem Planansatz.

### **Finanzlage**

Die Finanzlage ist als gesichert zu bezeichnen. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betragen zum Bilanzstichtag 5% (Vorjahr 4%) der Bilanzsumme. Die Liquidität wurde im Rahmen der Verlustabdeckung aus Mitteln der MKG sichergestellt. Darüber hinaus hat die Gesellschaft eine Kreditlinie in Höhe von 800 T€.

### **Vermögenslage**

Die Bilanzsumme verminderte sich im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr um 394 T€ auf 31,4 Mio. €. Auf das Anlagevermögen, vorwiegend Busse und Betriebshöfe, entfallen 72,9% der Bilanzsumme (Vorjahr 71,2%); es erhöhte sich um 263 T€. Bei Verrechnung der Sonderposten aus Zuweisungen der öffentlichen Hand mit dem Sachanlagevermögen erhöhte sich dies um 1.212 T€. Das kurzfristig gebundene Vermögen verminderte sich um 657 T€. Ursächlich dafür sind verminderte Forderungen gegen verbundene Unternehmen (- 288 T€) im Wesentlichen bedingt durch das reduzierte Jahresergebnis, verminderte Vorräte (- 28 T€), verminderte Forderungen gegen Dritte (- 527 T€) sowie erhöhte liquide Mittel (+ 186 T€). Die Eigenkapitalquote beträgt bei Verrechnung der Sonderposten aus Zuweisungen der öffentlichen Hand mit dem Sachanlagevermögen 44,7% (Vorjahr 45,6%). Die Passivseite ist gekennzeichnet durch Verminderungen im langfristigen (- 1.324 T€) und Erhöhungen im kurzfristigen Bereich (+ 930 T€). Im langfristigen Bereich verminderte sich der Sonderposten aus Zuweisungen der öffentlichen Hand (- 949 T€), da Zugänge an Zuschüssen direkt dem Anlagevermögen zugerechnet werden; ebenso verminderte sich der Saldo der langfristigen Rückstellungen für Pensionen und Altersteilzeit (- 375 T€). Die Erhöhung im kurzfristigen Bereich ist gekennzeichnet durch er-

höhte Verbindlichkeiten gegenüber Dritten (+ 938 T€) im Wesentlichen im Bereich der sonstigen Rückstellungen und verminderten Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (- 8 T€).

#### **Finanzielle Leistungsindikatoren**

Für die interne Unternehmenssteuerung werden die Kennzahlen Personalaufwand zu Umsatzerlöse und der Cashflow herangezogen. Der Cashflow wird aus der Summe aus Jahresergebnis vor Verlustübernahme, Abschreibungen, Auflösungen von Sonderposten aus Zuweisungen der öffentlichen Hand und Veränderungen langfristiger Rückstellungen berechnet. Die Personalquote ist gesunken auf 56,9%. Der Cashflow beträgt -12.795 T€ und ist um 341 T€ verbessert gegenüber dem Vorjahr. Dies begründet sich im Wesentlichen durch das verbesserte Jahresergebnis vor Verlustübernahme und der erhöhten Abnahme der Rückstellungen.

#### **Nachtragsbericht**

Vorgänge, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von besonderer Bedeutung wären, haben sich nach Abschluss des Geschäftsjahres bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses 2013 nicht ereignet.

#### **Prognosebericht**

Die Gesellschaft wird auch zukünftig nachhaltig das Ziel verfolgen, sich als kostengünstiger und serviceorientierter Dienstleister auf einem qualitativ hohen Niveau unter den Anbietern im ÖPNV zu behaupten. Zur Erreichung dieses Ziels erfolgt eine konsequent umweltfreundliche Erneuerung der Busflotte. So genügen seit Jahren alle neu angeschafften Busse den höchsten Umweltansprüchen. Für das Jahr 2014 sind Investitionen in Höhe von 10,6 Mio. € geplant. Der größte Teil dieser Investitionen gilt dem Neubau des Betriebshofes in Lüdenscheid (4,9 Mio. €) sowie der Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen (3,8 Mio. €) und Fahrzeugdrucker (1,2 Mio. €). Es wird ein Ergebnis von - 17,5 Mio. € (Stand 06/2013) erwartet.

#### **Chancen- und Risikobericht**

Die Gesellschaft verfügt über geeignete Instrumentarien zur Risikofrüherkennung und Risikobewältigung. Zur Implementierung und Dokumentation der Maßnahmen für ein Risikomanagement und Risikofrühwarnsystem hat die Geschäftsführung einen verantwortlichen Risikomanagementbeauftragten benannt. Die identifizierten Risiken, die Frühwarnindikatoren und die Bewältigungsmaßnahmen sind in einem Risikomanagementhandbuch dokumentiert. Dieses wird dem Aufsichtsrat der MVG jährlich in fortgeschriebener Fassung und ergänzt durch einen Risikobericht vorgelegt.

#### **Risikobericht**

Die schwerwiegenden Risiken für die MVG liegen weiterhin im

- Bereich der Unternehmensführung und hier insbesondere in der zukünftig zu erwartenden Finanzierung der MVG über die MKG u.a. durch die Sparzwänge der öffentlichen Hand sowie in der Entwicklung des zukünftigen Wettbewerbsrechts und in den Folgen der demographischen Entwicklung.
- Bereich der Einnahmeaufteilung und des Tarifs, hier insbesondere in zukünftigen Regelungen zur Fahrkostenerstattung im Schülerverkehr und in der Finanzierung der Verkehrsgemeinschaft.

- Bereich des Leistungsangebotes in den Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Schülerverkehr.
- Bereich der Leistungsvergabe, hier insbesondere in unerwarteten Betriebsaufgaben von Auftragsunternehmern.
- Bereich des Fahrdienstes, hier in notwendigen Sanierungsarbeiten in den Betriebsstellen bzw. beim Neubau des Betriebshofes in Lüdenscheid.
- Bereich der Instandhaltung, hier insbesondere in der Abnabelung von der technischen Weiterentwicklung im KOM-Bereich aufgrund der nicht mehr ausreichenden Infrastruktur.
- Personalbereich in der Frage der Wettbewerbsfähigkeit des Spartentarifvertrags.
- Bereich der Informationstechnologie in der Anfälligkeit der Systeme gegen feindliche Angriffe.

Die MVG hat im Rahmen ihrer Einflussmöglichkeiten auf die identifizierten Risiken reagiert. Mit dem Kreistagsbeschluss vom 12.06.2008 zur Verlängerung der Betrauung bis Ende Mai 2018 und der Beschäftigungssicherungsvereinbarung bis Ende 2019 sind unabhängig von den deutschen Anpassungsmaßnahmen an die EU-Verordnung 1370/2007 sichere Rechtsgrundlagen für eine dauerhafte öffentliche Mobilitätsdienstleistung durch die MVG gewährleistet. Derzeit diskutierte Auslegungsfragen der EU-Verordnung führen bei der MVG nicht zu Einschränkungen dieser Einschätzung. In der zweiten Jahreshälfte sind in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit der Verwaltung des Märkischen Kreises die Arbeiten für eine Direktvergabe als interner Betreiber an die MVG, die spätestens ab 01.06.2018 die jetzige Betrauung ablösen soll, begonnen worden.

#### **Chancenbericht**

Die Politik des Märkischen Kreises sieht den Nahverkehr weiterhin als Daseinsvorsorge an. Durch die beabsichtigte Direktvergabe kann die Position der MVG als serviceorientierter ÖPNV-Dienstleister im Märkischen Kreis weiter gestärkt werden.

#### **Gesamtaussage**

Risiken, die das Fortbestehen der Gesellschaft gefährden, sind zurzeit nicht erkennbar.

#### **Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten**

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Die Gesellschaft verfügt über einen solventen Kundentamm. Forderungsausfälle sind die absolute Ausnahme. Zudem besteht eine langjährige Zusammenarbeit mit einem Großteil der Kunden. Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt. Im kurzfristigen Bereich finanziert sich die MVG überwiegend mittels Eigenmitteln, Lieferantenkrediten, aus Zahlungen der Muttergesellschaft MKG und über eine Kreditlinie bei einer Bank. Der geplante Neubau des Betriebshofes in Lüdenscheid soll durch einen langfristigen Kredit mit festem Zins über die gesamte Laufzeit realisiert werden. Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken aller Art. Beim Management der Finanzpositionen verfolgt

sie eine konservative Risikopolitik. Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko wird regelmäßig ein Liquiditätsplan erstellt, der einen Überblick über die Geldaus- und -einkünfte vermittelt. Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen. Zur Minimierung von Ausfallrisiken verfügt die MVG über ein adäquates Debitorenmanagement. Darüber hinaus wird sich vor Eingehung einer neuen Geschäftsbeziehung im Abo-Bereich stets über die Bonität der Kunden informiert.

#### Bericht über Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

### 5.2.2 Entwicklung des Unternehmens im Dreijahresvergleich

#### 5.2.2.1 Bilanz

Aktivseite MVG GmbH		2013	2012	2011
<b>A.</b>	<b>Anlagevermögen</b>			
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände			
1.	Konzessionen, EDV-Software	535.423,17	568.415,32	668.877,45
2.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	9.000,00	0,00	63.693,00
II.	Sachanlagen			
1.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte u. Bauten, Bauten auf fremden Grundstücken	1.760.001,38	1.917.291,50	2.010.748,69
2.	Streckenausrüstung und Sierungsanlagen	12.485,42	15.492,20	18.498,99
3.	Fahrzeuge für den Personalverkehr	16.291.033,67	15.586.158,30	14.792.773,56
4.	Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu Nr. 2 oder 3 gehören	69.375,78	96.938,08	127.301,37
5.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.554.263,37	2.000.558,33	2.178.730,74
6.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	316.179,50	99.741,53	371.537,00
III.	Finanzanlagen			
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen	2.364.621,94	2.364.621,94	2.364.621,94
2.	Beteiligungen	28.224,85	28.224,85	28.224,85
3.	Sonstige Ausleihungen, Genossenschaftsanteile	2.863,53	3.478,87	4.094,21
<b>B.</b>	<b>Umlaufvermögen</b>			
I.	Vorräte			
1.	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	680.050,33	708.236,70	695.651,40
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.581.394,04	3.164.762,07	3.956.016,59
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	4.104.204,50	4.392.041,57	3.072.151,81
3.	sonstige Vermögensgegenstände	491.370,94	371.074,40	439.645,44
IV.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	642.412,83	455.510,85	905.640,97
<b>C.</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	1.233,07	65.737,85	3.374,69
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>31.444.138,32</b>	<b>31.838.284,36</b>	<b>31.701.582,70</b>

<b>Passivseite MVG GmbH</b>		<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
<b>A.</b>	<b>Eigenkapital</b>			
I.	Gezeichnetes Kapital	5.410.541,82	5.410.541,82	5.410.541,82
II.	Kapitalrücklage	7.175.981,55	7.175.981,55	7.175.981,55
<b>B.</b>	<b>Sonderposten aus Zuweisungen der öffentlichen Hand</b>	3.288.522,48	4.237.618,32	5.337.031,42
<b>C.</b>	<b>Rückstellungen</b>			
1.	Rückstellungen für Pensionen	1.419.091,00	1.411.044,00	1.318.321,00
2.	Sonstige Rückstellungen	9.705.221,33	8.729.874,02	7.431.364,52
<b>D.</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>			
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.560.356,88	1.356.291,15	1.844.207,43
2.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.468.150,70	1.475.804,51	1.623.286,25
3.	Sonstige Verbindlichkeiten	508.811,50	1.076.935,64	592.293,56
<b>E.</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	907.461,06	964.193,35	968.555,15
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>31.444.138,32</b>	<b>31.838.284,36</b>	<b>31.701.582,70</b>

### 5.2.2.2 Bilanz Veränderungen

<b>Aktivseite MVG GmbH</b>		<b>Abweichung</b>	<b>Abweichung</b>
<b>A.</b>	<b>Anlagevermögen</b>	<b>2013/2012</b>	<b>2013/2012 in %</b>
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände		
1.	Konzessionen, EDV-Software	-32.992,15	-5,80
2.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	9.000,00	100,00
II.	Sachanlagen		
1.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte u. Bauten, Bauten auf fremden Grundstücken	-157.290,12	-8,20
2.	Streckenausrüstung und Sierungsanlagen	-3.006,78	-19,41
3.	Fahrzeuge für den Personalverkehr	704.875,37	4,52
4.	Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu Nr. 2 oder 3 gehören	-27.562,30	-28,43
5.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	-446.294,96	-22,31
6.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	216.437,97	217,00
III.	Finanzanlagen		
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
2.	Beteiligungen	0,00	0,00
3.	Sonstige Ausleihungen, Genossenschaftsanteile	-615,34	-17,69
<b>B.</b>	<b>Umlaufvermögen</b>		
I.	Vorräte		
1.	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-28.186,37	-3,98
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-583.368,03	-18,43
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	-287.837,07	-6,55
3.	sonstige Vermögensgegenstände	120.296,54	32,42
IV.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	186.901,98	41,03
<b>C.</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	-64.504,78	-98,12
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>-394.146,04</b>	<b>-1,24</b>

<b>Passivseite MVG GmbH</b>		<b>Abweichung</b>	<b>Abweichung</b>
<b>A. Eigenkapital</b>		<b>2013/2012</b>	<b>2013/2012 in %</b>
I.	Gezeichnetes Kapital	0,00	0,00
II.	Kapitalrücklage	0,00	0,00
<b>B.</b>	<b>Sonderposten aus Zuweisungen der öffentlichen Hand</b>	-949.095,84	-22,40
<b>C.</b>	<b>Rückstellungen</b>		
1.	Rückstellungen für Pensionen	8.047,00	0,57
2.	Sonstige Rückstellungen	975.347,31	11,17
<b>D.</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>		
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	204.065,73	15,05
2.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-7.653,81	-0,52
3.	Sonstige Verbindlichkeiten	-568.124,14	-52,75
<b>E.</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	-56.732,29	-5,88
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>-394.146,04</b>	<b>-1,24</b>

### 5.2.2.3 Gewinn- und Verlustrechnung

<b>Gewinn- und Verlustrechnung MVG</b>		<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
1.	Umsatzerlöse	34.083.310,11	33.353.993,52	33.732.062,97
2.	sonstige betriebliche Erträge	4.453.016,49	4.165.140,81	3.441.152,63
3.	Materialaufwand			
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	5.407.476,29	5.619.798,77	5.660.992,16
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	20.760.461,83	20.875.724,01	18.854.076,35
4.	Personalaufwand			
a)	Löhne und Gehälter	15.080.174,31	14.867.448,95	14.384.780,51
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	4.327.482,88	4.287.866,47	4.087.980,20
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	3.561.859,42	3.652.564,48	3.691.927,89
6.	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen der öffentlichen Hand	949.095,84	1.099.413,10	1.225.609,17
7.	sonstige betriebliche Aufwendungen	5.041.833,31	4.850.647,43	4.815.968,14
8.	Erträge aus Beteiligungen	764,00	0,00	0,00
9.	Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	3.885,63	36.644,72	93.344,49
10.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	70.325,32	126.278,36	94.505,68
11.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	377.695,74	356.451,62	379.246,80
<b>12.</b>	<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-14.996.586,39</b>	<b>-15.729.031,22</b>	<b>-13.288.297,11</b>
13.	Sonstige Steuern	36.474,22	37.105,42	37.659,90
14.	Erträge aus Verlustübernahme	15.033.060,61	15.766.136,64	13.325.957,01
<b>15.</b>	<b>Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

#### 5.2.2.4 Gewinn- und Verlustrechnung Veränderungen

	<b>Gewinn- und Verlustrechnung MVG</b>	<b>Abweichung 2013/2012</b>	<b>Abweichung 2013/2012 in %</b>
1.	Umsatzerlöse	729.316,59	2,19
2.	sonstige betriebliche Erträge	287.875,68	6,91
3.	Materialaufwand		
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-212.322,48	-3,78
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	-115.262,18	-0,55
4.	Personalaufwand		
a)	Löhne und Gehälter	212.725,36	1,43
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	39.616,41	0,92
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-90.705,06	-2,48
6.	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen der öffentlichen Hand	-150.317,26	-13,67
7.	sonstige betriebliche Aufwendungen	191.185,88	3,94
8.	Erträge aus Beteiligungen	764,00	100,00
9.	Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	-32.759,09	-89,40
10.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-55.953,04	-44,31
11.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	21.244,12	5,96
<b>12.</b>	<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>732.444,83</b>	<b>4,66</b>
13.	Sonstige Steuern	-631,20	-1,70
14.	Erträge aus Verlustübernahme	-733.076,03	-4,65
<b>15.</b>	<b>Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

#### 5.2.3 Anzahl der Beschäftigten

Die Zahl der Beschäftigten entwickelte sich von 2011 bis 2013 wie folgt (durchschnittliche Zahl der während des Berichtsjahrs Beschäftigten):

	<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
Beschäftigte	430	420	409

#### 5.2.4 Finanzbeziehungen zur Stadt Lüdenscheid

Die Verluste der Gesellschaft werden von der im Alleinbesitz des Märkischen Kreises stehenden MKG getragen. Die Stadt Lüdenscheid wird indirekt über die Kreisumlage an der Verlustabdeckung beteiligt.

Von der Stadt Lüdenscheid werden darüber hinaus Schülerbeförderungskosten gezahlt.

Die Finanzbeziehungen zwischen der MVG und der Stadt Lüdenscheid stellen sich wie folgt dar (in T€):

	<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
Fiktiver Anteil der Stadt Lüdenscheid	2.768	2.986	2.501
an den Verlusten der MVG entsp. dem Anteil der Stadt an der Kreisumlage	(18,46 % von 14.997 Verlust)	(18,94 % von 15.766 Verlust)	(18,77% von 13.326 Verlust)

Weitere Informationen zu der Gesellschaft können auf der Internetseite unter dem folgenden Link abgerufen werden:

<http://www.mvg-online.de/>

## **Teil V**

# **Eigenbetriebsähnliche Einrichtung**

# 1 Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid

## 1.1 Allgemeine Unternehmensdaten

### 1.1.1 Statistische Angaben

Einrichtungsbezeichnung:	Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Am Fuhrpark 14 58507 Lüdenscheid
Gründungsjahr:	1991
Grundkapital:	1.942.909,15 Euro
Beteiligung der Stadt:	1.942.909,15 Euro = 100%

### 1.1.2 Erläuterung zur Rechtsform, Gegenstand und Zweck der Einrichtung

Eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Lüdenscheid ist der Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid. Diese eigenbetriebsähnliche Einrichtung ist ein Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Sie bildet rechtlich eine Einheit mit der Stadt Lüdenscheid, ist aber als Sondervermögen aus der Haushaltswirtschaft der Stadt ausgesondert und verfügt über eine eigene Wirtschaftsplanung, Buchführung und Rechnungslegung. Der STL ist in vollem Umfang entsprechend den Vorschriften des Eigenbetriebsrechts organisiert und organisatorisch dem Bürgermeister zugeordnet. Gegenstand der Einrichtung ist die Abfallentsorgung, die Straßenreinigung, der Betrieb des städtischen Fuhrparks, des städtischen Baubetriebes und der Zentraldeponie Kleinleifringhausen sowie die mit diesen Aufgaben mittelbar oder unmittelbar zusammenhängenden öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Tätigkeiten.

Abfallentsorgung und Straßenreinigung sind lebenswichtige Bedürfnisse der Gemeinschaft, gehören zur Daseinsvorsorge und sind öffentliche Aufgaben der kommunalen Körperschaften. Mit der Übernahme dieser Aufgaben erfüllt der Betrieb unmittelbar öffentliche Zwecke.

### 1.1.3 Wichtige Verträge

- Ratsbeschluss vom 11.06.1990 zur Führung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung ab 01.01.1991
- Betriebssatzung in der aktuellen Fassung
- Dienstanweisung in der aktuellen Fassung
- Pachtvereinbarung vom 14.01.1991

#### 1.1.4 Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Organen der Einrichtung

Dargestellt wird die aktuelle Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen.

##### a) Werkleitung

Werkleiter Herr Heino Lange

##### b) Werksausschuss

Vorsitzender RH Bernd Schildknecht

1. stellv. Vorsitzender RH Lothar Hellwig

2. stellv. Vorsitzende RF Sandra Manß

RH Dirk Franke

RF Karin Hertes

RH Güner Cebir

SB Marcus Gawlik

SB Michael Kaulbach

RH Rüdiger König

RF Ursula Maria Meyer

RF Elisabeth Siebensohn

SB Wilfried Starosta

SB Jean-Luke Thubauville

RH Hansjürgen Wakup

SB Jochen Kliebisch

SB Peter-Paul Marienfeld

SB Renate Klebeck

RH Yasin Kut

SB Ralf Tofote

Beratendes Mitglied:

Herr Sotirios Bulis

Vertreter:

Herr Evangelos Karavasilis

## 1.2 Wirtschaftliche Situation

Die Darstellung der wirtschaftlichen Situation bezieht sich auf das Geschäftsjahr 2013.

### 1.2.1 Allgemeine Entwicklung des Unternehmens

#### Grundlagen des Eigenbetriebs

Der Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid -STL- ist eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Lüdenscheid und ist organisatorisch und finanzwirtschaftlich weitestgehend selbstständige Einrichtung der Stadtverwaltung Lüdenscheid ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Der Betrieb bietet in den Bereichen Abfallentsorgung, Reinigung, Winterdienst, Pflege von Grün- und Freiflächen sowie Gebäude- und Straßenunterhaltung ein umfangreiches Leistungspaket. Dabei handelt es sich hauptsächlich um hoheitliche Tätigkeitsfelder, die vorrangig im öffentlichen Interesse durchgeführt werden. Zudem werden Tätigkeiten für städtische Gesellschaften oder Tochtergesellschaften der Stadt und für Nachbarstädte und Gemeinden durchgeführt.

#### Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft verzeichnete in 2013 mit 0,4 Prozent ein im Vergleich zu den Vorjahren leicht abgeschwächtes Wachstum. In 2012 betrug das Wirtschaftswachstum 0,7 Prozent und in 2011 sogar 3,3 Prozent. Die schwache Konjunktur in der Euro-Zone und auch die erheblichen Unsicherheiten aufgrund der Schuldenkrise im Euro-Raum führten insgesamt zur Verunsicherung in vielen Firmen und beeinträchtigten die Investitionsbereitschaft. Die deutsche Wirtschaft wurde durch die anhaltende Rezession in einigen europäischen Ländern zwar auch belastet, dennoch ist Deutschland konjunkturell weit besser aufgestellt als die meisten anderen Euro-Staaten. Die regionale Wirtschaft im märkischen Südwestfalen hat sich in 2013 nochmals positiv entwickelt, obwohl auch regional Risiken aufgrund gestiegener Energie- und Rohstoffpreise bestanden. Die entsorgungspflichtigen Abfallmengen lagen leicht unter den Vorjahreswerten.

#### Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2013 schließt mit einem Jahresüberschuss von 373,4 T€. Die Umsatzerlöse bewegen sich mit rd. 26.673,2 T€ im Rahmen des Vorjahreswertes. Die überdurchschnittliche Dauer und Intensität des Winters im ersten Halbjahr 2013 haben das Ergebnis maßgeblich beeinflusst. Dies führte insbesondere im Bereich des öffentlich-rechtlichen Winterdienstes zu einer erheblichen Abweichung im Vergleich zum Wirtschaftsplanansatz. Nur aufgrund der milden Temperaturen in den Monaten November und Dezember hat sich das Ergebnis dieses Teilbereiches nicht weiter verschlechtert. Bei der gewerblichen Abfallentsorgung ist der STL im Bereich der Papiersammlung weiterhin für die Duale System Deutschland GmbH (DSD) als Marktführer und für andere Systembetreiber als direkter Vertragspartner tätig. Die Sammlung von Leichtstoffverpackungen führte der STL ebenfalls als direkter Vertragspartner der DSD GmbH durch. Als Ergebnis einer europaweiten Ausschreibung Ende 2013 wurde der Vertrag für 3 weitere Jahre, bis zum 31.12.2016, abgeschlossen. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung wurde das Budget des STL um weitere 200,0 T€ für die Unterhaltung von Straßen, Grünflächen, sowie Spiel- und Bolzplätzen reduziert, so dass dem Betrieb insgesamt für die genannten Aufgaben rd. 3.995,0 T€ zur Verfügung standen. Aufgrund der Budgetkürzungen der letzten Jahre sind die Unterhaltungsarbeiten im Bereich Baubetrieb bereits auf die gesetzlichen Pflichtaufgaben

wie z. B. für Maßnahmen der Verkehrssicherungspflicht sowie zur Abwehr von Gefahren und zur Unfallverhütung an Straßen, Grünflächen sowie Spiel- und Bolzplätzen begrenzt. Um dennoch weitere unerlässliche Unterhaltungsmaßnahmen an Straßen durchführen zu können, wurden dem Betrieb über das Budget hinaus weitere Mittel zur Verfügung gestellt. So hat der Rat der Stadt Lüdenscheid im September 2013 beschlossen, dem Betrieb für das Jahr 2013 Mittel in Höhe von rd. 234,0 T€ für dringend erforderliche Sanierungsarbeiten bereit zu stellen. Die Arbeiten wurden noch in 2013 ausgeschrieben, die Ausführung der Arbeiten erfolgt aus Zeit- und Witterungsgründen jedoch in 2014. Weiter stellt die Stadt jährlich Mittel auf der Basis von Instandhaltungsrückstellungen in Höhe von rd. 500,0 T€ für die Jahre 2013 bis 2015 zur Verfügung. Bis auf Restarbeiten konnten diese Arbeiten für das Jahr 2013 abgeschlossen werden. Im Bereich der Abfallentsorgung wurde eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Halver abgeschlossen. Der STL wird ab dem Jahr 2015 die Sammlung und den Transport von Hausmüll, Sperrmüll, Papier, Elektroschrott und Grünabfällen durchführen sowie die Leerung der Straßenpapierkörbe in der Stadt Halver übernehmen. Die Vereinbarung tritt am 01.01.2015 in Kraft und ist frühestens zum Ende des Jahres 2023 kündbar. Zur Ergänzung der bisherigen Wertstoffeffassung im Elektrokleingerätebereich hat der Betrieb zehn zusätzliche Sammelcontainer im Stadtgebiet aufgestellt. Ziel ist es, diesen Bereich weiter auszubauen und alle städtischen Einrichtungen und Gebäude an das Sammelsystem anzuschließen. Im Bereich der Grünflächenunterhaltung hat der Betrieb einen neuen Weg eingeschlagen und einige städtische Grünflächen und Verkehrsinseln als Wild- und Zierblumenwiesen ausgebaut.

Damit wurde ein großer Beitrag zur Verschönerung des Stadtbildes geleistet. Der Betrieb wird in den nächsten Jahren weitere Flächen ausbauen, denn durch diese Maßnahmen können auch die Unterhaltungskosten erheblich reduziert werden, weil auf Wild- und Zierblumenflächen weniger Pflegegänge notwendig sind. Auch im Berichtsjahr 2013 wurden im Rahmen der Zusammenarbeit mit der Arge Märkischer Kreis Hartz IV Kräfte beim STL eingesetzt. Durchschnittlich standen wie im Vorjahr nur sechs Kräfte zur Verfügung, so dass auch in 2013 auf die Durchführung von Projekten verzichtet werden musste und die Teilnehmer der Maßnahme schwerpunktmäßig für die Beseitigung unerlaubter Abfallablagerungen eingesetzt wurden.

Die Stromkosten sind im Geschäftsjahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, obwohl die Stadt für die Jahre 2012 bis 2015 erhebliche Mittel für die Erneuerung und Sanierung der Straßenbeleuchtung bereitgestellt hat. Die Investitionssumme in 2012 betrug bereits rd. 1.750,0 T€ und in 2013 rd. 2.900,0 T€. Insbesondere durch die Umstellung auf LED-Beleuchtung konnte der Verbrauch in 2013 um rd. 18,5% bzw. 410.273 kWh gesenkt werden. Der Gesamtverbrauch des Geschäftsjahres betrug 3.291.482 kWh. Trotz dieser Maßnahmen betragen die Mehrkosten aufgrund gestiegener Stromkosten und Netzentgelte im Vergleich zum Vorjahr rd. 75,2 T€.

#### **Ertragslage**

Die Umsatzerlöse lagen mit 25.673,2 T€ (Vorjahr 25.152,3 T€) unter den Umsatzerlösen des Vorjahres. Die Umsatzerlöse gliedern sich auf die Hauptbetriebsbereiche wie folgt auf:

<b>Ertragslage STL 2013 Bereiche</b>		<b>2013</b>	<b>in %</b>	<b>2012</b>	<b>in %</b>
1.	Abfallentsorgung (öffentlich-rechtlich und gewerblich)	11.412,4	44,5	11.392,4	45,3
2.	Reinigung und Winterdienst (öffentlich-rechtlich und gewerblich)	3.989,5	15,5	3.411,3	13,6
3.	Deponiebetrieb und Schadstoffsammlung (gewerblich)	315,5	1,2	321,4	1,3
4.	Leistungen für die Stadt (öffentlich-rechtlich)	9.709,2	37,8	9.762,1	38,8
5.	Sonstige Leistungen (öffentlich-rechtlich und gewerblich)	246,6	1,0	265,1	1,1
6.	<b>Summe</b>	<b>25.673,2</b>		<b>25.152,3</b>	

Die Umsätze im Bereich Leistungen für die Stadt (öffentlich-rechtlich) enthalten im Wesentlichen Leistungen des Baubetriebes in der Straßen- und Grünflächenunterhaltung, Friedhofsunterhaltung, Gebäude- und Sportflächenunterhaltung von 4.851,5 T€ (Vorjahr 5.245,2 T€). Darüber hinaus sind in dem Betrag Tiefbauinvestitionen in Höhe von 2.445,2 T€ (Vorjahr 1.467,9 T€) sowie Mittel aus dem von der Stadt aufgelegten Sonderprogramm für unterlassene Unterhaltungsmaßnahmen in Höhe von 965,0 T€ (Vorjahr 1.502,6 T€) enthalten, die ergebnisneutral abgerechnet werden. Sonstige Leistungen für die Ämter wurden in Höhe von 1.447,4 T€ (Vorjahr 1.546,5 T€) erbracht.

#### **Sonstige betriebliche Erträge und Zinsen**

Die sonstigen betrieblichen Erträge und Zinsen betragen 563,8 T€ (Vorjahr 386,9 T€) und setzen sich u. a. zusammen aus Mieterträgen, periodenfremden Erträgen, Zinsen, Erträgen aus der Photovoltaik-Einspeisung sowie aus Erträgen aus Anlageabgängen. Im Wesentlichen ist hier die Korrektur der abzugsfähigen Vorsteuer für die gewerblichen Betriebsbereiche von 298,3 T€ (Vorjahr 256,8 T€) ausgewiesen. Ab 2011 wurde die Erfassung der Umsatzsteuer dahingehend geändert, dass anstelle einer Nettoerfassung der Eingangsrechnungen eine Bruttoerfassung der Eingangsrechnungen vorgenommen wurde. Die abzugsfähige Vorsteuer wird nach Feststellung des endgültigen Vorsteuerschlüssels als Ertrag erfasst bzw. vom Anlagevermögen und den Vorräten abgesetzt.

#### **Aufwendungen**

Die Aufwendungen bewegen sich mit 25.863,5 T€ inkl. 78,7 T€ Steuern (Vorjahr 25.530,4 T€ inkl. 119,1 T€ Steuern) etwas über dem Niveau des Vorjahres und gliedern sich wie folgt auf:

<b>Aufwendungen STL 2013</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>Abweichung</b>
1. Personalkosten	8.057,7	8.017,6	40,1
2. Pachtkosten	1.005,4	1.001,0	4,4
3. Betriebsstoffkosten	705,2	733,3	-28,1
4. Fahrzeugkosten	758,9	637,8	121,1
5. Reinigung und Winterdienst	1.153,7	606,3	547,4
6. Entsorgungsgebühren	3.763,9	3.953,2	-189,3
7. Abschreibungen	784,1	776,7	7,4
8. Straßen und Grünflächen, Sonstige Kosten	9.521,5	8.653,5	868,0
9. Zinsaufwand	34,4	31,9	2,5
10. Zwischensumme	25.784,8	24.411,3	1.373,5
11. Steuern	78,7	119,1	-40,4
<b>12. Summe</b>	<b>25.863,5</b>	<b>24.530,4</b>	<b>1.333,1</b>

In 2013 waren insgesamt 173,5 Arbeitnehmer beschäftigt. Die Personalkosten liegen um 40,1 T€ über den Kosten des Vorjahres. Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen die tarifliche Steigerung. Insgesamt wurden durch das gewerbliche Personal im Jahr 2013 mit 170.520 Leistungsstunden (Vorjahr 184.639 Stunden) 14.119 Stunden weniger erbracht als im Jahr 2012. Für die Berechnung der Pacht werden die laufenden Abschreibungen und die Verzinsung der Restbuchwerte der Grundstücke und Gebäude zugrunde gelegt. Zudem wird ein Betrag in Höhe von 0,75% der Anschaffungs- und Herstellungskosten des Anlagevermögens für anstehende Unterhaltungsmaßnahmen eingerechnet. Der Pachtzins beträgt weiterhin 6,2% (inkl. Avalprovision und Verwaltungskostenanteil) der Buch- und Restbuchwerte der Grundstücke und Gebäude. In der Position Pachtkosten sind auch Pachten und Sondernutzungsentgelte enthalten, die an die Stadt für die Wertstoffsammelstellen abgeführt werden. Die Kosten für Betriebsstoffe liegen mit 705,2 T€ aufgrund geringerer Verbräuche und im Berichtsjahr leicht gesunkener Kraftstoffpreise um -28,1 T€ unter den Beträgen des Vorjahres 733,3 T€. Die Fahrzeugkosten liegen mit 758,9 T€ um 121,1 T€ über dem Vorjahreswert von 637,8 T€. Das ist im Wesentlichen auf zusätzliche Reparaturaufwendungen durch die erhöhte Inanspruchnahme der Fahrzeuge im Winterdienst begründet. Die Sachkosten für die Reinigung und den Winterdienst (Streumaterial, Kosten für Drittbeauftragte usw.) lagen mit 1.153,7 T€ deutlich über dem Vorjahreswert von 606,3 T€ (+547,4 T€) aufgrund der unterdurchschnittlichen Intensität des Vorjahreswinters. Die Entsorgungsgebühren für Abfall, die an den Märkischen Kreis abzuführen sind, liegen aufgrund der gesunkenen Abfallmengen mit 3.763,9 T€ um -189,3 T€ unter dem Vorjahreswert von 3.953,2 T€. Die Abschreibungen betragen 784,1 T€ (Vorjahr 776,7 T€). Im Bereich Straßen und Grünflächen und Sonstige Kosten liegen die Aufwendungen mit 9.521,5 T€ um 868,0 T€ über dem Vorjahreswert. Da die Stadt alleiniger Auftraggeber für Tiefbauinvestitionen (durchlaufender Posten) ist, ist die Erhöhung in erster Linie auf die vermehrte Bautätigkeit des Betriebes im Auftrag der Stadt im Bereich Straßenneubau in Höhe von 2.445,2 T€ zurückzuführen (Vorjahr: 1.467,9).

### **Jahresergebnis**

Das Geschäftsjahr 2013 schließt mit einem Jahresüberschuss von 373,4 T€.

### **Ergebnis der Betriebsbereiche**

Der Überschuss von 373,4 T€ ergibt sich aus den einzelnen Betriebsbereichen wie folgt:

<b>Ergebnis der Betriebsbereiche STL 2013</b>	<b>2013</b>
1. Öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung	126,5
2. Öffentlich-rechtliche Straßenreinigung und Winterdienst	439,4
3. Baubetrieb (inkl. Straßen und Grünflächen)	-356,2
4. Friedhöfe	24,2
5. Leistungen für die Stadt und andere öffentlich-rechtliche Dritte	40,6
6. Zwischensumme öffentlich-rechtliche Betriebsbereiche	274,5
7. Gewerbliche Abfall- und Wertstoffentsorgung	69,5
8. Sonstige Leistungen für Dritte	29,4
9. Zwischensumme gewerbliche Betriebsbereiche	98,9
<b>10. Summe</b>	<b>373,4</b>

In den öffentlich-rechtlichen Betriebsbereichen beträgt der Überschuss 274,5 T€. In den gewerblichen Betriebsbereichen ist ein Überschuss von 98,9 T€ nach Steuern zu verzeichnen. Die öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung schließt mit einem positiven Ergebnis ab. Das ist insbesondere aufgrund niedrigerer Abfallmengen bei in etwa gleichbleibenden Verwertungserlösen zu verzeichnen. Im Jahr 2013 fällt das Ergebnis der öffentlich-rechtlichen Straßenreinigung und des Winterdienstes mit 439,4 T€ deutlich positiv aus. Mit dem Ergebnis konnte ein Teil der Kostenunterdeckung aus dem Jahr 2010 in Höhe von -662,9 T€ refinanziert werden.

Auch in den öffentlich-rechtlichen Bereichen Baubetrieb und Leistungen für die Stadt und andere öffentlich-rechtliche Dritte, in denen Winterdienstaufwendungen auflaufen sowie im gewerblichen Betriebsbereich Sonstige Leistungen für Dritte werden die Ergebnisse vom durchschnittlichen Winter beeinflusst. Zudem waren die Erstattungen durch die Stadt weiter rückläufig. Die gewerbliche Abfallentsorgung schließt mit einem Ergebnis von 69,5 T€ (Vorjahr: 64,2 T€) positiv ab.

Im Bereich der gewerblichen Reinigung und des gewerblichen Winterdienstes einschließlich sonstiger Leistungen für Dritte konnte aufgrund des durchschnittlichen Winters in 2013 ein leicht positives Ergebnis von 29,4 T€ erzielt werden.

#### **Finanzlage**

Das Eigenkapital beträgt 3.860,8 T€ und liegt damit um 373,4 T€ über dem Vorjahreswert von 3.487,5 T€. In Relation zur Bilanzsumme von 8.188,1 T€ beträgt die Eigenkapitalquote 47,3% (Vorjahr 48,0%). Im Anstieg des Eigenkapitals spiegelt sich der Jahresüberschuss in Höhe von 373,4 T€ des Jahres wider. Die allgemeine Rücklage des Betriebes hat zum 31.12.2013 wie im Vorjahr einen Bestand von 2.362,1 T€. Die Rückstellungen belaufen sich auf insgesamt 2.661,8 T€. Davon entfallen 1.246,9 T€ auf Rückstellungen für Gebührenüberschüsse, 632,1 T€ auf Personalarückstellungen, 80,5 T€ auf Rückstellungen für Prüfungskosten und interne Jahresabschlusskosten, 646,1 T€ auf Rückstellungen für Altersteilzeit, 28,1 T€ auf Steuerrückstellungen und 28,0 T€ auf übrige Rückstellungen.

Die Verbindlichkeiten betragen mit insgesamt 1.665,5 T€ rd. 20,3% der Bilanzsumme und liegen um 372,8 T€ über dem Vorjahreswert. Ursächlich hierfür ist die Erhöhung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 332,2 T€ und der Ausweis der erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen in Höhe von 48,5 T€. Die Liquidität war ganzjährig und über diesen Zeitraum hinaus bis zur Erstellung dieses Lageberichts gesichert. Die bilanzierten Zahlungsverpflichtungen konnten jederzeit erfüllt werden. Die Investitionen des Betriebes betragen im

Jahr 2013 insgesamt 1.043,7 T€. Die Investitionssumme lag im Vergleich zum Wirtschaftsplan um 69,2 T€ über dem Ansatz von 974,5 T€. Im Rahmen der Investitionsplanung wurde von längeren Lieferzeiten ausgegangen.

Die Bilanzrelationen haben sich im Vergleich zum Vorjahr geändert. Die Bilanzsumme erhöhte sich um 920,1 T€ auf 8.188,1 T€ (Vorjahr 7.268,0 T€). Auf der Aktivseite der Bilanz nahm das Anlagevermögen um insgesamt 244,6 T€ zu und beträgt mit 3.538,5 T€ 43,2% der Bilanzsumme (Vorjahr: 3.293,8 T€, 45,3%). Das kurzfristig gebundene Umlaufvermögen in Höhe von 4.649,6 T€ nahm stichtagsbezogen um 675,4 T€ zu (Vorjahr 3.974,2 T€). Das Anlagevermögen ist zu 109,1% (Vorjahr: 105,9%) durch Eigenkapital gedeckt. Die Finanzierung der Investitionen erfolgte u. a. durch bilanzielle Abschreibungen. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden in Höhe von 28,7 T€ (Vorjahr 24,0 T€) ausgewiesen. Der STL nimmt die Aufgabe Friedhofswesen im Rahmen der STL-Betriebssatzung und STL Dienstanweisung war. Der Rechnungsabgrenzungsposten für die Gebühreneinnahmen für die Überlassung von Grabstätten für zukünftige Jahre wird bei der Stadtverwaltung Lüdenscheid geführt.

#### **Feststellung im Rahmen der Prüfung nach § 53 des HGrG**

Die von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Märkische Revision GmbH durchgeführte Prüfung gemäß § 53 HGrG hat für das Geschäftsjahr 2013 keine Anhaltspunkte ergeben, die Zweifel an der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung begründen könnten.

#### **Gesamtaussage**

Die wirtschaftliche Lage des Betriebes ist unter Berücksichtigung des vorgegebenen Budgetrahmens der Stadt und dem aktuellen Marktumfeld in den gewerblichen Bereichen nach wie vor gut.

#### **Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren**

Ziel des Betriebes ist die Erreichung eines ausgeglichenen Ergebnisses, das sich im Rahmen des vorgegebenen Wirtschaftsplans unter Einhaltung der Budgetvorgaben bewegt. Zur Unternehmenssteuerung dient ein umfassendes unterjähriges Berichtswesen mit einem Soll-/Ist-Abgleich. Um die gleichbleibende Qualität der Leistung gewährleisten zu können werden die Mitarbeiter kontinuierlich geschult und weitergebildet, um die Kundenzufriedenheit weiter zu steigern. Schulungsmaßnahmen und Weiterbildungen fördern die Identifikation der Mitarbeiter mit dem Betrieb, was sich insbesondere in einer sehr geringen Mitarbeiterfluktuation zeigt. Die Reduzierung von Emissionswerten und Energieverbräuchen sind wesentliche Merkmale bei der Neubeschaffung von Fahrzeugen und Geräten.

#### **Nachtragsbericht**

Bis zur Erstellung dieses Berichtes haben sich keinerlei Hinweise auf Vorgänge von besonderer Bedeutung ergeben, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind und welche die voraussichtliche Entwicklung des Betriebes im wesentlichen Umfang negativ beeinflussen könnten. Entsprechend § 108 Abs. 3 Nr. 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) hat der Betrieb im Berichtsjahr 2013 die öffentliche Zwecksetzung erfüllt, die ihm von der Stadt Lüdenscheid im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge übertragen wurde.

#### **Prognosebericht**

Nach Ansicht der Deutschen Bundesbank aus Januar 2014 hat die deutsche Wirtschaft bereits im vergangenen Jahr wieder Fahrt aufgenommen. Dieser Aufwärtstrend kann sich aller Voraussicht nach sowohl in 2014 als auch in 2015 fortsetzen. Es sind vor allem binnenwirtschaftliche Kräfte, die wieder für Auftrieb gesorgt haben. Das anhaltende Beschäftigungswachstum und

die günstigen Finanzierungsbedingungen stützen den privaten Konsum und treiben den Wohnungsbau an. Auch der deutsche Außenhandel gewinnt wieder an Schwung. Dieser Trend dürfte sich nach Meinung der Deutschen Bank weiter fortsetzen, wenn die Erholung in der Weltwirtschaft und im Euro-Raum an Breite gewinnt. Die Volkswirte der Bundesbank erwarten, dass die deutsche Wirtschaft in 2014 um 1,7% und im nächsten Jahr um 2,0% wachsen wird. Dies sollte sich auch auf die Kreislaufwirtschaft positiv auswirken, so dass sich auch die Vermarktung von Sekundärrohstoffen wie Altpapier und Schrott verbessert. Damit kann sich auch die Nachfrage nach Entsorgungsdienstleistungen verbessern. Die Dienstleistungsangebote des Betriebes werden diese Entwicklung begleiten und laufend den Markterfordernissen anpassen. Die für die Stadt durchzuführenden Aufgaben wie die Abfallentsorgung, die Straßenreinigung und der Winterdienst, die Leistungen des Baubetriebes, die Friedhofsunterhaltung und die sonstigen Leistungen werden auf Basis von Selbstkosten abgerechnet und im Rahmen der Wirtschaftsplanansätze für das Jahr 2014 abgewickelt. In 2014 wird dem Betrieb das zur Verfügung stehende Budget zur Unterhaltung von Straßen, Grünflächen, Spiel- und Bolzplätzen einschließlich dem Winterdienst auf Straßen außerhalb geschlossener Ortslage und der Reinigung der Straßeneinläufe im Rahmen der Haushaltskonsolidierung um weitere 180,0 T€ auf rd. 3.815,0 T€ gekürzt. Die Unterhaltungsarbeiten für den Bereich Baubetrieb sind aber bereits auf gesetzliche Pflichtaufgaben, wie zum Beispiel für Maßnahmen im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht sowie zur Abwehr von Gefahren und zur Unfallverhütung an Straßen, Grünflächen und Spiel- und Bolzplätzen und auf vertragliche Verpflichtungen begrenzt. Diese Budgetkürzungen kann der STL nicht mehr kompensieren und erwartet für 2014 einen Fehlbetrag in Höhe von rd. 702,0 T€ in diesem Betriebsbereich. Durch das Sanierungsprogramm für die Straßenbeleuchtung konnte der Stromverbrauch im Geschäftsjahr um rd. 18,5% reduziert werden. Die Energiekosten betragen für das Geschäftsjahr rd. 738,9 T€. Bei unveränderten Parametern ohne Sanierung hätten die Energiekosten rd. 906,4 T€ betragen. Der Stromverbrauch konnte insgesamt um rd. 410.273 kWh reduziert werden. Das Sanierungsprogramm läuft noch bis zum Ende des Jahres 2015. Im Folgejahr werden voraussichtlich weitere rd. 1.750,0 T€ in die Erneuerung der Straßenbeleuchtung investiert. Die Aufwendungen können sich aufgrund allgemeiner Preissteigerungen, zum Beispiel bei Energie- und Kraftstoffaufwendungen, im Jahr 2014 noch erhöhen. Jedoch scheinen die Prognoseziele des Betriebes für das Jahr 2014 weiterhin erreichbar zu sein. Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten. Die Werkleitung beobachtet das Marktgeschehen sowie das politische und rechtliche Umfeld zur Wertstoffeffassung sowie zur Einführung einer Wertstofftonne. Grundsätzlich werden aus Sicht des Betriebes zurzeit keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf die Abfallwirtschaft gesehen. Darüber hinaus sieht sich der Betrieb mit steigenden Anforderungen an die Wirtschaftlichkeit sowie zunehmender Ansprüche an Service- und Qualitätsstandards unter gleichzeitiger Beibehaltung qualifizierter Arbeitsplätze konfrontiert. Der Betrieb hat sich zum Ziel gesetzt, diese Anforderungen auch unter Berücksichtigung des demografischen Wandels - sowohl bei der Dienstleistung gegenüber der Lüdenscheider Bevölkerung als auch bei der internen Leistungsbeziehung - zu bewältigen. Die voraussichtliche Entwicklung des Betriebes ist trotz der zurzeit bestehenden schwierigen Rahmenbedingungen gut. Insbesondere die Abfallbranche bietet gerade für kommunale Betriebe aufgrund des günstigen politischen Umfeldes weiteres Wachstumspotential (Stichwort: Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit). Aufgrund der zu erwartenden positiven Ergebnisse in den Bereichen Abfallentsorgung sowie Straßenreinigung

und Winterdienst wird ein insgesamt leicht positives Gesamtergebnis erwartet, welches sich im Rahmen des Wirtschaftsplanansatzes bewegt.

#### **Chancen- und Risikobericht**

Den Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz in allen Unternehmensbereichen (KonTraG) hat der Betrieb entsprechend den Vorschriften mit der Implementierung eines Chancen- und Risikomanagementsystems erfüllt. Im Chancen- und Risikomanagementsystem werden alle den Betrieb und das Ergebnis dauerhaft beeinflussenden Chancen und Risiken aller Betriebsbereiche erfasst, fortlaufend überwacht und geeignete Maßnahmen zur Risikostreuung definiert. Eine regelmäßige Berichterstattung und die Überprüfung der Abläufe durch die Revision gewährleistet eine umfassende Information. Im Berichtsjahr wurde die Lohndatenerfassung, die Auftragsabrechnung sowie die finanziellen und vertraglichen Transaktionen zwischen dem STL, der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH und der Stadtverwaltung Lüdenscheid geprüft.

#### **Risikobericht**

##### **Leistungen für die Stadt**

Der Betrieb ist hauptsächlich abhängig von der Auftragsvergabe durch die Stadt Lüdenscheid in den Bereichen Baubetrieb (einschließlich Bau- und Ingenieurwesen) und sonstige Leistungen für die Stadt. Die Haushaltssituation der Stadt wirkt sich so unmittelbar auf die Ertragskraft des Betriebes aus.

##### **Gewerbeabfall**

Die Ausrichtung des Betriebes in den gewerblichen Betriebsbereichen orientiert sich daran, die Leistungsfähigkeit und den unternehmerischen Erfolg zu steigern, um im Wettbewerb weiter bestehen zu können. Seit einigen Jahren befinden sich die Entsorgungs- und Verwertungskosten für Gewerbeabfälle unter anderem aufgrund von Überkapazitäten in den Verbrennungsanlagen auf einem niedrigen Niveau und es besteht nach wie vor das Risiko, dass es zu weiteren Preisrückgängen kommt. Dies kann in Verbindung mit einem geringeren Abfallaufkommen die Entsorgungsbranche weiter belasten. Der Betrieb stellt sich diesen Herausforderungen durch intensive Kundenbetreuung und verstärkte Vertriebsaktivitäten. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Betriebes ist im Bereich der gewerblichen Abfallentsorgung unter anderem davon abhängig, ob und wann sich die allgemeine Konjunkturlage auch in der Entsorgungsbranche durch einen Anstieg des Preisniveaus bemerkbar macht.

##### **Wertstofffassung**

Entsprechend der Neufassung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) müssen Bioabfälle, Papier, Glas, Metalle und Kunststoffe ab dem 01.01.2015 grundsätzlich flächendeckend getrennt erfasst werden. Der STL erfüllt mit der haushaltsnahen Sammlung von Papier, Grün- und Bioabfällen bereits jetzt die gesetzlich gestellten Anforderungen. Neben der Einführung einer 5-stufigen Abfallhierarchie kommt das Kreislaufwirtschaftsgesetz den Städten und Gemeinden auch hinsichtlich der Genehmigung von gewerblichen und gemeinnützigen Sammlungen entgegen und eröffnet größere Handlungsspielräume. Gegenwärtig drängt eine hohe Anzahl gewerblicher Sammler auf den Markt, um zum Beispiel Altkleider, Altschuhe, Schrott und andere verwertbare Haushaltsabfälle einer geregelten Entsorgung und Verwertung zu entziehen. Dies führt zu Mengenabschöpfungen in nicht kalkulierbaren und je nach Marktlage stark schwankenden Größenordnungen zu Lasten der Gebührenzahler. Die Untere Abfallbehörde des Märkischen Kreises prüft seit in Kraft treten des Kreislaufwirtschaftsgesetzes intensiv die Genehmigungsfähigkeit solcher Sammlungen unter anderem daraufhin, ob hier öffentliche Interessen,

wie Gebührenstabilität und geringere Verschmutzung des Stadtgebietes, nicht höher zu bewerten sind als die Gewinnerzielungsabsichten gewerblicher Sammler. Mit der Umsetzung der Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes wird die öffentlich rechtliche Abfallentsorgung auch in Lüdenscheid langfristig gesichert. Die Erlöse, die der Betrieb durch die flächendeckend eingeführte haushaltsnahe Wertstoffeffassung erzielt sowie der gut aufgestellte Recyclinghof, werden auch künftig zur Gebührenstabilität beitragen. Ein weiteres Ziel bei der Umsetzung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes besteht darin, für Siedlungsabfälle spätestens bis zum Jahr 2020 eine Recyclingquote von 65 Prozent zu erreichen. Damit diese hochgesteckten Ziele erreicht werden können, sieht das Bundesumweltministerium die Einführung einer einheitlichen Wertstofftonne vor. Die nähere Ausgestaltung hierzu ist jedoch noch völlig offen und aus Sicht des Betriebes nicht vor 2015 zu erwarten. Die Werkleitung beobachtet und begleitet auch über die Verbandsebene (Verband kommunaler Unternehmen/Deutscher Städtetag) das Marktgeschehen sowie das politische und rechtliche Umfeld zu dieser Thematik.

### **Reinigung und Winterdienst**

Kostenerhöhungspotentiale bestehen im Bereich der öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Reinigung. Die Reinigungsanforderungen steigen tendenziell und auch die Anforderungen an die Winterwartung erhöhen sich aufgrund der extremeren Witterungsverhältnisse, was auch in Zukunft zu erheblichen Schwankungen der Ergebnisse führen kann. In den Kalkulationen der Gebührenbereiche und bei der Anpassung der Entgelte für Dritte werden diese Risiken weitgehend für die Zukunft berücksichtigt. Verluste im Bereich der öffentlich-rechtlichen Straßenreinigung und Winterwartung können in den Folgejahren durch Gebührenanpassungen ausgeglichen werden.

### **Versicherungsschutz**

Um das Haftungsrisiko zu minimieren, besteht seit 2007 eine Directors und Officers-Versicherung sowie eine Vertrauensschaden- und Strafrechtsschutzversicherung. Zusätzlich zur Haftpflicht-, Unfall- und Kaskoversicherung für die Beschäftigten und Fahrzeuge des Betriebes bestehen für das Inventar des STL Versicherungen gegen Schäden durch Feuer, Brand, Blitzschlag, Einbruchdiebstahl sowie gegen Elementar- und Elektronikschäden.

### **Chancenbericht**

Der Betrieb erfüllt durch die eingeführten Managementsysteme die ständig steigenden Anforderungen am Markt. Beispiele hierfür sind:

#### **Zertifizierung**

Der Betrieb verfügt über ein integriertes Managementsystem im Rahmen der Entsorgungsfachbetriebsverordnung. Die Entsorgungsgemeinschaft der deutschen Entsorgungswirtschaft e.V. bestätigte im November des Jahres die erfolgreiche Durchführung und Weiterentwicklung des Systems. Die Überprüfung erfolgte im Oktober des Berichtjahres und ist bis April 2015 gültig.

#### **Arbeitsschutz/Gefahrgut**

Im Bereich des Arbeitsschutzes wurden und werden kontinuierlich Gefährdungsanalysen von der Fachkraft für Arbeitssicherheit aufgestellt, bei denen sich keine wesentlichen Beanstandungen ergaben. Entsprechend dem Jahresbericht des Gefahrgutbeauftragten gab es beim STL im Berichtsjahr keine Unfälle mit gefährlichen Gütern, bei denen Personen, Tiere, Sachen oder die Umwelt durch das Freisetzen gefährlicher Güter zu Schaden gekommen sind. Auch aus dem Jahresbericht 2013 für die Deponie Kleinleifringhausen des Betriebsbeauftragten für Abfall haben sich keine Beanstandungen ergeben. Insbesondere bietet die Möglichkeit weiterer kommunaler

Kooperationen große Chancen zur Entwicklung des Betriebes. Beispiele dafür sind:

- die Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich der Abfallentsorgung mit Nachbarstädten und Gemeinden,
- die gemeinsame Nutzung von Personal- und Fahrzeugkapazitäten auf Baubetriebshöfen,
- die Durchführung des kommunalen Winterdienstes im Verbund.

**Gesamtaussage**

Bestandsgefährdende Risiken sind trotz der schwieriger gewordenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der sich abzeichnenden Veränderung der Wettbewerbssituation für den Betrieb nicht erkennbar.

## 1.2.2 Entwicklung des Unternehmens im Dreijahresvergleich

### 1.2.2.1 Bilanz

Aktivseite STL		2013	2012	2011
<b>A.</b>	<b>Anlagevermögen</b>			
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	35.301,00	40.811,00	14.634,00
II.	Sachanlagen			
1.	Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00	3.684,00
2.	Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.503.153,00	3.253.024,00	3.076.065,00
<b>B.</b>	<b>Umlaufvermögen</b>			
I.	Vorräte			
	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	455.715,53	447.417,98	400.121,02
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	554.953,11	459.819,61	477.015,42
2.	Forderungen an die Stadt Lüdenscheid	1.046.108,24	856.485,32	1.461.010,33
3.	Sonstige Vermögensgegenstände	568.468,97	418.063,99	259.889,75
III.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.995.655,78	1.768.392,10	483.020,75
<b>C.</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	28.745,95	24.026,30	29.412,00
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>8.188.101,58</b>	<b>7.268.040,30</b>	<b>6.204.852,27</b>

Passivseite STL		2013	2012	2011
<b>A.</b>	<b>Eigenkapital</b>			
I.	Stammkapital	1.942.909,15	1.942.909,15	1.942.909,15
II.	Rücklagen			
1.	Allgemeine Rücklage	2.362.049,42	2.362.049,42	2.362.049,42
2.	Zweckgebundene Rücklage	127.160,29	127.160,29	127.160,29
III.	Verlustvortrag	-944.654,27	-1.953.457,97	-2.564.079,06
IV.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	373.366,49	1.008.803,70	610.621,09
<b>B.</b>	<b>Rückstellungen</b>			
1.	Steuerrückstellungen	28.099,71	22.071,36	52.767,72
2.	sonstige Rückstellungen	2.633.665,88	2.465.802,91	2.021.422,98
<b>C.</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>			
1.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	48.500,00	0,00	0,00
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.395.216,73	1.063.049,68	1.457.061,06
3.	sonstige Verbindlichkeiten	221.788,18	229.651,76	194.939,62
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>8.188.101,58</b>	<b>7.268.040,30</b>	<b>6.204.852,27</b>

### 1.2.2.2 Bilanz Veränderungen

<b>Aktivseite STL</b>		<b>Abweichung</b>	<b>Abweichung</b>
<b>A.</b>	<b>Anlagevermögen</b>	<b>2013/2012</b>	<b>2013/2012 in %</b>
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	-5.510,00	-13,50
II.	Sachanlagen		
1.	Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00
2.	Betriebs- und Geschäftsausstattung	250.129,00	7,69
<b>B.</b>	<b>Umlaufvermögen</b>		
I.	Vorräte		
	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	8.297,55	1,85
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	95.133,50	20,69
2.	Forderungen an die Stadt Lüdenscheid	189.622,92	22,14
3.	Sonstige Vermögensgegenstände	150.404,98	35,98
III.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	227.263,68	12,85
<b>C.</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	4.719,65	19,64
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>920.061,28</b>	<b>12,66</b>

<b>Passivseite STL</b>		<b>Abweichung</b>	<b>Abweichung</b>
<b>A.</b>	<b>Eigenkapital</b>	<b>2013/2012</b>	<b>2013/2012 in %</b>
I.	Stammkapital	0,00	0,00
II.	Rücklagen		
1.	Allgemeine Rücklage	0,00	0,00
2.	Zweckgebundene Rücklage	0,00	0,00
III.	Verlustvortrag	1.008.803,70	51,64
IV.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-635.437,21	-62,99
<b>B.</b>	<b>Rückstellungen</b>		
1.	Steuerrückstellungen	6.028,35	27,31
2.	sonstige Rückstellungen	167.862,97	6,81
<b>C.</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>		
1.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	48.500,00	100,00
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	332.167,05	31,25
3.	sonstige Verbindlichkeiten	-7.863,58	-3,42
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>920.061,28</b>	<b>12,66</b>

**1.2.2.3 Gewinn- und Verlustrechnung**

<b>Gewinn- und Verlustrechnung STL</b>		<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
1.	Umsatzerlöse	25.673.165,15	25.152.325,18	25.760.148,81
2.	Sonstige betriebliche Erträge	543.423,61	304.911,61	366.691,63
3.	Materialaufwand			
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren	491.149,61	385.155,35	211.249,78
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	4.854.177,22	5.075.253,24	5.523.004,28
4.	Personalaufwand			
a)	Löhne, Gehälter und Beamtenbezüge	6.222.233,67	6.139.924,32	6.023.641,46
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	1.835.500,30	1.877.659,06	1.837.053,84
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und auf Sachanlagen	784.079,40	776.739,17	739.288,55
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	11.563.295,32	10.124.636,70	11.056.164,48
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	20.322,83	81.957,52	9.028,22
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	34.425,13	31.920,30	40.165,70
<b>9.</b>	<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>452.050,94</b>	<b>1.127.906,17</b>	<b>705.300,57</b>
10.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	55.589,67	94.072,63	70.171,60
11.	Sonstige Steuern	23.094,78	25.029,84	24.507,88
<b>12.</b>	<b>Jahresüberschuss</b>	<b>373.366,49</b>	<b>1.008.803,70</b>	<b>610.621,09</b>

#### 1.2.2.4 Gewinn- und Verlustrechnung Veränderungen

<b>Gewinn- und Verlustrechnung STL</b>		<b>Abweichung 2013/2012</b>	<b>Abweichung 2013/2012 in %</b>
1.	Umsatzerlöse	520.839,97	2,07
2.	Sonstige betriebliche Erträge	238.512,00	78,22
3.	Materialaufwand		
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren	105.994,26	27,52
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	-221.076,02	-4,36
4.	Personalaufwand		
a)	Löhne, Gehälter und Beamtenbezüge	82.309,35	1,34
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	-42.158,76	-2,25
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und auf Sachanlagen	7.340,23	0,95
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.438.658,62	14,21
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-61.634,69	-75,2
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.504,83	7,85
<b>9.</b>	<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-675.855,23</b>	<b>-59,92</b>
10.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-38.482,96	-40,91
11.	Sonstige Steuern	-1.935,06	-7,73
<b>12.</b>	<b>Jahresüberschuss</b>	<b>-635.437,21</b>	<b>-62,99</b>

#### 1.2.2.5 Anzahl der Beschäftigten

Die Zahl der Beschäftigten entwickelte sich von 2011 bis 2013 durchschnittlich wie folgt:

	<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
Stellen insgesamt	173,5	175	185
Angestellte (einschl. Werkleitung)	35,5	36	38
Arbeiter	129	128	131
Zeitverträge	6	7	8
Auszubildende	3	4	8

### 1.2.2.6 Finanzbeziehungen zur Stadt Lüdenscheid

Die Finanzbeziehungen (Pachtzahlungen) zwischen dem STL und der Stadt Lüdenscheid stellen sich wie folgt dar:

Produkt	Sachkonto	Bezeichnung	2013	2012	2011
010 100 050	4411010	Schneesmelzbecken, Wertstoffsammelstellen	6.260,60	6.896,42	6.415,29
130 010 020	4411000	Friedhöfe	64.291,63	57.142,81	51.501,96
010 100 030	4411060	Bedürfnisanstalt Sauerfeld	0,00	0,00	0,00

### 1.2.2.7 Finanzbeziehungen zu Beteiligungen der Stadt Lüdenscheid

Die wesentlichen Finanzbeziehungen zwischen dem STL und der STL GmbH stellen sich wie folgt dar (in T€):

	2013	2012	2011
Verwaltungskosten	41	41	43
Pacht	931	937	958
EDV-Nutzung	9	10	10

Die wesentlichen Finanzbeziehungen zwischen dem STL und dem SEL stellen sich wie folgt dar (in T€):

	2013	2012	2011
Wasserbau	88	86	90

Die wesentlichen Finanzbeziehungen zwischen dem STL und der LüWo stellen sich wie folgt dar (in T€):

	2013	2012	2011
Bauleistungen und Service	2,7	5,7	4,8

### 1.2.2.8 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

<b>Betriebswirtschaftliche Kennzahlen STL</b>		<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>	<b>Abweichung</b>
		<b>%</b>	<b>%</b>	<b>%</b>	<b>2013/2012</b>
1.	Eigenkapitalquote	47,15	47,98	39,95	-0,83
2.	Fremdkapitalquote	52,85	52,02	60,05	0,83
3.	Anlagendeckung I	109,11	105,88	80,10	3,23
4.	Anlagenintensität	43,21	45,32	49,87	-2,10
5.	Umlaufintensität	56,43	54,35	49,66	2,08
6.	Kassenmittelintensität	24,37	24,33	7,78	0,04
7.	Eigenkapitalrentabilität	9,67	28,93	24,64	-19,26
8.	Gesamtkapitalrentabilität	4,98	14,32	10,49	-9,34
9.	Materialaufwandsquote	20,39	21,45	21,95	-1,06
10.	Personalaufwandsquote	30,74	31,49	30,09	-0,76
11.	Abschreibungsquote	22,16	23,58	23,89	-1,42

### 1.2.3 Wirtschaftsplan

Die Plandaten entwickelten sich von 2013 bis 2015 wie folgt (in T€):

<b>Erfolgsplan</b>	<b>2015</b>	<b>2014</b>	<b>2013</b>	<b>2014/2015</b>	<b>in %</b>
betriebliche Erträge	28.306	27.989	26.127	317	1
betriebliche Aufwendungen	28.174	27.390	25.390	784	3
betriebliches Ergebnis	132	599	737	-467	-78
Finanzergebnis	-22	-22	-31	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	110	577	706	-467	-81
Steuern	86	102	95	-16	-16
Jahresüberschuss	24	475	611	-451	-95
<b>Investitionsplan</b>					
Gesamtinvestitionen	1.165	990	975	175	18
<b>Vermögensplan</b>					
Bilanzielle Abschreibungen	883	839	890	44	5
Jahresüberschuss	24	475	558	-451	-95
Investitionen	1.165	990	975	175	18
Periodenbezogene Liquiditätsveränderung	-258	324	474	-582	-180

#### 1.2.4 Wirtschaftsplandaten 2013 im Vergleich zum Ergebnis 2013

In der folgenden Tabelle werden die Plandaten den Istzahlen des Jahres 2013 gegenübergestellt und die Veränderungen in absoluten und prozentualen Beträgen ausgewiesen:

<b>Plan/Ist-Vergleich 2013</b>	<b>Plan 2013</b>	<b>Ist 2013</b>	<b>Abweichung</b>	<b>Abweichung in %</b>
betriebliche Erträge	26.127.000,00	26.216.588,76	89.588,76	0,34
betriebliche Aufwendungen	25.390.000,00	25.750.435,52	360.435,52	1,42
betriebliches Ergebnis	737.000,00	466.153,24	-270.846,76	-36,75
Finanzergebnis	-31.000,00	-14.102,30	16.897,70	54,51
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	706.000,00	452.050,94	-253.949,06	-35,97
Steuern	95.000,00	78.684,45	-16.315,55	-17,17
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>611.000,00</b>	<b>373.366,49</b>	<b>-237.633,51</b>	<b>-38,89</b>

Weitere Informationen zu der Gesellschaft können auf der Internetseite unter dem folgenden Link abgerufen werden:

<http://www.stl-luedenscheid.de/>

## **Teil VI**

# **Rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts**

# 1 Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid -AöR-

## 1.1 Allgemeine Unternehmensdaten

### 1.1.1 Statistische Angaben

Bezeichnung:	Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid -AöR- Lennestraße 2 58507 Lüdenscheid
Gründungsjahr:	1994/2003
Grundkapital:	20.000.000 Euro
Beteiligung der Stadt:	20.000.000 Euro

### 1.1.2 Erläuterungen zur Rechtsform, Gegenstand und Zweck

Der Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid der Stadt Lüdenscheid, der vorher als eigenbetrieb-sähnliche Einrichtung geführt wurde, ist zum 01.01.2003 in eine rechtsfähige Anstalt des öffent-lichen Rechts gem. § 114 a GO umgewandelt worden. Der Rat der Stadt Lüdenscheid hat am 18.11.2002 die entsprechende Satzung erlassen. Die Anstalt führt den Namen „Stadtentwäs-serungsbetrieb Lüdenscheid -AöR-“ kurz „SEL“. Sie tritt unter diesem Namen im gesamten Geschäfts- und Rechtsverkehr auf. Zweck des SEL ist die ordnungsgemäße Abwasserbeseiti-gung im Stadtgebiet Lüdenscheid aufgrund § 18 a WHG in Verbindung mit § 53 LWG. Zur Erfüllung dieses Zweckes sind und werden Abwasseranlagen hergestellt, die ein einheitliches System bilden und vom SEL als öffentliche Einrichtung betrieben und unterhalten werden. Zu den Aufgaben des SEL gehört die Erfüllung der gemeindlichen Pflicht zur Abwasserbeseitigung gemäß § 53 LWG. Die Abwasserbehandlung gehört nicht zu den Aufgaben des SEL. Zu den Aufgaben des SEL gehören weiterhin die Kontrolle der Gewässer und deren Anlagen mit der daraus resultierenden Unterhaltung gemäß § 91 LWG sowie der Führung eines Gewässerkatas-ters.

Die Abwasserentsorgung ist ein lebenswichtiges Bedürfnis der Gemeinschaft, gehört zur Da-seinsvorsorge und ist eine öffentliche Aufgabe, die den kommunalen Körperschaften obliegt.

### 1.1.3 Wichtige Verträge

- Betriebssatzung vom 18.11.2002, in geänderter Fassung vom 23.12.2008
- Vertrag vom 25.04.2003 zwischen der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH und dem SEL betreffend der Erbringung und Abrechnung gegenseitiger Leistungen zwischen der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH und dem SEL. Der Vertrag endet am 31.12.2009. Er verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn er nicht ein halbes Jahr vor Ablauf gekündigt wird.
- Vertrag vom 21.08.2003 zwischen dem SEL und der Stadt Lüdenscheid über die Inanspruchnahme und Abrechnung von Dienstleistungen, die von den städtischen Fachdiensten gegenüber dem SEL erbracht werden

### 1.1.4 Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Organen der Einrichtung

Dargestellt wird die aktuelle Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen.

#### a) Vorstand

Im Vorstand ist die Stadt Lüdenscheid nicht vertreten.

#### b) Verwaltungsrat

BM Dieter Dzewas (vorsitzendes Mitglied)

SB Harald Kurt Metzger

RF Verena Szermerski-Kasperek

RH Gordan Dudas

RH Bernd Michael Thielicke

RH Jens Voß

RF Susanne Mewes

RF Ursula Maria Meyer

RF Sabine Rigas-Gülde

RH Timothy Joel Kahler

RF Kirsten Petereit

SB Anette Schwarz

Die Wahl von stellvertretenden Verwaltungsratsmitgliedern ist nach der Satzung nicht vorgesehen. Das vorsitzende Mitglied wird im Verhinderungsfall durch seine/n/ihre/n Vertreter/in im Amt vertreten.

## 1.2 Wirtschaftliche Situation

Die Darstellung der wirtschaftlichen Situation bezieht sich auf das Geschäftsjahr 2013.

### 1.2.1 Allgemeine Entwicklung der Einrichtung

#### Geschäftsmodell

Mit dem Jahr 2013 beginnt die 2. Dekade der Stadtentwässerung Lüdenscheid in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR). Von Juli 1995 bis Ende 2002 wurden die Aufgaben der Abwasserbeseitigung durch die eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Lüdenscheid, Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid, die aus dem damaligen Tiefbauamt hervorgehend, organisiert. Zu den Hauptaufgaben der AöR gehört die Umsetzung und Durchführung der ordnungsgemäßen Abwasserbeseitigung in der Stadt Lüdenscheid. Diese hoheitliche Abwasserbeseitigungspflicht der Gemeinde ergibt sich aus dem Landeswassergesetz NRW.

Die Kontrolle der Gewässer und deren Anlagen mit den daraus resultierenden Unterhaltungsmaßnahmen und das Führen eines Gewässerkatasters gehört weiterhin zu den Aufgaben des Stadtentwässerungsbetriebes -AöR (SEL). Der Rat der Stadt Lüdenscheid hat mit Beschluss vom 14.10.2011 weiterhin die sich aus der Umsetzung des § 61 a Landeswassergesetz, "Private Abwasseranlagen", für die Gemeinde ergebenden Aufgaben dem SEL übertragen. Hierbei handelt es sich um die sogenannte Dichtheitsprüfung von Hausanschlussleitungen. Mit der Novellierung des LWG im März 2013 wurde die sich aus dem § 61 a ergebene sogenannte flächendeckende Dichtheitsprüfung von Hausanschlussleitungen zurückgenommen und lediglich für Abwasserleitungen mit gewerblichem Abwasser sowie für private Abwasserleitungen mit häuslichem Abwasser in Wasserschutzgebieten aufrecht erhalten.

Die dem SEL aus der Abwasserbeseitigungspflicht gestellten Aufgaben wurden ohne Beanstandungen der Aufsichtsbehörden voll erfüllt.

#### Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Auf Grundlage des Kommunalen Abgabengesetzes (KAG) werden jährlich die Entwässerungsgebühren neu kalkuliert und vom SEL-Verwaltungsrat beschlossen, nach dem der Rat der Stadt Lüdenscheid aufgrund der satzungsmäßigen Weisungsbefugnis keine Einwände erhoben hat.

Die Einwohnerzahl in der Stadt Lüdenscheid ist in den vergangenen 5 Jahren stetig zurückgegangen. So auch im Jahr 2013. Aber der Trend hat sich deutlich abgeschwächt. Trotz der verbesserten gesamtwirtschaftlichen Situation, die auch bei Lüdenscheider Betrieben erkennbar ist, ist der Frischwasserverbrauch leicht gesunken. Durch weitere Kostensenkungen im Aufwandsbereich konnte insgesamt eine Gebührenstabilität erreicht werden.

#### Geschäftsverlauf

Die Entwässerungsgebühren für das Geschäftsjahr 2013 beliefen sich für Schmutzwasser (SW) auf 2,90 €/m<sup>3</sup> Frischwasserverbrauch (Vorjahr: 2,97 €/m<sup>3</sup>). Die Gebühr für Niederschlagswasser (NW) belief sich auf 1,06 €/m<sup>2</sup> versiegelte abflusswirksame Fläche (Vorjahr: 0,99 €/m<sup>2</sup>). Ruhrverbandsmitglieder, in Lüdenscheid abwasserrelevante Gewerbe- und Industriebetriebe, beteiligen sich durch eigene Beiträge an den Abwasserbehandlungskosten des Ruhrverbands. Dieses wird bei der Gebührenkalkulation berücksichtigt. Somit fallen für Ruhrverbandsmitglieder entsprechend geringere Entwässerungsgebühren an. SW: 1,24 €/m<sup>3</sup> (Vorjahr: 1,27 €/m<sup>3</sup>) und NW: 0,85 €/m<sup>2</sup> (Vorjahr: 0,78 €/m<sup>2</sup>).

Im Landesvergleich liegt Lüdenscheid bei Vergleichsrechnungen im Mittelfeld aller NRW-Kommunen.

Im Berichtsjahr wurde bei einer Betriebsleistung von 19.903 T€ (Vorjahr: 19.135 T€) und Betriebsaufwendungen von 13.906 T€ (Vorjahr: 13.098 T€) ein Betriebsergebnis von 5.997 T€ (Vorjahr: 6.037 T€) erzielt. Bei einem ausgewiesenen Finanzergebnis von - 578 T€ (Vorjahr: -601 T€) und einem außerordentlichen Ergebnis von -3 T€ (Vorjahr 1 T€) ergibt sich ein Geschäftsergebnis von 5.416 T€ (Vorjahr: 5.437 T€). Die gesunkenen Umsatzerlöse haben das Ergebnis negativ beeinflusst.

### **Ertragslage**

Das für den Zeitraum 2009 bis 2014 verabschiedete Abwasserbeseitigungskonzept (ABK) bildet die Handlungsgrundlage für die zu tätigen Kanalbau- und Kanalsanierungsmaßnahmen. Die durchzuführenden Baumaßnahmen werden im Vorfeld mit anderen Versorgungsträgern und den Straßenbaulasträgern abgestimmt und möglichst gemeinsam durchgeführt. Neuerschließungen sind rückläufig, so dass die Sanierung (schadhafte Kanäle; hydraulische Überlastungen) der öffentlichen Kanalisation in den Vordergrund gerückt ist. Vom SEL wurden im Geschäftsjahr 2,7 Mio. € investiert, davon entfallen auf das Kanalnetz 2,1 Mio. €. Hierbei handelt es sich um aktivierungsfähige Neubau- und Sanierungsmaßnahmen. 0,5 Mio. € wurden in Anlagen investiert, die sich zum Jahresende noch im Bau befanden.

Wesentliche Maßnahmen waren:

- **Hauptsammler Altenaer Str. (II. Bauabschnitt 2. Teil)**

2011 und 2012 hat der SEL den ersten Bauabschnitt zur Sanierung des Hauptsammlers Altenaer Straße zwischen dem Regenrückhaltebecken Schafsbrücke und der Firma Schöneborn ausführen lassen. Ebenfalls in 2012 wurde der 1. Teil des II. Bauabschnitts in Form des begleitenden Sickerwasserkanals erstellt. In 2013 stand die Fortführung der Hauptsammlersanierung bis in Höhe der Einmündung Wiesenstraße an. Auf Grundlage aktueller hydraulischer Berechnungen, die einen ausreichenden Querschnitt bestätigen und der statischen Unbedenklichkeit zur langfristigen weiteren Nutzung, war eine geschlossene Sanierung dieses Abschnittes möglich. Eine Sohlenschale für den Trockenwetterabfluss wurde eingebracht und eine flächige/punktueller Abdichtung gegen eindringendes Wasser (Fremdwasser) durchgeführt. Nach einem vielversprechenden Baubeginn, führte ein Starkregenereignis am 20. Juni zu erheblichen Schäden. Ein Abfluss von mehreren tausend Litern riss die technische Einrichtung und teilweise die neu verlegten Sohlenschalen in einem 120 m langen Abschnitt mit sich. Die Aufräumarbeiten am Netzauslauf und die Reparaturarbeiten im Hauptsammler dauerten über Monate an, so dass die Baumaßnahme nicht wie geplant in 2013 zum Abschluss kam. Für die bisher erbrachten Leistungen beliefen sich die Kosten auf 397 T€. Diese Maßnahme befindet sich noch im Bau.

- **Lösenbachtal, II. Bauabschnitt**

Diese Maßnahme kam entgegen der Bauzeitenplanung in 2012 nicht mehr zum Abschluss, da die Witterung ab Mitte November durch Frost und Schnee eine Unterbrechung der Arbeiten erforderte. Für Verdämmungen und Schachtsanierungen ergaben sich erst im Frühjahr wieder günstigere Rahmenbedingungen zur Fortführung und Beendigung der Arbeiten. Es waren daher Aufwendungen in Höhe von 55 T€ für die Restarbeiten erforderlich.

- **Lösenbachtal, III. Bauabschnitt**

Auf Basis der gesetzlichen Forderung zur Reduzierung von Fremdwasser, die gemäß Satzung im Lösenbachtal festgeschrieben ist, bildet der III. Bauabschnitt den Abschluss im öffentlichen Bereich. Zu sanieren war der ehemalige Ruhrverbandssammler zwischen der Firma Thiel bis zur Firma Hembeck. Aufgrund der guten Ergebnisse aus den beiden vorangegangenen Bauabschnitten, ist auch hier ein Relinivverfahren (Kurz- und Langrohr) zum Einsatz gekommen. Hierfür fielen Kosten in Höhe von 380 T€ an.

- **Am Kamp**

Nachdem in 2012 der I. Bauabschnitt zur Verbesserung der hydraulischen Verhältnisse zur Ausführung kam, erfolgte im II. Bauabschnitt die Weiterführung des Schmutzwasserkanals und des Regenwasserkanals von der Einmündung Am Gehäge bis zum Weidengrund. Die offene Kanalverlegung erforderte eine Investition von 110 T€.

- **Weidengrund**

Die hydraulische Sanierung in der Ortslage Winkhausen fand mit dem Neubau des Schmutz- und Regenwasserkanals im Weidengrund seinen Abschluss. Investitionen in Höhe von 432 T€ waren erforderlich.

- **Opderbeckstraße**

Basierend auf der Vorankündigung einer Deckenerneuerung in der Opderbeckstraße durch die Stadt (STL) hat der SEL die aus baulichen Gründen notwendige Auswechslung des Mischwasserkanals in die Investitionsplanung 2013 aufgenommen. Die Durchführung erforderte eine Summe von 220 T€.

- **Am Gehäge**

Zur Weiterführung der unter Am Kamp aufgeführten Maßnahme ist die Erneuerung der Entwässerung Am Gehäge über ca. 360 m durchgeführt worden. Umfangreiche Ersatz- und Mitverlegungen der Stadtwerke, die sich erst während der Baumaßnahme ergaben und im Vorlauf zur Kanalverlegung durchgeführt wurden, haben erheblichen Verzögerungen verursacht. Die kompletten Arbeiten zur Trennung der Abwasserströme auf den Grundstücken standen am Jahresende 2012 noch aus. Aufgrund des langanhaltenden Winters konnte man diese erst ab April 2013 fortführen. Für die restlichen Kanalarbeiten und die Deckenwiederherstellung war daher noch ein Betrag von 74 T€ erforderlich.

- **Rastanlage Sauerland (Autobahn)**

Der Landesbetrieb Straßenbau plante die Erweiterung und den Umbau der Rastanlagen Sauerland. Im Baufeld befindet sich der öffentliche Mischwassersammler, der vorbereitend zur Geländemodellierung umzulegen ist. Gemäß Bauzeitenplan des Landesbetriebs soll dies zwischen November 2013 und März 2014 erfolgen. Aufgrund vertraglicher Regelungen geht die Umlegung zu Lasten des SEL. Hierfür waren bisher 38 T€ erforderlich. Die Baumaßnahme befindet sich noch im Bau.

- **Brandschaden Elbinger Straße**

In der Nacht vom 08.04.2012 brannte in der Elbinger Straße ein LKW komplett aus. Dabei gelangte brennender Dieselmotorkraftstoff in die Kanalisation. Aufgrund unglücklicher Verkettungen kam es zu einer Selbstentzündung des Kunststoffrohres. Der Kanalbrand zerstörte die Leitung auf einer Länge von 70m, die durch einen Schlauchliner zu sanieren war. Insgesamt wurden hierfür 42 T€ eingesetzt.

- **Inlinermaßnahmen**

Ab 2011 sind nach Beschluss die Inlinermaßnahmen aus dem Aufwandbereich in die Investitionen zu verbuchen. Mit diesem grabenlosen Verfahren sind in 2013 mit einer Investitionssumme von 243 T€ die Kanäle Werdohler Landstraße, Opperbeckstraße, Sperlingweg, Dammessiepen und Vogelberger Weg saniert worden.

- **Reliningmaßnahmen**

Für Reliningmaßnahmen wurden 2013 Investitionen von 371 T€ getätigt. Der Einzug von Kunststoffrohren in vorhandene Querschnitte ist in den Kanälen der Straßen Dohlengasse, Hebbelweg, Westfalenstraße und Wermecker Grund durchgeführt worden. Maßnahmen in Höhe von 316 T€ waren aktivierungsfähig. In Abhängigkeit der hydraulischen Möglichkeiten wurde durch grabenlose und gering störende Verlegung ein neuer Bestand geschaffen. Die Reliningmaßnahme Lutherstraße mit Investitionskosten von 55 T€ befindet sich noch im Bau.

- **Kleinere Kanalbaumaßnahmen**

In den Bereichen Alte Rathausstraße, Brahmweg, Gotenstraße, Werdohler Landstraße und Knapper Schule sind Erneuerungen und Auswechslungen defekter und zu klein dimensionierter Kanäle, einzelne Haltungen vorgenommen worden. Insgesamt wurden 168 T€ eingesetzt.

- **Betriebs- und Geschäftsausstattung**

Für die Betriebs- und Geschäftsausstattung im Bereich der Unterhaltung wurden für die Neuanschaffung eines LKW mit Ladekran 100 T€ investiert.

Aus den Kanal-TV-Untersuchungen werden ein Schadenskataster und ein Sanierungskonzept entwickelt. Daraus ergeben sich aufwandsbezogene Kanalsanierungen. Diese Sanierungen (Reparaturen) unterteilen sich in Maßnahmen in offener Bauweise und in partiellen Reliningmaßnahmen. Die aufwandsbezogenen Kosten beliefen sich auf ca. 334 T€.

### **Vermögenslage**

Das Vermögen von 103.732 T€ (Vorjahr: 103.704 T€) gliedert sich in mittel- und langfristig gebundenes Vermögen von 96.282 T€, (Vorjahr: 96.380 T€) und kurzfristig gebundenes Vermögen 7.450 T€ (Vorjahr: 7.324 T€). Das Eigenkapital beträgt zum 31.12.2013 64.139 T€ (Vorjahr: 61.976 T€). Die Eigenkapitalrentabilität beträgt 9,3% (Vorjahr 9,6%). Die Eigenkapitalquote beträgt zum 31.12.2013 61,8% (Vorjahr 59,83%). Zum 31.12.2013 werden empfangene Ertragszuschüsse von 15.210 T€ (Vorjahr 16.263T€) ausgewiesen.

### **Finanzlage**

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 13.069 T€ (Vorjahr 14.183 T€) entfallen 12.034 T€ auf mittel- und langfristige Bankschulden (Vorjahr 12.650 T€) und 1.035 T€ auf kurzfristige Bankschulden (Vorjahr 1.533 T€).

### **Gesamtaussage**

Die gesetzlich geforderte Dichtheitsprüfung von privaten häuslichen Abwasserleitungen wurde in Ende 2013 grundlegend geändert. Der SEL hat daraufhin den Vollzug der betreffenden durch Satzung festgelegten Anforderungen an die Grundstückseigentümer bis zur Neuregelung ausgesetzt. Im Geschäftsjahr 2013 wurden die in 2011 begonnenen flächendeckenden Dichtheitsprüfungen zusammen mit Sanierungsmaßnahmen im Fremdwassersanierungsgebiet Lösenbachtal durchgeführt. Für betroffene Grundstückseigentümer in diesem Gebiet besteht die Möglichkeit der öffentlichen Förderung. Der SEL stellte entsprechende Anträge bei der NRW-Bank, die auch bewilligt wurden. Diese 2011 begonnene Fremdwassersanierungsmaßnahme wurde unabhängig von der gesetzlichen Neuregelung von der Aussetzung ausgenommen. Die Lage des Betriebs ist als gut einzustufen.

### **Nachtragsbericht**

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

### **Prognosebericht**

#### **Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens**

Für das Wirtschaftsjahr 2014 sind Investitionen in Höhe von 2,75 Mio. € vorgesehen. Schwerpunkte sind:

- **Altenaer Str. (II. Bauabschnitt 3. Teil)**

2011 und 2012 hat der SEL den ersten Bauabschnitt zur Sanierung des Hauptsammlers Altenaer Straße zwischen dem Regenrückhaltebecken Schafsbrücke und der Firma Schöneborn ausführen lassen. Ebenfalls in 2012 wurde der 1. Teil des II. Bauabschnitts in Form des begleitenden Sickerwasserkanals erstellt. In 2013 stand die Fortführung der Hauptsammlersanierung bis in Höhe der Einmündung Wiesenstraße an. Diese erfolgte in geschlossener Bauweise mittels Sohlschale und Auftrag eines Dichtungsmittels. Am 20.06.2013 hatte ein Unwetter die Baustelle schwer getroffen. Die notwendigen Reparaturen zogen sich bis in den September. Witterungsbedingt konnte der verbleibende, ca. 260 m lange Sanierungsabschnitt nicht mehr abgeschlossen werden. In 2014 sind die ausstehenden Arbeiten zu Ende zu führen. Hierfür werden Kosten in Höhe von 660 T€ kalkuliert.

- **Kanal MVG**

Die Märkische Verkehrsgesellschaft (MVG) plant den Um- und Anbau von Betriebsgebäuden auf ihrem Standort Wehberger Straße. Über das Firmengelände verläuft der öffentliche Mischwasserkanal DN 400, den der SEL aus diesem Anlass baulich und hydraulisch überprüft hat. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass der Kanal sowohl Schäden aufweist, die langfristig die Standsicherheit gefährden können, als auch unzureichend dimensioniert ist. Um den Bemessungsabfluss regelkonform ableiten zu können, ist der Querschnitt auf DN 600 aufzuweiten. Die Fläche ist im Altlastenkataster des Märkischen Kreises erfasst.

Bei einer offenen Verlegung fallen entsprechende Kosten für Entsorgung und Bodenersatz an. In der einzig möglichen Trasse, am Gebietsrand zur Dammstraße, steht zudem oberflächennah der Fels an. Die Kanalauswechslung ist in den Bauablaufplan der Hochbaumaßnahme (unter laufendem Betrieb) einzubinden. Der SEL favorisiert aus Zeit- und Kostengründen daher die Querschnittsaufweitung grabenlos in alter Trasse mittels Berstlining auszuführen. Für den ca. 270 m langen Mischwasserkanal sind Mittel von 520 T€ bereitzustellen.

- **Oenekinger Hang**

Zur notwendigen hydraulischen Entlastung des Hauptsammlers im Teileinzugsgebiet Oeneking ist die Herstellung einer ca. 180 m langen Kanalverbindung DN 300 zwischen den Mischwassersammlern in der Teutonenstraße und dem Markomannenweg erforderlich. Die Umsetzung sollte ursprünglich grabenlos in 2013 erfolgen. Letztendlich scheiterte dies an der ungünstigen Geologie, den unkalkulierbaren Aufwendungen zur Steuerung des Bohrkopfes und der Bereitstellung einer Aufstellfläche für das Bohrgerät. Die Durchführung erfolgt nun gemeinsam mit den Stadtwerken Lüdenscheid gemäß Konzessionsvertrag in offener Bauweise. Die Kanalverlegung ist mit Kosten von 140 T€ veranschlagt.

- **Görlitzer Straße**

Zur Erschließung der Wohnbebauung Görlitzer Straße 2 - 24 hat die Lüdenscheider Wohnstätten AG Anfang der 60iger Jahre die verkehrs- und abwassertechnische Infrastruktur erstellt. In Ermangelung eines regelnden Erschließungsvertrages betrachtet der SEL den Sammler derzeit als Privatkanal. Im Zuge der KAG-Endabrechnung seitens der Stadt Lüdenscheid beabsichtigt der SEL den Neubau des Kanales und dessen Übernahme in das öffentliche Netz. Hierfür sind ca. 100 m Mischwasserkanal DN 250 zu verlegen, der mit ca. 100 T€ vorkalkuliert ist.

- **Corneliusstraße**

Die Kanalisation im Altstadtbereich ist teilweise über 100 Jahre alt. In Abhängigkeit des verwendeten Werkstoffes sind immer wieder bauliche Schäden zu sanieren. Die Grundstücke an der Corneliusstraße entwässern über ein Ei-Profil 300 / 450 aus Beton. Im Laufe der Jahrzehnte ist durch Korrosion an Sohle und Wänden die Standsicherheit stark herabgesetzt. Zwischenzeitliche Umstrukturierungen im Netz erfordern hier nur noch einen Querschnitt DN 300. Der Kanal ist in beengten Verhältnissen zwischen Baumpflanzungen und Hauptleitungen der Gas- und Wasserversorgung zu verlegen. Für den ca. 170 m langen Kanalabschnitt sind daher Mittel in Höhe von 300 T€ bereitzustellen.

- **Erschließung Hohfuhrrassen**

Im Bereich der ehemaligen Kinderklinik an der Hohfuhrrasse plant die Stadt Lüdenscheid die Errichtung von Wohngebäuden und Wohnungen. Grundlage hierfür bildet der B-Plan NR. 634 Philippsstraße - Heckengang. Der private Erschließungsträger hat mit dem SEL einen entwässerungstechnischen Erschließungsvertrag abgeschlossen. Zu errichten sind ca. 220 m Mischwasserkanal DN 250 - 300. Hierfür sind Mittel von 100 T€ im Investitionsplan vorgesehen.

- **Erschließung Elsbeerenweg**

Die Stadt Lüdenscheid hat zur Bereitstellung von Wohngrundstücken im Außenbereich den Bebauungsplan Nr. 765 westlich Platehofstraße aufgestellt. Die Erschließung erfolgt durch einen privaten Erschließungsträger. Mit dem SEL besteht eine vertragliche Regelung zur Erstellung einer Trennkanalisation. Insgesamt werden ca. 120 m Schmutzwasserkanal DN 150 und ca. 120 m Regenwasserkanal DN 200 verlegt. Der Vertrag sieht eine gestaffelte Rückvergütung in Abhängigkeit des Bebauungsgrades vor. Für 2014 erwartet der SEL Kosten in Höhe von 50 T€.

- **Erschließung Bahnhof Brügge**

Nach dem Teilerwerb des ehemaligen Bahnhofgeländes beabsichtigt die Stadt Lüdenscheid das Gelände für eine gewerbliche Nutzung zu entwickeln. Im Rahmen eines Wettbewerbs hat man einen Investor für den Bau und Betrieb von Einzelhandelsgeschäften gefunden. Entsprechende Verträge liegen vor. Die Stadt beabsichtigt für Herbst 2014 mit Aufstellung eines B-Planes Baurecht zu schaffen. Die abwassertechnische Erschließung, die noch vertraglich mit dem SEL zu regeln ist, sieht die Entwässerung im Trennsystem vor. Für vorlaufende Planungsleistungen stellt der SEL Mittel in Höhe von 50 T€ bereit.

- **Erschließung Denkfabrik**

Im Zuge der Baumaßnahmen im Quartier Denkfabrik sind im öffentlichen Kanalnetz Änderungen oder Erweiterungen vorzunehmen. Ungeachtet konkreter Planungen sieht der SEL hierfür Aufwendungen in Höhe von insgesamt 50 T€ vor.

- **Kanalumlegung RA Sauerland**

Im Zuge der Erweiterung und des Umbaus der Tank- und Rastanlage Sauerland Ost ist die Verlegung der öffentlichen Druckleitung DN 100 und des öffentlichen Mischwasserkanals DN 300 auf einer Länge von insgesamt 125 m erforderlich. Gemäß einer Vereinbarung mit dem Straßenbaulastträger hat dies der SEL zu seinen Lasten durchzuführen. Seitens des Landesbetriebes Straßen NRW ist hierfür ein Zeitfenster von November 2013 bis Februar 2014 vorgesehen. Für die noch ausstehenden Arbeiten kalkuliert der SEL noch Kosten in Höhe von 50 T€.

- **Reliningmaßnahmen**

Die Reliningmaßnahmen nehmen einen festen Bestandteil in der nachhaltigen Renovierung von Kanälen ein. Hierüber werden schadhafte Kanäle in geschlossener Bauweise durch Einzug neuer Rohre saniert. Diese Maßnahmen dehnen sich über das gesamte Stadtgebiet von Lüdenscheid aus. Betroffen sind Haltungen im Bereich obere Talstraße, Brückenstraße 36, Altenaer Straße 68, Kölner Straße 63, Gustavstraße, Hochstein und Brüderstraße. Insgesamt fallen Kosten in Höhe von 250 T€ an.

- **Schlauchlinermaßnahmen**

Die Schlauchlinermaßnahmen gewinnen immer mehr an Bedeutung zur Erhaltung und Wiederherstellung eines ordnungsgemäßen Kanalnetzes. Hierüber werden schadhafte Kanäle in geschlossener Bauweise durch Einzug harzgetränkter Schläuche saniert, die

nach Aushärtung im Verbund mit dem Altrohr einem neuen Rohr entsprechen. Diese Maßnahmen erstrecken sich über das gesamte Stadtgebiet von Lüdenscheid. Betroffen sind Haltungen im Bereich Lohmühlenstraße / Kölner Straße, Wefelsholer Straße und Honseleer Straße. Hierfür fallen Kosten in Höhe von 340 T€ an.

- **Kleine Kanalbaumaßnahmen**

Für kleinere Kanalbaumaßnahmen zur Teilauswechslung einzelner Haltungen in der Gustavstraße und in der Lohmühlenstraße sowie zur Sanierung der Drosselleitung im Ablauf des Regenüberlaufs RÜ Olpendahl sind Aufwendungen von 60 T€ vorgesehen.

- **Pumpe Leifringhausen**

Das Mischwasserpumpwerk Leifringhausen ist seit 1985 in Betrieb. Der übliche Nutzungszeitraum für die maschinentechnische Ausrüstung derartiger Anlagen beträgt 10 - 15 Jahre. Mittlerweile sind Pumpen und Steuerung am Standort Leifringhausen überaltert. Immer öfter fallen Reparaturen an, die letztendlich unwirtschaftlich sind, da trotz erhöhtem finanziellen Aufwand am bestehenden System keine nachhaltige Betriebssicherheit zu erzielen ist. Vorgesehen ist daher der Austausch der Abwasserpumpen und der zugehörigen Steuerung gemäß dem Stand der heutigen Maschinen- und Elektrotechnik. Hierfür sind Mittel von 45 T€ bereitzustellen.

- **Betriebs- und Geschäftsausstattung**

Für die Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie für die Anschaffung von Gerätschaften zur Schachtsanierung im Bereich der Unterhaltung sind Aufwendungen von 35 T€ vorgesehen.

Der Landesgesetzgeber hat 2013 die im Lande sehr umstrittene Gesetzgebung zur Dichtheitsprüfung von privaten Hausanschlussleitungen dahingehend geändert, dass jetzt im Rahmen der Selbstüberwachungspflicht privater Hausanschlussleitungen nicht mehr auf Dichtheit geprüft, sondern einer Funktionsprüfung unterzogen werden sollen. Fristen einer solchen Funktionsprüfung werden lediglich für private Abwasserleitungen festgelegt, die gewerbliches Abwasser oder häusliches Abwasser in Wasserschutzgebieten fortleiten. Der SEL wird seine Satzungen dahingehend entsprechend anpassen.

Durch den Wegfall des § 61 a Landeswassergesetz fallen auch die Untersuchungen der privaten Hausanschlussleitungen im öffentlichen Straßenbereich weg. Der SEL wird zukünftig im Rahmen von Straßenneubaumaßnahmen (KAG-Maßnahmen) und nennenswerte Kanalbaumaßnahmen sämtliche Schmutz-, Regen- und Straßenwasserabläufe optisch mittels Kanal-TV untersuchen und den jeweiligen Eigentümern die Untersuchungsergebnisse zukommen lassen und zur Sanierung der sogenannten A-Schäden auffordern. Ziel ist die rechtzeitige Sanierung der A-Schäden zum Schutz des neuen Straßenkörpers vor erneuten Aufbrüchen.

Für die Jahre 2014 bis 2018 wird folgende Umsatz- und Betriebsergebnisentwicklung erwartet (in T€).

	<b>Umsatz</b>	<b>Betriebliches Ergebnis</b>
2014	19.236,00	6.154,00
2015	19.409,00	6.130,00
2016	19.570,00	6.083,00
2017	19.693,00	6.007,00
2018	19.768,00	5.943,00

### **Risikobericht**

Der Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid -AöR mit rein hoheitlichen Aufgaben refinanziert sich über Gebühren. Weiterhin besteht die Gewährträgerhaftung durch die Kommune. Daher ist der Fortbestand des Betriebes aus finanzieller Sicht nicht gefährdet. Gleichwohl wird die Stadt Lüdenscheid durch das Wasserhaushaltsgesetz und das Landeswassergesetz zur Abwasserbeseitigung verpflichtet. Diese Aufgabe wurde der SEL-AöR übertragen. Somit bedeutet Risikomanagement für den SEL insbesondere, Entwicklungen zu erkennen, die die Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen gefährden können.

Der Stadtentwässerungsbetrieb entschied sich darüber hinaus zu einer gleichzeitigen Einführung eines Chancenmanagements, obwohl dieses vom Gesetzgeber nicht ausdrücklich im KonTraG gefordert ist.

Da die Frischwasserverbrauchsmenge die Gebühren beeinflusst, ist die Entwicklung des Frischwasserverbrauchs auch im Zusammenhang mit der Bevölkerungs- und Konjunktorentwicklung in Lüdenscheid zu beobachten. Weiterhin werden sukzessive ortsteilbezogen die versiegelten und anschlussrelevanten Flächen, die im Rahmen der Selbstauskunft mitgeteilt wurden, geprüft. Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden Wertberichtigungen vorgenommen.

Aufgrund der stabilen Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation des Unternehmens sind Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar.

### **Chancenbericht**

Die interkommunale Zusammenarbeit wird auch in den kommenden Jahren weiter verfolgt werden. Des Weiteren wird eine Kontrolle und Anpassung der Versiegelungsflächen mit den Eigentümern und Straßen NRW durchgeführt.

### **Gesamtaussage**

Die Prüfung des Risiko- und Chancenmanagement wurde ohne Beanstandung erfolgreich beendet, damit wurde das Risiko- und Chancenmanagement ordnungsgemäß durchgeführt.

Risiken die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten sind derzeit nicht erkennbar.

**1.2.1.1 Bilanz**

<b>Aktivseite SEL AöR</b>		<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
<b>A.</b>	<b>Anlagevermögen</b>			
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	813.885,00	842.681,00	870.681,00
II.	Sachanlagen			
1.	Grundstücke und Bauten	3.425.719,72	3.568.962,72	3.712.205,72
2.	Technische Anlagen und Maschinen	91.329.216,67	90.769.928,00	89.556.385,52
3.	Betriebs- und Geschäftsausstattung	144.586,00	64.203,00	61.941,00
4.	geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	568.779,92	1.133.735,92	784.859,08
<b>B.</b>	<b>Umlaufvermögen</b>			
I.	Vorräte: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	19.946,05	17.267,47	20.520,93
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.935.890,31	2.970.606,16	3.179.550,21
2.	Forderungen gegen die Stadt Lüdenscheid	4.474.145,98	4.313.650,17	4.198.400,67
3.	Sonstige Vermögensgegenstände	5.193,12	6.587,19	63.430,07
<b>C.</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	15.301,18	16.331,47	13.266,20
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>103.732.663,95</b>	<b>103.703.953,10</b>	<b>102.461.240,40</b>

<b>Passivseite SEL AöR</b>		<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
<b>A.</b>	<b>Eigenkapital</b>			
I.	Stammkapital	20.000.000,00	20.000.000,00	20.000.000,00
II.	Kapitalrücklage	23.743.090,53	23.743.090,53	23.743.090,53
III.	Gewinnrücklagen	14.979.977,85	12.795.225,85	10.781.035,63
IV.	Jahresüberschuss	5.416.081,69	5.437.262,06	5.242.428,48
<b>B.</b>	<b>Empfangene Ertragszuschüsse</b>	15.209.886,59	16.263.491,59	17.317.096,59
<b>C.</b>	<b>Kapitalzuschüsse und andere Zuwendungen Dritter</b>	8.584.568,67	8.584.568,67	8.584.568,67
<b>D.</b>	<b>Rückstellungen</b>			
1.	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	366.968,00	323.959,00	292.695,00
2.	Sonstige Rückstellungen	1.297.813,14	529.624,10	519.051,02
<b>E.</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>			
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	13.069.388,21	14.183.016,51	15.103.128,66
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	677.129,94	1.335.215,47	685.072,58
3.	Sonstige Verbindlichkeiten	155.804,93	172.164,78	193.073,24
<b>F.</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	231.954,40	336.334,54	0,00
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>103.732.663,95</b>	<b>103.703.953,10</b>	<b>102.461.240,40</b>

#### 1.2.1.2 Bilanz Veränderungen

<b>Aktivseite SEL AöR</b>		<b>Abweichung</b>	<b>Abweichung</b>
		<b>2013/2012</b>	<b>2013/2012 in %</b>
<b>A.</b>	<b>Anlagevermögen</b>		
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	-28.796,00	-3,42
II.	Sachanlagen		
1.	Grundstücke und Bauten	-143.243,00	-4,01
2.	Technische Anlagen und Maschinen	559.288,67	0,62
3.	Betriebs- und Geschäftsausstattung	80.383,00	125,2
4.	geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	-564.956,00	-49,83
<b>B.</b>	<b>Umlaufvermögen</b>		
I.	Vorräte: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.678,58	15,51
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-34.715,85	-1,17
2.	Forderungen gegen die Stadt Lüdenscheid	160.495,81	3,72
3.	Sonstige Vermögensgegenstände	-1.394,07	-21,16
<b>C.</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	-1.030,29	-6,31
	<b>Bilanzsumme</b>	<b>28.710,85</b>	<b>0,03</b>

<b>Passivseite SEL AöR</b>		<b>Abweichung</b>	<b>Abweichung</b>
<b>A. Eigenkapital</b>		<b>2013/2012</b>	<b>2013/2012 in %</b>
I. Stammkapital		0,00	0,00
II. Kapitalrücklage		0,00	0,00
III. Gewinnrücklagen		2.184.752,00	17,07
IV. Jahresüberschuss		-21.180,37	-0,39
<b>B. Empfangene Ertragszuschüsse</b>		-1.053.605,00	-6,48
<b>C. Kapitalzuschüsse und andere</b>		0,00	0,00
<b>Zuwendungen Dritter</b>			
<b>D. Rückstellungen</b>			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		43.009,00	13,28
2. Sonstige Rückstellungen		768.189,04	145,04
<b>E. Verbindlichkeiten</b>			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		-1.113.628,30	-7,85
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		-658.085,53	-49,29
3. Sonstige Verbindlichkeiten		-16.359,85	-9,50
<b>F. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		-104.380,14	-31,03
<b>Bilanzsumme</b>		<b>28.710,85</b>	<b>0,03</b>

**1.2.1.3 Gewinn- und Verlustrechnung**

<b>Gewinn- und Verlustrechnung SEL</b>		<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
1.	Umsatzerlöse	18.996.094,65	18.795.863,11	18.606.070,08
2.	andere aktivierte Eigenleistungen	241.010,38	329.587,04	213.319,25
3.	Sonstige betriebliche Erträge	666.004,79	9.088,21	13.826,79
4.	Materialaufwand			
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren	7.394.971,27	7.435.818,36	7.503.222,05
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	963.636,69	991.289,90	880.117,17
5.	Personalaufwand			
a)	Löhne, Gehälter und Beamtenbezüge	1.053.659,84	1.013.215,06	998.515,78
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	282.548,01	256.237,05	301.785,17
6.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.636.465,71	2.604.889,72	2.577.490,77
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.574.696,50	795.152,81	803.121,42
8.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	198,76
9.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	576.798,96	600.804,14	633.417,74
<b>10.</b>	<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>5.420.332,84</b>	<b>5.437.131,32</b>	<b>5.135.744,78</b>
11.	Außerordentliche Erträge	0,00	4.390,00	111.048,00
12.	Außerordentliche Aufwendungen	3.350,00	3.350,00	3.350,00
13.	<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>-3.350,00</b>	<b>1.040,00</b>	<b>107.698,00</b>
14.	Sonstige Steuern	901,15	909,26	1.014,30
<b>15.</b>	<b>Jahresüberschuss</b>	<b>5.416.081,69</b>	<b>5.437.262,06</b>	<b>5.242.428,48</b>

#### 1.2.1.4 Gewinn- und Verlustrechnung Veränderungen

	<b>Gewinn- und Verlustrechnung SEL</b>	<b>Abweichung 2013/2012</b>	<b>Abweichung 2013/2012 in %</b>
1.	Umsatzerlöse	200.231,54	1,07
2.	andere aktivierte Eigenleistungen	-88.576,66	-26,88
3.	Sonstige betriebliche Erträge	656.916,58	7.228,23
4.	Materialaufwand		
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren	-40.847,09	-0,55
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	-27.653,21	-2,79
5.	Personalaufwand		
a)	Löhne, Gehälter und Beamtenbezüge	40.444,78	3,99
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	26.310,96	10,27
6.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	31.575,99	1,21
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	779.543,69	98,04
8.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00
9.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-24.005,18	-4,00
<b>10.</b>	<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-16.798,48</b>	<b>-0,31</b>
11.	Außerordentliche Erträge	-4.390,00	-100,00
12.	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
13.	<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>-4.390,00</b>	<b>-422,12</b>
14.	Sonstige Steuern	-8,11	-0,89
<b>15.</b>	<b>Jahresüberschuss</b>	<b>-21.180,37</b>	<b>-0,39</b>

#### 1.2.1.5 Anzahl der Beschäftigten

Die Zahl der durchschnittlich Beschäftigten entwickelte sich von 2011 bis 2013 wie folgt:

	<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
Vorstand	1	1	1
stellv. Vorstand	0	0	0
Beamte	1	1	1
Arbeitnehmer	22	22	21
Auszubildende	0	0	1
Stellen insgesamt	24	24	24

Im Berichtsjahr wurde ein Vorstandsmitglied und ein stellvertretendes Vorstandsmitglied von der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH gemäß Dienstleistungsvertrag gestellt.

### 1.2.1.6 Finanzbeziehungen zur Stadt Lüdenscheid

Die Finanzbeziehungen zwischen dem SEL und der Stadt Lüdenscheid stellen sich wie folgt dar:

Produkt	Sachkonto	Bezeichnung	2013	2012	2011
160 010 010	4651300	Eigenkapital- verzinsung	3.252.510,06	3.228.238,36	3.057.161,77

### 1.2.1.7 Finanzbeziehungen zu Beteiligungen der Stadt Lüdenscheid

Die wesentlichen Finanzbeziehungen zwischen dem SEL und dem STL stellen sich wie folgt dar (in T€):

	2013	2012	2011
Wasserbau	88	86	90

Die wesentlichen Finanzbeziehungen zwischen dem SEL und der LüWo stellen sich wie folgt dar (in T€):

	2013	2012	2011
Entwässerung	526	530	530

### 1.2.1.8 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

Betriebswirtschaftliche Kennzahlen		2013	2012	2011	Abweichung
SEL - AöR					2013/2012
		%			
1.	Eigenkapitalquote	84,77	83,72	83,61	1,05
2.	Fremdkapitalquote	15,23	16,28	16,39	-1,05
3.	Anlagendeckung I	66,62	64,30	62,92	2,31
4.	Anlagenintensität	92,82	92,94	92,70	-0,12
5.	Umlaufintensität	7,17	7,05	7,28	0,12
6.	Kassenmittelintensität	0,00	0,00	0,00	0,00
7.	Eigenkapitalrentabilität	8,44	8,77	8,77	-0,33
8.	Gesamtkapitalrentabilität	5,78	5,82	5,73	-0,04
9.	Materialaufwandsquote	42,00	44,04	44,51	-2,04
10.	Personalaufwandsquote	6,71	6,63	6,90	0,08
11.	Abschreibungsquote	2,74	2,70	2,71	0,04

## 1.2.2 Wirtschaftsplan

Die Plandaten entwickelten sich von 2013 bis 2015 wie folgt (in T€):

<b>Erfolgsplan</b>	<b>2015</b>	<b>2014</b>	<b>2013</b>	<b>2015/2014</b>	<b>in %</b>
betriebliche Erträge	19.287,3	19.235,7	19.360,4	51,6	0,3
betriebliche Aufwendungen	13.088,5	13.082,0	13.280,1	6,5	0,1
betriebliches Ergebnis	6.198,8	6.153,7	6.080,3	45,1	0,7
Finanzergebnis	-496,3	-558,5	-585,4	62,2	11,1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5.702,5	5.595,2	5.494,9	107,3	1,9
Außerordentliches Ergebnis	-3,4	0,6	-3,4	-4,0	-666,7
Ertrags- und sonstige Steuern	1,0	1,0	1,0	0,0	0,0
Jahresüberschuss	5.698,1	5.594,8	5.490,5	103,3	1,9
Vorauszahlung auf den Jahresgewinn	2.000,0	2.000,0	2.000,0	0,0	0,0
Zuführung Allgemeine Rücklage	2.114,4	2.105,0	2.099,2	9,4	0,5
Bilanzgewinn	1.583,7	1.489,8	1.391,3	93,9	6,3
<b>Investitionsplan</b>					
Gesamtinvestitionen	2.650,0	2.750,0	3.015,0	-100,0	-3,6
<b>Finanzplan</b>					
Bilanzielle Abschreibungen	2.667,2	2.692,2	2.647,5	-25,0	-0,9
Zuführung Allgemeine Rücklage	2.114,4	2.105,0	2.099,2	9,4	0,5
Zuführung langfristige Rückstellungen	39,0	34,0	32,0	5,0	14,7
Liquiditätszufluss aus Innenfinanzierung	4.820,6	4.831,2	4.778,7	-10,6	-0,2
Liquidität aus Außenfinanzierung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionen	2.650,0	2.750,0	3.015,0	-100,0	-3,6
Darlehenstilgungen	632,3	615,0	589,7	17,3	2,8
Auflösung passivierte Ertragszuschüsse	1.054,0	1.054,0	1.054,0	0,0	0,0
Auflösung langfristiger Rückstellungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Liquiditätsabfluss gesamt	4.336,3	4.419,0	4.658,7	-82,7	-1,9
Periodenbezogene					
Liquiditätsveränderung	484,3	412,2	120,0	72,1	17,5

### 1.2.3 Wirtschaftsplan 2013 im Vergleich zum Ergebnis 2013

In der folgenden Tabelle werden die Plandaten den Istzahlen des Jahres 2013 gegenübergestellt und die Veränderungen in absoluten (T€) und prozentualen Beträgen ausgewiesen:

<b>Plan/Ist-Vergleich 2013</b>	<b>Plan 2013</b>	<b>Ist 2013</b>	<b>Abweichung</b>	<b>Abweichung in %</b>
betriebliche Erträge	19.360,40	19.903,11	542,71	2,8
betriebliche Aufwendungen	13.280,10	13.905,98	625,88	4,71
betriebliches Ergebnis	6.080,30	5.997,13	-83,17	-1,37
Finanzergebnis	-585,40	-576,80	8,60	1,47
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5.494,90	5.420,33	-74,57	-1,36
Außerordentliches Ergebnis	-3,40	-3,35	0,05	1,47
Ertrags- und sonstige Steuern	1,00	0,90	-0,10	-9,89
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>5.490,50</b>	<b>5.416,08</b>	<b>-74,42</b>	<b>-1,36</b>

Weitere Informationen zu der Gesellschaft können auf der Internetseite unter dem folgenden Link abgerufen werden:

<http://www.sel-luedenscheid.de/>

**Teil VII**

**Anhang**

# Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

## Definition der betriebswirtschaftlichen Kennzahlen

Kennzahl	Definition
Eigenkapitalquote	$(EK + \text{Sonderposten} + \text{Zuschüsse} + \text{Korrekturposten für Zuschüsse} * 100) / GK$
Fremdkapitalquote	$(FK * 100) / GK$
Anlagendeckung I	$(EK * 100) / AV$
Anlagenintensität	$(AV * 100) / GK$
Umlaufintensität	$(UV * 100) / GV$
Kassenmittelintensität	$(\text{Flüssige Mittel} * 100) / GV$
Eigenkapitalrentabilität	$(\text{Jahresüberschuss} * 100) / EK$
Gesamtkapitalrentabilität	$(\text{Jahresüberschuss} + \text{FKzinsen} * 100) / GK$
Materialaufwandsquote	$(\text{Materialaufwand} * 100) / \text{Gesamterträge}$
Personalaufwandsquote	$(\text{Personalaufwand} * 100) / \text{Gesamterträge}$
Abschreibungsquote	$(\text{Abschreibungen} * 100) / AV$

## Kennzahlen der Kapitalstruktur

Eigenkapital- und Fremdkapitalquote sind Kapitalstrukturkennzahlen.

Die Eigenkapitalquote drückt aus, wie viel Eigenkapital und eigenkapitalähnliche Mittel im Verhältnis zum Gesamtkapital des Unternehmens vorhanden sind.

Rückstellungen, Verbindlichkeiten und passive Rechnungsabgrenzungsposten werden in der Regel unter dem Oberbegriff Fremdkapital zusammengefasst. Entsprechend der Eigenkapitalquote lässt sich auch die Fremdkapitalquote ermitteln. Zusammen ergeben diese immer 100%.

Als betriebswirtschaftlicher Erfahrungswert gilt, dass das angemessene Verhältnis von EK zu FK sich wie 1:2 darstellen sollte.

## Kennzahlen der Mittelverwendung

In der Bilanz wird grundsätzlich unterschieden zwischen dem Anlagevermögen, das dazu bestimmt ist, langfristig oder dauernd dem Geschäftsbetrieb eines Unternehmens zu dienen und dem Umlaufvermögen, das relativ kurzfristig im Unternehmen verbleibt. Durch das AV werden finanzielle Mittel langfristig gebunden, von daher sollte das AV auch mit langfristig zur Verfügung stehenden Mitteln finanziert werden. Die Kennziffer „Anlagendeckung I“ zeigt, inwieweit das AV durch EK finanziert ist.

## **Kennzahlen der Vermögensstruktur**

Den Ausgangspunkt zur Verdeutlichung der Vermögensstruktur bilden die Gliederungskennzahlen Anlagenintensität und Umlaufintensität.

Für AI und UI gilt, dass die Summe aus beiden 1 ergibt, das heißt, sie können ineinander umgeformt werden und enthalten materiell keine unterschiedlichen Informationen.

Im Zeitablauf lässt sich aus Veränderungen der Anlagenintensität auf die Investitionspolitik der Unternehmen schließen. Eine steigende AI weist zunächst auf eine zunehmende Investitionstätigkeit hin, die langfristig Erfolgspotentiale eröffnen soll, aber auch eine längerfristige Mittelbindung bedeutet.

Eine steigende UI wird grundsätzlich als ein positives Signal gewertet, da bei einem hohen Wert von UI und niedrigem AI die Konsequenzen vorübergehender Beschäftigungsrückgänge nicht so gravierend sind. Die aus dem AV resultierende Fixkostenbelastung ist bei einer niedrigen AI geringer.

## **Kennzahlen der Ertragslage**

Eigenkapital- und Gesamtkapitalrentabilität sind Kennzahlen der Ertragslage und stellen eine wesentliche Zielgröße von erwerbswirtschaftlich orientierten Unternehmen dar.

Das prozentuale Verhältnis des im Geschäftsjahr erzielten Jahresüberschusses zum eingesetzten Kapital nennt man Rentabilität. Aus Sicht der Eigentümer und Anleger zeigt die Eigenkapitalrentabilität die Verzinsung des von den Gesellschaftern in das Unternehmen eingebrachten Kapitals sowie der im Unternehmen verbliebenen Gewinne. Im Zeitvergleich zeigt sie an, inwieweit das Unternehmen die Kapitalstruktur optimiert.

Die Gesamtkapitalrentabilität stellt den Erfolg des Unternehmens bezogen auf das gesamte eingesetzte Kapital dar. Sie ist eine von der Kapitalstruktur unabhängige Kennzahl zur Ermittlung des von Eigen- und Fremdkapitalgebern gemeinsam erzielten Verdienstes.

## **Kennzahlen der Aufwandsstruktur**

Materialaufwands-, Personalaufwands- und Abschreibungsquote dienen der Analyse der Aufwandsstrukturen. Sie zeigen das relative Gewicht der einzelnen Faktorarten auf und zugleich den Einfluss, den Änderungen der entsprechenden Faktorpreise auf das Gesamtergebnis haben können.